

Adenauer

Straßenname	Personenname	Stadtteil
Konrad-Adenauer-Ring	Adenauer, Konrad	Innenstadt

Konrad Adenauer (*5.1.1876 in Köln, +19.4.1967 in Rhöndorf) trat 1906 in die Zentrumspartei ein, 1917 wurde er zum Kölner Oberbürgermeister gewählt. 1921 wurde er Präsident des preußischen Staatsrats. Am 17.2.1933 verweigerte er die Begrüßung Hitlers am Flughafen mit Verweis auf den Wahlkampfcharakter dessen Besuchs. Bei den Kölner Kommunalwahlen im März 1933 verlor das Zentrum, Adenauer wurde des Amtes als Oberbürgermeister und schließlich auch als Präsident des preußischen Staatsrates enthoben. Dem Vorwurf der NSDAP, Dienstvergehen begangen zu haben, entgegnete er mit der Beantragung eines Dienststrafverfahrens gegen sich selbst. In Folge des Röhm-Putsches wurde er für zwei Tage festgenommen. Kontakt mit dem Widerstand, der verschiedentlich an ihn herantrat, lehnte er ab. Infolge des Attentats auf Hitler am 20.7.1944 wurde Adenauer im August ohne konkreten Verdacht erneut festgenommen und ins Arbeitserziehungslager im Messelager Köln gebracht. Nach einer letztlich gescheiterten Flucht wurde er im November 1944 aus dem Gefängnis Brauweiler vorzeitig entlassen. Durch seine Absetzung durch die Nazis, seine Zwangspensionierung und seine kurzzeitige Verhaftung 1944 wurden die Amerikaner auf ihn aufmerksam. Sie ernannten ihn 1945 zum Kölner Oberbürgermeister, er wurde wegen der problematischen Lebensmittelversorgung aber bald wieder entlassen. Im August 1945 trat Adenauer der Christlich Demokratischen Partei (CDP), im Juni 1946 dann der CDU bei. 1949 zog er in den Bundestag ein, wurde Fraktionsvorsitzender der Union und schließlich Bundeskanzler einer von der FDP und der rechtsgerichteten Deutschen Partei mitgetragenen Koalition. Antikommunistisch eingestellt, verfolgte er zugleich eine Reintegration früherer NS-Amtsträger, sofern sie sich zu Demokratie und Bundesrepublik bekannten (wofür Adenauer 2021 vom Berliner Antisemitismusbeauftragten kritisiert wurde). Zahlreiche Juristen aus der NS-Zeit wurden ins Justizministerium übernommen und Hans Globke, Mitverfasser der Nürnberger Rassegesetze, wurde 1953 Kanzleramtschef. 1955 besuchte Adenauer die Stadt Lingen. Er blieb bis 1963 Bundeskanzler, von 1951 bis 1955 übte er parallel das Amt des Außenministers aus. Es gibt zahlreiche Ehrungen, auch in Form von Straßennamen.

Quellen und Literatur

- Crabus, Mirko: Konrad Adenauer in Lingen: <https://www.lingen.de/tourismus-freizeit-kultur/stadtarchiv/archivalie-des-monats/2015/archivalie-april-2015.html>
- Schwarz, Hans-Peter: Adenauer, Bd.1. Der Aufstieg. 1876-1952, München 1994.
- Sternburg, Wilhelm von: Adenauer. Eine deutsche Legende, Berlin 2001.
- WELT vom 13.12.2021: Judenfeindliche Bezüge. Rufe nach Umbenennung von 101 Berliner Straßen: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article235638062/Antisemitismus-Studie-Ruf-nach-Umbenennung-von-101-Berliner-Strassen.html>

Beck

Straßenname	Personenname	Stadtteil
Beckstraße	Beck, Ludwig	Innenstadt

Ludwig Beck (*29.06.1880 in Biebrich am Rhein, †20./21.07.1944 in Berlin) stammte aus einer konservativ-liberalen Familie des wilhelminischen Bildungsbürgertums. Wie viele seiner Familienmitglieder vor ihm ergriff er nach dem Abitur 1898 den **Soldatenberuf**. Er trat allerdings keinem hessischen Regiment bei, vielmehr fühlte er sich als preußischer Nationalist den Hohenzollern verbunden und stand in der Tradition des preußischen Militärstaates. Nach dem Besuch der Kriegsakademie (1908-1911) gehörte er dem Generalstab an, der Elite des preußisch-deutschen Offizierskorps. Das Ende der Monarchie kommentierte er im November 1918 mit den Worten, die Revolution sei „feige“ und dem schwer ringenden Heer „in den Rücken gefallen“. 1931 wurde er zum Generalmajor befördert, 1932 zum Generalleutnant.

Die „**Machtergreifung**“ 1933 begrüßte er als „den ersten große[n] Lichtblick seit 1918“. Beck befürwortete eine umfassende Revision des Versailler Vertrages sowie die sofortige einseitige Aufrüstung ohne Absprache mit dem Ausland und stand der Regierung Hitler entsprechend aufgeschlossen gegenüber. 1933 machte ihn Hitler zum Chef des Truppenamtes, 1935 wurde er Generalstabschef des Heeres und General der Artillerie. Fortan trieb Beck die **militärische Aufrüstung** intensiv voran. Bereits im Winter 1933/34 forderte er die Einführung der Wehrpflicht sowie die Besetzung des Rheinlandes und damit eine Missachtung der Verträge von Versailles und Locarno. Als „Planer jener Aufrüstung“ war er „einer der geistigen Väter und Architekt der deutschen Aufrüstung“, Ziel war die notfalls durch Krieg zu erreichende „Herstellung einer deutschen Hegemonie in Zentraleuropa“ (Müller).

Im Sommer 1938 geriet Beck jedoch in Konflikt mit Hitler, da er befürchtete, der von Hitler geplante **Überfall auf die Tschechoslowakei** könnte einen umfangreichen europäischen Krieg auslösen, den Deutschland vor Abschluss der Aufrüstung noch nicht gewinnen könnte. Zudem sah er, der dem von Hitler propagierten Konzept einer Gleichrangigkeit von Partei und Militär (Zwei-Säulen-Theorie) anhing, das Militär nicht ausreichend in die Entscheidung eingebunden. Damit begab sich Beck in eine „**systemimmanente Opposition**“ (Müller). Um den Krieg zu verhindern, warb Beck für den kollektiven Rücktritt der höchsten Generäle und erwog notfalls ein gewaltsames Vorgehen der Heeresführung gegen SS, Gestapo und Außenminister Ribbentrop. Es gelang Beck allerdings nicht, die Generäle zu überzeugen, obwohl auch diese die Pläne Hitlers mehrheitlich für aussichtslos hielten. Beck trat deshalb im August 1938 zurück und wurde von Hitler unter Beförderung zum Generaloberst mit 58 Jahren in den Ruhestand versetzt. Die Sudetenkrise führte schließlich nicht in einen europäischen Krieg, da Großbritannien und Frankreich Hitlers Forderungen akzeptierten.

Fortan ohne Amt und Machtbefugnisse, entwickelte sich Beck zu einer zentralen Figur des **national-konservativen Widerstands**, sammelte systemfeindliche Kräfte um sich und sein Haus in Berlin-Lichterfelde wurde zu einem Treffpunkt für Oppositionelle. Bereits Ende 1938 hatte er Hitler einen „Psychopathen durch und durch“ genannt, der eine „Auslese der Minderwertigen“ betreibe. Die Pogromnacht und der rassistisch konnotierte Vernichtungskrieg im Osten bestärkten seine Opposition. Ab Ende 1939 stand er bei allen Umsturzplänen an führender Stelle und rang sich schließlich auch zur Befürwortung eines Attentats auf Hitler durch. Nach einem Umsturz war er als Reichspräsident oder Reichsverweser vorgesehen. Als oberster politischer Repräsentant der **Verschöpfung vom 20. Juli** befand er sich an besagtem Tag im Bendlerblock (Sitz des Heeresamtes). Dort wurde er am späten Abend festgenommen. Er bat darum, sich selbst mit der Pistole das Leben nehmen zu dürfen. Nach zwei fehlgeschlagenen Versuchen wurde der Sterbende etwa um Mitternacht von einem Offizier erschossen. Es gibt zahlreiche Ehrungen, auch in Form von Straßennamen.

Quellen und Literatur

- Foerster, Wolfgang: Ludwig August Theodor Beck, in: Neue Deutsche Biographie (NDB), Bd. 1, Berlin 1953, S. 699.
- Müller, Klaus-Jürgen: Generaloberst Ludwig Beck. Eine Biographie, Paderborn 2008.

- Müller, Klaus-Jürgen: Generaloberst Ludwig Beck, in: Ueberschär, Gerd R. (Hg.): Hitlers militärische Elite. 68 Lebensläufe, Darmstadt 2011, S. S. 9-19.

Berning

Straßenname	Personenname	Stadtteil
Wilhelm-Berning-Straße	Berning, Wilhelm	Innenstadt

Hermann Wilhelm Berning (*26.03.1877 in Lingen, †23.11.1955 in Osnabrück) war der Sohn des Tischlermeisters Johann Bernhard Berning und seiner Frau Elisabeth-Caroline geb. Rosemeyer und damit ein Cousin des Vaters von Bernd Rosemeyer. Nach dem Abitur in Lingen studierte er in Münster und Breslau, wurde 1900 zum Priester geweiht und promovierte 1901 in Theologie. Er wurde Oberlehrer am Kgl. Gymnasium Meppen und trat spätestens 1903 der Zentrumspartei bei. 1914 wurde er zum **Bischof von Osnabrück** geweiht.

Aus einer nationalistischen, autoritären und monarchistischen **Grundhaltung** heraus wandte er sich scharf gegen Kommunismus und Atheismus, hatte aber auch grundsätzliche Vorbehalte gegenüber demokratischen Strukturen und stand insbesondere der Regierung von Papen ablehnend gegenüber. Berning vertrat „den traditionellen Antijudaismus der christlichen Tradition“ (Recker), war seit 1921 allerdings auch Präsident des Raphaelsvereins, der ab 1933 zahlreichen katholischen „Nichtariern“ bei der Emigration unterstützte. Berning wandte sich gegen einen übertriebenen Nationalismus, musste sich zugleich aber Gerüchten erwehren, mit den Deutschnationalen zu sympathisieren. Innerhalb des westdeutschen Bischofskollegiums stärkte er die Ablehnung der NSDAP. 1932 sprach er sich öffentlich für die Wahl Hindenburgs aus.

Im März 1933 ging Hitler mit Zusagen auf die Kirchen zu und wiederholte diese bei einer Audienz im April gegenüber Berning persönlich. Unter den Bischöfen schlug sich Berning danach auf die Seite des „**Kooperationsflügels**“ und kam nach Bischof Gröber dem neuen Staat am weitesten entgegen. Fortan unterstützte er den Nationalsozialismus öffentlich. Im November 1933 etwa rief er zur Wahl der NSDAP auf und in seiner Silvesterpredigt 1933 fiel der Satz „Wir Katholiken erkennen das Führerprinzip freudig an.“ Im Juli 1933 ließ er sich von Göring zudem zum Preußischen Staatsrat ernennen. Damit fungierte er als **Brückenbauer** zum neuen Staat und trug zur Konsolidierung des Reiches bei.

Trotz des zwischen Deutschem Reich und Heiligen Stuhl geschlossenen Reichskonkordats betrieben die Nationalsozialisten eine allmähliche Verdrängung der Kirchen aus dem öffentlichen Raum, was dort im Laufe des Jahres 1934 zu einer zunehmenden **Ernüchterung** führte. Auch bei Berning lässt sich dies – obwohl weiterhin dem „Kooperationsflügel“ zugehörig – ab Anfang 1934 feststellen. Gegen die verschiedenen antikatholischen Maßnahmen versuchte er die **Kirche zu verteidigen**. So prangerte er die Beseitigung der Bekenntnisschule an, die Zensur der Kirchenpresse und die propagandistische Ausnutzung von Sittlichkeitsprozessen gegen Geistliche. Er setzte sich für verfolgte Priester ein, aber auch für andere Bedrängte wie etwa den katholischen, „nichtarischen“ Chirurgen Max Budde oder den Sozialdemokraten Julius Leber.

Noch bis 1938 um Vermittlung bemüht, gab er auch **weiterhin staatsloyale Äußerungen** von sich. Im Juni 1935 besuchte Berning vier **Emslandlager**, zuletzt das Lager Aschendorfermoor. Dort soll er – so zitiert ihn zumindest die gleichgeschaltete „Ems-Zeitung“ aus Papenburg – vor Wachleuten gesagt haben: „Lange lag das Emsland im Dornröschenschlaf, bis der Prinz kam und es weckte; dieser Prinz ist unser Führer Adolf Hitler“.¹ Angesichts seiner gerade im Emsland starken Autorität war der Besuch eine wirkmächtige Rechtfertigung der Lager. Im August 1935 klang eine Tagung des Katholischen Akademikerverbandes unter seiner Präsidentschaft nicht mit dem obligatorischen Kirchenlied aus, sondern mit einem „Sieg Heil“ und dem Horst-Wessel-Lied. Und bei Kriegsausbruch 1939 schrieb er an die Gläubigen: „Gottes Segen komme über unser Volk und Vaterland, über unsere Kriegsmacht zu Lande, zu Wasser und in der Luft!“

¹ Der Vorfall wird unterschiedlich bewertet. Recker vertritt die These, das Zitat sei ihm von der Propagandapresse in den Mund gelegt worden. Wilken hält dies nicht für eine „schlüssige Interpretation“, Hauptert/Schäfer hingegen finden sie „überzeugend“. Harpel betont, es war „ein schwerwiegender Fehler, die Emslandlager überhaupt zu besuchen“.

Seine **Distanz zum Nationalsozialismus** wuchs indes beständig. Hatte sich seine Abwehrhaltung bisher weitgehend auf die Wahrung kirchlicher Eigeninteressen konzentriert, weitete sich seine Kritik ab 1941 aus. Angesichts der auf breite Kritik stoßenden T4-Aktion kritisierte er im November 1941 die **NS-Euthanasiepolitik**. Mit seiner **Silvesterpredigt 1941**, für die er später von Göring gerügt wurde, erreichte seine Kritik einen Höhepunkt. In seinen Positionen näherte sich Berning damit zuletzt dem Münsteraner Bischof von Galen an. Nach 1945 schwieg Berning über die Zeit des Nationalsozialismus. 1949 wurde er vom Papst in den persönlichen Rang eines Erzbischofs erhoben, 1952 wurde er Ehrenbürger von Osnabrück und Lingen. Die **kritische Auseinandersetzung** begann 1980 mit einem Osnabrücker Ausstellungskatalog, nach dem der Volksmund Berning häufig „Nazi-Bischof“ genannt habe, was eine Leserbriefdebatte auslöste. Nach einem Antrag der Osnabrücker Grünen auf Straßenumbenennung 1994 und einem anschließenden Beschluss des Stadtrates, die Rolle Bernings im Nationalsozialismus zu klären, legte der katholische Theologe und Oberstudienrat Recker 1998 eine Monographie vor, die in der Folge allerdings auch Kritik erfuhr.² Die Osnabrücker Berningstraße existiert noch heute.

Quellen und Literatur:

- Feldkamp, Michael F.: Rezension zu: Recker, Klemens-August: „Wem wollt ihr glauben?“ Bischof Berning im Dritten Reich, Paderborn 1998“, in: Rottenburger Jahrbuch für Kirchengeschichte 18 (1999), S. 317ff.
(<https://rjkg.de/ojs/index.php/rjkg/article/view/56641/56528>)
- Harpel, Henning: Die Emslandlager des Dritten Reichs. Formen und Probleme der aktiven Geschichtserinnerung im nördlichen Emsland 1955–1993, in: Emsländische Geschichte 12 (2005), S. 134-239.
- Hauptert, Bernhard/ Schäfer, Franz Josef: Sieg Heil. Bischof Berning und der Nationalsozialismus. Rezension zu: „Recker, Klemens-August: „Wem wollt ihr glauben?“ Bischof Berning im Dritten Reich, Paderborn 1998“, in: Imprimatur (katholische Onlinezeitschrift) 1 (1999)
(<https://web.archive.org/web/20021118041105/www.phil.uni-sb.de/projekte/imprimatur/1999/imp990105.html>)
- Hehl, Ulrich von: Bischof Berning und das Bistum Osnabrück im „Dritten Reich“, in: Osnabrücker Mitteilungen 86 (1980), S. 83-104.
- Löning, Martin: Die Durchsetzung nationalsozialistischer Herrschaft im Emsland (1933-1935), in: Emsland/Bentheim. Beiträge zur Geschichte 12 (1996), S. 7-354.
- Recker, Klemens-August: „Wem wollt ihr glauben?“ Bischof Berning im Dritten Reich, Paderborn 1998.
- Recker, Klemens-August: Art. „Berning, Hermann Wilhelm, Dr. theol.“, in: Emsländische Geschichte 6 (1997), S. 135-141.
- Recker, Klemens-August: Bischof Berning von Osnabrück am Ende der Weimarer Republik, in: Emsländische Geschichte 5 (1996), S. 19-43.
- Seegrün, Wolfgang: Wilhelm Berning (1877-1955). Ein Lebensbild, in: Osnabrücker Mitteilungen 79 (1972), S. 79-92.
- Wilken, Holger: Rezension zu „Recker, Klemens-August: „Wem wollt ihr glauben?“ Bischof Berning im Dritten Reich, Paderborn 1998“, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte 84 (1998), S. 241f. (<http://agora.sub.uni-hamburg.de/subhh/digbib/view?did=c1:1689&p=249>)

² Hauptert/Schäfer nennen seine Arbeit „um Verständnis“ werbend und „wenig textkritisch“. Wilken sieht in Reckers Bestreben, aus Bernings Äußerungen Menschenrechtsforderungen herauszulesen, den anachronistischen „Versuch einer gegenwartsbezogenen ‚Ehrenrettung‘“. Feldkamp kritisiert den gelegentlich „unsachgemäßen Umgang mit Quellen“ und den „Eindruck einer Erstlingsarbeit“.

Brändström

Straßenname	Personenname	Stadtteil
Elsa-Brandström-Straße	Brändström, Elsa	Innenstadt

Elsa Brändström (*26.3.1888 in Petersburg, +4.3.1948 in Cambridge, Massachusetts) wuchs als Tochter eines schwedischen Militärattachés im russischen Petersburg auf. Sie meldete sich bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs freiwillig als Krankenschwester bei der russischen Armee. Für das Rote Kreuz reiste sie 1915 zur Versorgung von deutschen Soldaten in russischer Kriegsgefangenschaft nach Sibirien. Dort setzte sie sich nachhaltig für eine Verbesserung der Lagerbedingungen ein. Ihre Bezeichnung als „Engel von Sibirien“ geht darauf zurück. Zurück in Petersburg half sie beim Aufbau eines schwedischen Hilfswerks. Mit der Oktoberrevolution 1917 wurde die Arbeit zunehmend schwierig. Nach mehrwöchiger Geiselhaft in Omsk gelang ihr schließlich die Ausreise nach Schweden. Im deutschen Bad Marienborn gründete sie 1922 ein Arbeitssanatorium für ehemalige deutsche Kriegsgefangene. 1923 errichtete sie in Mittweida ein Kinderheim für Waisen aus Österreich und Deutschland. 1927 erhielt sie die Ehrendoktorwürde der Uni Tübingen. 1929 heiratete sie den deutschen Pädagogikprofessor Robert Ulich. Da Ulich Sozialist war und Repressalien fürchtete, emigrierte das Paar im Januar 1934 in die USA. Versuche des NS-Regimes, die mittlerweile berühmte Frau zum Bleiben zu bewegen, blieben erfolglos. Eine persönliche Einladung Hitlers beantwortete sie per Telegramm mit dem Wort „Nein“. In den USA engagierte sich Brändström in der Flüchtlingshilfe für Deutsche und Österreicher und trug maßgeblich zu der Idee der Care-Pakete bei. Zahlreiche Ehrungen, auch unter dem Namen „Brandström“.

Quellen und Literatur

- Kruczek, Dietmar: Eine Frau zwischen den Fronten. Das Leben der Elsa Brändström, Neukirchen-Vluyn 2000.
- WELT vom 25.3.2013: Der „Engel von Sibirien“ gab Hitler einen Korb:
<https://www.welt.de/geschichte/article114756024/Der-Engel-von-Sibirien-gab-Hitler-einen-Korb.html>

Brandt

Straßenname	Personenname	Stadtteil
Willy-Brandt-Ring	Brandt, Willy	Innenstadt

Willy Brandt (*18.12.1913 in Lübeck, +8.10.1992 in Unkel) trat 1930 der SPD bei, wechselte 1931 aber zur SAPD, einer linken Abspaltung der SPD, die 1933 von den Nationalsozialisten verboten wurde. Für die SAPD, die im Untergrund fortbestand, baute er in Oslo ein Auslandsbüro auf. Statt seines bürgerlichen Namens „Herbert Frahm“ nannte er sich fortan „Willy Brandt“. Maßgeblich organisierte er die Kampagne zur Verleihung des Literaturnobelpreises an den im KZ Esterwegen inhaftierten Schriftsteller Carl von Ossietzky. 1936 hielt er sich zur Unterstützung des SAPD-Widerstands wieder in Deutschland auf. 1937 wirkte er als Berichterstatter im Spanischen Bürgerkrieg. 1938 verlor er die deutsche Staatsbürgerschaft, 1939 leiteten die deutschen Behörden eine Voruntersuchung wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ gegen ihn ein. 1940 kurzzeitig unerkannt in deutscher Gefangenschaft, wurde ihm in Schweden schließlich die norwegische Staatsbürgerschaft zuerkannt. Nach Deutschland zurückgekehrt, erhielt er 1948 wieder die deutsche Staatsbürgerschaft. 1949 zog er für die SPD in den Bundestag ein. Als Regierender Bürgermeister von Berlin (1957-1966) besucht er 1961 – zwei Wochen vor Beginn des Mauerbaus – Lingen. Außenminister und Vizekanzler (1966-1969), Bundeskanzler (1969-1974), Präsident der Sozialistischen Internationale (1976-1992). Für seine Entspannungspolitik im Kalten Krieg erhielt Brandt 1971 den Friedensnobelpreis.

Quellen und Literatur:

- Benz, Wolfgang/ Pehle, Walter H. (Hg.): Lexikon des deutschen Widerstands, Frankfurt am Main 2008.
- Brandt, Willy: Erinnerungen, Frankfurt am Main 1990.
- Crabus, Mirko: Willy Brandt in Lingen: <https://www.lingen.de/tourismus-freizeit-kultur/stadtarchiv/archivalie-des-monats/2021/archivalie-august-2021.html>
- Schöllgen, Gregor: Willy Brandt. Die Biographie, München 2003.

Brinkmann

Straßenname	Personenname	Stadtteil
Brinkmannstraße	Brinkmann, Heinrich	Innenstadt

Heinrich Brinkmann (*02.07.1884 in Ostenfelde bei Iburg, †12.08.1964 in Münster) besuchte die Präparandenschule in Ankum und das Bischöfliche Lehrerseminar in Osnabrück. Nach einem Jahr als Soldat trat er 1906 in den Schuldienst an der Castellschule. 1915 zum Krieg eingezogen, wurde er mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet und geriet kurz vor Kriegsende in britische Gefangenschaft. Von dort aus bewarb er sich 1919 um die Rektorenstelle der Castellschule, die er 1920 antrat. 1921 wurde er Stadtgeschäftsführer des Volksvereins für das kath. Deutschland, spätestens ab 1927 leitete er den Verein auf Kreisebene. 1924 kandidierte er für das Zentrum zum Vorsteherkollegium, in das er 1925 nachrückte, und wurde zugleich Vorsitzender des kath. Kreislehrervereins Lingen. Die Folgen der „Machtergreifung“ wurden auch in der Castellschule sichtbar. Die Schulchronik berichtet von dem „Fackelzug, der am Tage der Reichstagseröffnung in Potsdam stattfand. Die gesamte Schule nahm an dieser Veranstaltung teil, und mit Begeisterung wurde das Horst-Wessel-Lied gesungen.“ Brinkmann allerdings hielt Distanz. Als ihm für einen Parteiunzug durch einen Textilhändler eine anonym in Auftrag gegebene Hakenkreuzfahne überbracht wurde, unterließ er es, sie auszuhängen. 1937 stimmte Brinkmann für die Beibehaltung der Konfessionsschule. Wie die Schulleiterin Clara Eylert wurde er daraufhin zwangsversetzt. Brinkmann, der befürchtete, dass der politische Druck auch an einer anderen Schule nicht abnehmen würde, beantragte daraufhin seine Frühpensionierung. Die Chronik der Castellschule vermerkt: „Die Kastellschule muss eine nationalsozialistische Volksschule werden. Als Vorbedingung war ein Wechsel in der Schulleitung notwendig.“ Und in dem infolge seines Abstimmungsverhaltens angelegten Eintrag in die Gestapokartei Osnabrück heißt es, er nehme an NS-Veranstaltungen nur teil, wenn es unumgänglich sei. Brinkmann bat um Weiternutzung seiner Dienstwohnung, bis er ein angekauftes Haus in Münster beziehen könnte – er versicherte zugleich, dass es „unter den obwaltenden Umständen auch in meinem Interesse geboten ist, möglichst bald von Lingen zu verschwinden“ – was ihm gewährt wurde. Nach Kriegsende, bis zu seiner Pensionierung, wirkte er noch einige Jahre als Schulrat in Meppen.

Quellen und Literatur

- NLA OS, Rep. 439, Nr. 4698.
- StadtA LIN, Allgemeine Sammlung, Nr. 879.
- StadtA LIN, Altes Archiv, Nr. 6557.
- Hilling, Gerhard: Zusammenfassender Bericht über die Pfarrgemeinde St. Bonifatius-Lingen im „Dritten Reich“ (1946). Bearbeitet von Helmut Lensing, in: Emsländische Geschichte 16, S. 366-380.
- Möllenbeck, Annette: Katholiken und Nationalsozialismus in Lingen (1. Staatsprüfung für das Lehramt Sek. II und I), Münster 1987.
- Vocks, Benno: Lingen wegweisend. 99 Straßen, Wege und Plätze. Porträts und Geschichte(n), Ahlen 2015.
- Zumholz, Maria Anna: Anpassung – Verweigerung – Widerstand? Katholisches Milieu im Emsland 1933-1945, in: Emsländische Geschichte 13 (2006), S. 22-104.
- schichte(n), Ahlen 2015.

Brüning

Straßenname	Personenname	Stadtteil
Theresia-Brüning-Straße	Brüning, Theresia	Innenstadt

Theresia Brüning entstammte einer Heuerlingsfamilie des Tegederhofes in Gleesen. Sie wurde als Theresia Brinker am 17.08.1928 in Gleesen geboren. Der Jahrgang 1928 war der erste, der für einen Eintritt in die NSDAP zu jung war. Eine Recherche in der NSDAP-Mitgliederkartei in Berlin verlief entsprechend negativ. Nach ihrer Schulzeit wurde sie ebenso wie ihre Schwestern Bauernmagd. Seit 1951 verlobt, heiratete sie am 6. Mai 1953 den Maurer Heinrich Brüning (15.07.1926 – 02.06.2009) und zog noch im selben Monat zu ihm nach Bramsche. Zwischen 1955 und 1966 wurde sie Mutter von sieben Kindern. Seit 1966 gehörte sie der Katholischen Frauengemeinschaft Deutschlands (KFD) an. Außerdem war sie im Pfarrgemeinderat tätig. Von etwa 1965 bis 1990 war sie als ehrenamtliche Leiterin der Dorfhelferinnenstation in Lohne in der Familienhilfe aktiv. Nicht zuletzt war sie Mitbegründerin des Heimatvereins Bramsche und seit der Gründungsversammlung im September 1984 bis März 1998 dessen Erste Vorsitzende. Im Herbst 1987 schlossen sich mehrere CDU-Frauen des südlichen Emslandes, unter anderem Theresia Brüning, zu einem Arbeitskreis zur Erforschung der Geschichte der Frauen des Emslandes zusammen. 2007 veröffentlichte sie das Buch „1000 Jahre Bramsche“, in dem sie auch die Zeit des Nationalsozialismus berücksichtigt. Im Februar 1999 kürte der Ortsrat Bramsche sie zur Bürgerin des Jahres 1998. Theresia Brüning starb am 12.08.2020 in Thuine.

Quellen und Literatur

- StadtA LIN, Allg. Slg., Nr. 1250.
- StadtA LIN, Bramsche, Nr. 105, Eintrag Nr. 65.
- StadtA LIN, Lingener Tagespost vom 31.1.1990, 8.2.1999 und 14.8.2020.
- StadtA LIN, Melderegister.
- Brüning, Theresia: 1000 Jahre Bramsche. Ein Dorf mit Vergangenheit und Zukunft, Lingen (Ems), 2007.
- Brüning, Theresia: De Hüürmannske. Aus dem Leben einer Heuerlingsfrau, in: AG Frauen in der Geschichte des Emslandes (Hg.): Uns gab es auch. Bd. 1, Lingen (Ems) 1991, S. 37-42.
- Ahlen 2015.

Cohen

Straßenname	Personenname	Stadtteil
Else-Cohen-Straße	Cohen, Else	Innenstadt

Else Magnus, jüdischen Glaubens, wurde am 20. November 1899 in Bücken bei Hoya geboren. Sie heiratete den Lingener Juden Max Cohen (*1895), der nach dem Tod seines Vaters dessen Rohproduktengeschäft (Tierfelle, Tierhäute) in der Wilhelmstraße 45 weiterführte. Dem Ehepaar wurden drei Söhne geboren: Eduard (*1923), Alfred (*1925) und Bernhard (*1932). Nach mehreren Umzügen innerhalb Lingens (1929 Gertrudenweg, 1931 Bahnhofstraße und Lindenstraße) zog die Familie im Mai 1933 nach Darne, im März 1937 schließlich in den Brockhauser Weg. Elses Ehemann Max emigrierte bereits im September 1938 nach Brüssel. Sie selbst wurde nach der Pogromnacht in Lingen kurzzeitig in „Schutzhaff“ genommen. Im Dezember emigrierten auch die Söhne Eduard und Alfred nach Brüssel. Den jüngsten Sohn Bernhard meldete Else, da ihm der Besuch der Lingener Bürgerschule inzwischen verwehrt war, am jüdischen Internat in Hannover-Ahlem an und zog im April 1939 ebenfalls nach Brüssel. Im Januar 1940 fuhr schließlich auch der 7jährige Bernhard nach Brüssel. Von dort wurde die Familie schließlich in das Sammellager Mechelen verschleppt. Am 31. Juli 1943 wurden sie mit dem 21. Transport nach Auschwitz deportiert, wo sie am 2. August ankamen. Ab da verliert sich ihre Spur. Zwei Drittel der Angekommenen wurde noch am selben Tag zur Ermordung in den Gaskammern bestimmt. Möglicherweise befand sich auch die Familie Cohen unter ihnen. Die Else-Cohen-Straße erhielt 2005 ihren Namen.

Quellen und Literatur

- StadtA LIN, Melderegister.
- Scherger, Gertrud Anne: Der Jüdische Friedhof in Lingen. Eine Dokumentation. Beitrag zur Geschichte der Juden aus dem Raum Lingen, Lingen 2009.
- Scherger, Gertrud Anne: Stolpersteine. Ein Wegweiser zu den Stolpersteinen für die verfolgten und ermordeten jüdischen Bürger der Stadt Lingen (Ems). Ein Standtrundgang, Lingen ³2019.
- Scherger, Gertrud Anne: Verfolgt und ermordet. Leidenswege jüdischer Bürger in der Emigration, während der Deportation, im Ghetto und in den Konzentrationslagern. Beitrag zur Verfolgungsgeschichte der Juden aus dem Raum Lingen, Lingen 1998.
- Vocks, Benno: Lingen wegweisend. 99 Straßen, Wege und Plätze. Porträts und Geschichte(n), Ahlen 2015.

Damaschke

Straßenname	Personenname	Stadtteil
Damaschkestraße	Damaschke, Adolf	Innenstadt

Adolf Damaschke (* 24.11.1865 in Berlin, + 30.7.1935 in Berlin), zunächst als Volksschullehrer tätig, wurde 1896 freier Schriftsteller. Früh engagierte er sich im Bereich der freikirchlichen sowie der Lebensreformbewegung. Außerdem war er in der liberal und bodenreformerisch orientierten, 1903 aufgelösten Partei „Nationalsozialer Verein“ aktiv. 1898 gründete er den Bund deutscher Bodenreformer und blieb bis zu seinem Tod dessen Vorsitzender. In der Folge entwickelte er eine umfangreiche Vortrags- und Schriftstellertätigkeit. Als Vertreter des linken Flügels der bürgerlichen Sozialreform vertrat er die Auffassung, dass eine rein private, gewinnorientierte Nutzung insbesondere städtischen Bodens den sozialen Bedürfnissen der Bevölkerung hinsichtlich Versorgung und Wohnraum nicht ausreichend gerecht werden könne. Entsprechend zielte die Bodenreform u.a. auf eine Besteuerung der Bodengewinne und die Förderung von Wohnungsbaugenossenschaften. Damaschke verstand dies als dritten Weg zwischen „Mammonismus und Kommunismus“. 1922 trat auch die Stadt Lingen dem Bund deutscher Bodenreformer bei und plante die Gründung einer entsprechenden Wohnsiedlung. Im Oktober 1923 hielt Damaschke selbst einen Vortrag im Hotel Nave. 1925 beschloss der Lingener Magistrat, die Hauptstraße der Siedlung Damaschkestraße zu benennen. Der Name Damaschke ging schließlich auf die gesamte Siedlung über. Waren Damaschkes Ideen Anfang der 1920er Jahre überaus populär – zeitweise wurde er sogar als Kandidat für das Amt des Reichspräsidenten gehandelt – wuchs später die Kritik. Insbesondere der NSDAP-Agrarpolitiker Walther Darré stand Damaschke ablehnend gegenüber, und der „Völkische Beobachter“ verdächtigte ihn 1931 des „verkappten Marxismus“. 1933 erhielt er Redeverbot. Dennoch verband Damaschke mit dem Aufstieg der NSDAP offenbar auch eine gewisse Hoffnung auf eine mögliche Verbesserung der sozialen Lage. Kurz vor seinem Tod veröffentlichte Damaschke 1935 das Buch „Ein Kampf um Sozialismus und Nation. Vom Ringen um Boden für jeden Volksgenossen“. Dass er sich dort bemüht, die NSDAP in die Tradition des Nationalsozialen Vereins zu stellen, darf als Versuch gewertet werden, bodenreformerische Ideen für die Nationalsozialisten anschlussfähig zu machen. Eine nationalsozialistische oder gar antisemitische Gesinnung lässt sich daraus allerdings nicht ableiten und ist auch allgemein nicht zu erkennen. Zahlreiche Straßenbenennungen.

Quellen und Literatur

- Gräser, Marcus: Art. „Damaschke, Adolf“, in: Daurer, Cornelia e.a. (Hg.): Bericht der Linzer Straßennamenkommission, Linz 2022, S. 261-268.
- Hugler, Klaus: Adolf Damaschke. Gesinnung und Tat, Cottbus 2015.
- Schützenverein Damaschke von 1952 e.V. (Hg.): Aus alter Wurzel neue Kraft. 50 Jahre Schützenverein Damaschke, Lingen-Biene 2002.

Delp

Straßenname	Personenname	Stadtteil
Delpstraße	Delp, Alfred	Innenstadt

Alfred Delp (*15.9.1907 in Mannheim, +2.2.1945 in Berlin-Plötzensee) schloss sich 1922 dem katholischen Jugendverband „Bund Neudeutschland“ an und trat 1926 in den Jesuitenorden ein. Nach Philosophie- und Theologiestudium sowie der 1937 erfolgten Priesterweihe wurde Delp im Juli 1939 auf Anordnung seines Provinzials Redakteur der Jesuitenzeitschrift „Stimmen der Zeit“. Die Zeitschrift wurde im April 1941 überraschend von der Gestapo enteignet und bald darauf verboten. Delp wirkte fortan als Seelsorger in München-Bogenhausen. 1942 wurde er Teil der christlich geprägten Widerstandsgruppe des Kreisauer Kreises, der eine neue Gesellschaftsordnung für die Zeit nach dem Nationalsozialismus zu entwickeln suchte. Delp beschäftigte sich dabei insbesondere mit der Sozialen Frage und der katholischen Sozialethik, wirkte zugleich aber auch als Verbindungsmann zum Goerdeler Kreis. Nach dem Anschlag auf Hitler am 20. Juli 1944 wurde Delp am 28. Juli verhaftet. Anlass war sein Name in einem Notizbuch Stauffenbergs. Obwohl am Anschlag nicht beteiligt, wurde er im Januar 1945 wegen Hoch- und Landesverrat zum Tode verurteilt. Das Angebot der Gestapo, beim Austritt aus dem Orden freigelassen zu werden, lehnte er ab. Er wurde am 2. Februar 1945 hingerichtet. Zahlreiche Ehrungen, auch in Form von Straßennamen.

Quellen und Literatur

- Benz, Wolfgang/ Pehle, Walter H. (Hg.): Lexikon des deutschen Widerstands, Frankfurt am Main 2008.
- Benz, Wolfgang: Der deutsche Widerstand gegen Hitler, München 2019.
- Haub, Rita: Alfred Delp. Im Widerstand gegen Hitler, Kevelaer 2015.

Demann

Straßenname	Personenname	Stadtteil
Demannstraße	Demann, Franziskus	Innenstadt

Franziskus (Franz) Demann (*27.10.1900 in Freren, †27.03.1957 in Osnabrück) besuchte zunächst das Gymnasium Meppen. Ab März 1918 diente er im Ersten Weltkrieg als Matrose auf einem Minensuchboot. Den Besuch des Lingener Georgianums schloss er 1921 mit dem Abitur ab. Sein älterer Bruder Alois war Tischlermeister in Freren, der dortige Vorsitzende der Deutsch-Hannoverschen Partei (1924) und später Ratsherr der Zentrumspartei (1945-1952). Demann selbst war, wie er bei seiner Entnazifizierung angab, kein Mitglied einer Partei. Demann nahm – zunächst in Münster – ein Studium der Theologie und Philosophie auf, wechselte aber noch 1921 an die Gregorianische Universität Rom, wo er 1924 den Doktorgrad in Philosophie, 1927 die Priesterweihe und 1928 den Doktorgrad in Theologie erhielt. Danach war er als Vikar und Religionslehrer an der Rektoratsschule Haren und ab 1931 am Gymnasium Leer tätig. Schon früh war sein Leben von gesundheitlichen Schwierigkeiten bestimmt. Auf Wunsch seines Ordinarius, des Osnabrücker Bischofs Berning, studierte er ab 1933 erneut in Münster und erhielt so 1937 die Befähigung für das Lehramt an höheren Schulen. Danach betreute er die Osnabrücker Theologiestudenten in Münster. Ab 1939 lehrte er als Dozent für Dogmatik und Homiletik am Osnabrücker Priesterseminar. Im Zweiten Weltkrieg unterhielt er eine umfangreiche Briefkorrespondenz mit vielen Studenten und Priestern an der Front. Er selbst wurde im April 1941 vom Wehrbezirkskommando Coesfeld vom Wehrdienst befreit. Insgesamt führte Demann ein zurückgezogenes, vom Studium geprägtes Leben und trat außerhalb des Kreises der Theologen und Priester kaum öffentlich hervor. Demann war keiner Zeit Mitglied von NS-Organisationen. Im Rahmen seiner Entnazifizierung, die er problemlos durchlief (Kategorie 5: „Keine Bedenken“), gab er an: „Wegen grundsätzlicher Ablehnung der nationalsozialistischen Wahl und Nichtbeteiligung an der Wahl seit 1933, wurde ich öffentlich angepöbelt und insultiert“. Bischof Berning ernannte Demann 1949 zum Professor und berief ihn 1953 in das Domkapitel. 1954 wurde er Geistlicher Rat am Bischöflichen Generalvikariat. Über mehrere Jahre war er einer der engsten Mitarbeiter Bernings. Vom Domkapitel zu Bernings Nachfolger gewählt, musste die Bischofsweihe nach einem Herzinfarkt zunächst verschoben werden. Er starb während der Bischofsweihe am 27. März 1957 an einem zweiten Herzinfarkt. Noch im selben Jahr wurde die im Bau befindliche Volksschule Freren in „Franziskus-Demann-Schule“ benannt.

Quellen und Literatur:

- NLA OS, Rep 980, Nr. 52691.
- Queckenstedt, Hermann/ Reher, Heriburga/ Rehnen, Maria: Bischof für nur einen Tag. Zum Leben und Sterben Franziskus Demanns, Osnabrück 2007.
- Fritze, Bernhard: Art. „Demann, Gerhard Franziskus, Dr.“, in: Emsländische Geschichte 7 (1998), S. 128-132.
- Rüschen, Johannes (Hg.): Bekannte Emsländer aus vergangener Zeit, Bremen 1988.
- Vocks, Benno: Lingen wegweisend. 99 Straßen, Wege und Plätze. Porträts und Geschichte(n), Ahlen 2015.
- Wittler, Walter (Hg.): Von der Bischofsweihe in den Tod. Zum Gedenken an Bischof Dr. Franziskus Demann, Ankum 1957.

Eylert

Straßenname	Personenname	Stadtteil
Clara-Eylert-Straße	Eylert, Clara	Innenstadt

Clara Elisabeth Eylert wurde am 5. November 1879 in Altona geboren. Mit 20 Jahren bestand sie die Prüfung für Lehrerinnen an Volks-, Mittleren und Höheren Mädchenschulen. Danach fand sie eine befristete Anstellung an der katholischen Höheren Knabenschule Hamburg. Aus dieser Position heraus bewarb sie sich 1908 erfolgreich als Schulvorsteherin an der im Folgejahr eröffneten Höheren Töchterschule in Lingen. In Briefen an den NSDAP-Bürgermeister Plesse verzichtete Eylert konsequent auf den Hitlergruß. Allerdings hatte sie auch schon vor 1933 gegenüber dem Bürgermeister auf schriftliche Grußformeln weitestgehend verzichtet. Als sie am 1. April 1934 ihr 25jähriges Dienstjubiläum beging, äußerte sich Plesse durchaus anerkennend: „Sie haben die städtische Lehranstalt seit ihrer Errichtung geführt und durch Ihre unermüdliche und tüchtige Arbeitskraft und Fähigkeiten die günstige Entwicklung gefördert und ihr das berechnete Ansehen verschafft. (...) Möge es Ihnen vergönnt sein, noch lange in Ihrem Berufe bei bestem Wohlergehen wirken zu können.“ Ende 1934 wurde ihr seitens des Militärs vorgeworfen, ihren Schülerinnen gesagt zu haben „Es muß euch doch zu gewöhnlich sein, die Lore eines Soldaten zu sein.“ Eylert widersprach jedoch und konnte den Vorfall klären. Im April 1937 votierte sie bei einer Abstimmung gegen die Einführung der Gemeinschaftsschule und geriet damit in Konflikt mit dem NS-Regime. Die Namen der Ablehner wurden in der Gestapo-Kartei registriert. Laut Eylerts Eintrag sei sie eine fanatische Zentrumsanhängerin, die niemals NSDAP-Veranstaltungen besuche und keine Gewähr für eine nationalsozialistische Erziehung der Kinder biete. Sie wurde daraufhin in den Schulverband Osterbrock versetzt. Ihre Nachfolgerin wurde die überzeugte Nationalsozialistin Erna Sengstacke. Statt sich versetzen zu lassen ging Clara Eylert auf eigenen Antrag mit 57 Jahren in den Ruhestand und zog zurück nach Altona. Sie starb am 26. April 1954 in Telgte.

Quellen und Literatur

- Crabus, Mirko: Clara Eylert und die Höhere Töchterschule, in: Kivelingszeitung 2020, S. 245-251.

Feldhaus

Straßenname	Personenname	Stadtteil
Elisabeth-Feldhaus-Straße	Feldhaus, Elisabeth	Innenstadt

Elisabeth Feldhaus (*29.07.1914 in Holthausen, †28.09.1979 in Lingen) war die Tochter von Rosa Wolke geb. Wöste und des im Ersten Weltkrieg gefallenen Lehrers Josef Wolke aus Holthausen. Sie hatte eine zwei Jahre jüngere Schwester. 1929 zog die Mutter mit ihren beiden Töchtern von Langen nach Lingen in die Bogenstraße. Nach der Mittleren Reife erlernte Elisabeth Wolke den Beruf der **Kinderpflegerin**. Nach Aufhalten in Münster und Osnabrück kehrte sie 1935 nach Lingen zurück und wurde beim **Gesundheitsamt Lingen**³ angestellt. Daneben betätigte sie sich beim **Roten Kreuz**,⁴ spätestens ab September 1938 als Bereitschaftsführerin. Fortan leitete sie etwa Ausbildungskurse und organisierte Geländeübungen mit.

Am 6. März 1941 beantragte Elisabeth Feldhaus die Aufnahme in die **NSDAP**. Am 1. April 1941 wurde sie unter der Mitgliedsnummer 8347600 in die Ortsgruppe Lingen aufgenommen. 1942 verließ sie nach mehr als sechs Jahren beim DRK – zuletzt als Oberwachführerin⁵ – Lingen, um zu heiraten. Sie heiratete den 13 Jahre älteren Staatsanwalt Leo Feldhaus und zog mit ihm nach Osnabrück. Leo Feldhaus war Mitglied der SA⁶ (1933-1945) und der NSDAP (1937-1945). Aufgrund ihrer Namensänderung füllte sie erneut einen NSDAP-Parteiantrag aus und sandte ihn zusammen mit der Heiratsurkunde und ihrem bisherigen Parteibuch an die Gauleitung Weser-Ems. Im April 1944 wurde ihr Name in der NSDAP-Mitgliederkartei entsprechend geändert. Aus der Ehe gingen zwei Töchter hervor.

Nach dem Tod ihres Mannes 1951 kehrte sie nach Lingen zurück. Von 1954 bis 1974 war sie Vorsitzende des Mütter- und Frauenvereins der Bonifatiusgemeinde. 1964 zog sie in den Lingener **Kreistag** ein und gehörte zu den Gründungsmitgliedern des Vereins Kinderhilfe (heute **Christophoruswerk**). 1966 gründete sie mit zwölf anderen Frauen die CDU-Frauenvereinigung für den Kreis Lingen. Bereits seit 1961 im **Stadtrat**, wurde sie 1970 in den Verwaltungsausschuss gewählt und war damit Senatorin. Nach dem Ausscheiden aus dem Stadtrat wurde ihr 1975 der Titel einer „**Ehrenratherrin**“ verliehen.

Quellen und Literatur

- BArch, R 9361-II / 227981.
- BArch, R 9361-IX KARTEI / 8490592.
- NLA OS, Rep 980, Nr. 28007.
- StadtA LIN, Melderegister.

³ Die 1934/35 geschaffenen staatlichen **Gesundheitsämter** nahmen eine Schlüsselstellung in der „Erb- und Rassenhygiene“-Politik der Nationalsozialisten ein. Sie ordneten u.a. Eheverbote, Zwangssterilisationen und Zwangsabtreibungen an und waren zu einer engen Absprache mit der NSDAP verpflichtet.

⁴ Mit der 1933 beginnenden Gleichschaltung wandelte sich die Aufgabe des **DRK** von der Wohlfahrtspflege zur Vorbereitung auf den Sanitätsdienst im Kriegsfall. Zur Arbeit des DRK gehörten fortan auch ideologische Schulungen. Ende 1937 wurde das DRK mit seinerzeit mehr als 1,5 Mio. Mitgliedern unter die Aufsicht des Reichsinnenministeriums gestellt. Damit stieg auch der Einfluss der SS auf das DRK. Der neue Leiter Reichsarzt SS Grawitz, war mitverantwortlich für Massenmorde an Behinderten und medizinischen Experimenten an Gefangenen. Auch das DRK selbst war fallweise an Euthanasieverbrechen beteiligt. Vgl. Benz, Wolfgang/ Graml, Hermann/ Weiß, Hermann (Hg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart 1997, S. 428; Morgenbrod, Birgitt/ Merkenich, Stephanie: Das Deutsche Rote Kreuz unter der NS-Diktatur, abrufbar unter: https://www.drk.de/fileadmin/user_upload/PDFs/Das_DRK/Geschichte/LiebnerP-Microsoft_Word_-_DRK-Vortrag_aktuell_online-Fassung.doc-94.PDF

⁵ Die militärische Entsprechung wäre ein Oberleutnant.

⁶ Die **SA** entstand 1920 als parteieigene paramilitärischer Truppe für gewaltsame Auseinandersetzungen mit politischen Gegnern. Der Nachwuchs rekrutierte sich hauptsächlich aus der HJ. 1932 ca. 420.000 Mitglieder, 1934 ca. 4,2 Mio. Mitglieder, 1935 1,6 Mio. Mitglieder. Nach dem Röhm-Putsch konzentrierte sich die SA auf die vormilitärische Ausbildung ihrer Mitglieder. Zu den terroristischen Aktivitäten der SA gehörten Übergriffe im Rahmen des Boykotts jüdischer Geschäfte 1933 und im Rahmen der Pogromnacht 1938. In Oranienburg und Wuppertal unterhielt die SA je ein KZ. Vgl. Benz, Wolfgang/ Graml, Hermann/ Weiß, Hermann (Hg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart 1997, S. 752ff.

- StadtA LIN, PSR, Lax St, 1918/21.
- StadtA LIN, ZauS NS, Nr. 16.
- Deutsches Rotes Kreuz (Hg.): 75 Jahre Deutsches Rotes Kreuz in Lingen, Lingen 1980.
- Pegelow Kaplan, Thomas: Rezension zu: Vossen, Johannes: Gesundheitsämter im Nationalsozialismus. Rassenhygiene und offene Gesundheitsfürsorge im Westfalen 1900 - 1950. Essen 2001, in: H-Soz-Kult, 03.03.2003 (www.hsozkult.de/publicationreview/id/reb-4085).
- Vocks, Benno: Lingen wegweisend. 99 Straßen, Wege und Plätze. Porträts und Geschichte(n), Ahlen 2015.
- Zieschang, Gundula: Elisabeth Feldhaus. Eine engagierte Frau. Senatorin im Lingener Stadtrat, Ehrenratherrin und Gründerin der CDU-Frauenvereinigung, in: AG Frauen in der Geschichte des Emslandes (Hg.): Uns gab es auch, Bd. II, Sögel 1993, S. 177-179.

Flatow

Straßenname	Personenname	Stadtteil
Henriette-Flatow-Straße	Flatow, Henriette	Innenstadt

Henriette Flatow, jüdischen Glaubens, wurde am 18. Januar 1866 in Wormditt, Kreis Braunsberg, in Ostpreußen geboren. Sie blieb ledig. Im April 1915 zog sie von Rheine nach Lingen in die Rheinerstraße 57. Im September 1921 bezog sie das Haus Kaiserstraße 20, ein großes Eisenbahner-Mietshaus, in dem auch die jüdische Familie Gustav Joseph wohnte. Sie pflegte freundschaftlichen Kontakt zur Familie Heilbronn, die ebenfalls in der Kaiserstraße wohnte. Wohl im September oder Oktober 1929 schrieb Henriette Flatow sich als Pfründnerin ins Bonifatiushospital ein. Hier war sie als Küchengehilfin tätig. In der Meldekartei der Stadt erscheint sie als Invalide, im Adressbuch von 1938 als Rentnerin. Von der im September 1941 eingeführten Pflicht, in ein sogenanntes „Judenhaus“ umzuziehen, blieb sie verschont. Am 29. Juli wurden die letzten Bewohner des Lingener Judenhauses in der Marienstraße nach Theresienstadt deportiert. Es waren vor allem ältere Personen. Auch die inzwischen 76-jährige Henriette Flatow befand sich unter den Deportierten. Der letzte Eintrag auf ihrer Meldekarte lautet: „Auf Anordnung der Gestapo am 29.7.42 nach Münster W. überführt.“ Wohl von Lingener Polizeikräften wurden sie mit dem Zug nach Münster gebracht, von wo sie am 31. Juli mit einem Sammeltransport in das Altersghetto Theresienstadt geschickt wurde. Dort starb Henriette Flatow – wohl wie viele andere an den unmenschlichen Lebensbedingungen im Ghetto – nur wenige Monate später am 20. Januar 1943. Die Straßenbenennung erfolgte 2002.

Quellen und Literatur

- Stadtarchiv Lingen, Einwohnermelderegister.
- Stadtarchiv Lingen, Lingener Tagespost vom 27. und 31. Juli 2002.
- Remling, Ludwig: Vom Belegkrankenhaus zum Anstaltskrankenhaus mit Fachabteilungen, in: Franke, Werner (Hg.): St. Bonifatius Hospital Lingen. Im Dienst am Nächsten, Bramsche 2005, S. 23-44.
- Scherger, Gertrud Anne: Stolpersteine. Ein Wegweiser zu den Stolpersteinen für die verfolgten und ermordeten jüdischen Bürger der Stadt Lingen. Ein Stadtrundgang, Lingen 2013.
- Scherger, Gertrud Anne: Verfolgt und ermordet. Leidenswege jüdischer Bürger in der Emigration, während der Deportation, im Ghetto und in den Konzentrationslagern. Beitrag zur Verfolgungsgeschichte der Juden aus dem Raum Lingen, Lingen 1998.
- Vocks, Benno: Lingen wegweisend. 99 Straßen, Wege und Plätze. Porträts und Geschichte(n), Ahlen 2015.

Foster

Straßenname	Personenname	Stadtteil
Ruth-Foster-Straße	Foster, Ruth	Innenstadt

Ruth Foster wurde als Ruth Heilbronn am 14. November 1921 in Lingen geboren. Ihre Eltern waren der aus Lengerich stammende Viehhändler Wilhelm Heilbronn und seine Frau Caroline, eine geborene Grünberg. Die Familie wohnte in der Kaiserstraße 1, direkt gegenüber dem Gefängnis. Der Vater geriet 1933 in Konflikt mit einem SA-Mann und wurde kurzzeitig in Schutzhaft genommen. Nach dem Besuch der Höheren Töchterschule begann sie in Berlin eine Ausbildung als Krankenschwester und Kindergärtnerin. Als ihren Eltern im Dezember 1941 die Deportation drohte, kehrte sie nach Lingen zurück und schloss sich, um ihre Eltern zu begleiten, dem „Bielefelder Transport“ nach Riga freiwillig an. Im Ghetto Riga arbeiteten Ruth und ihre Mutter im Armeebekleidungsamt, der Vater Wilhelm musste außerhalb des Ghettos bei einer SS-Dienststelle Holz sägen. Im Mai 1942 wurde er vor ihren Augen erschossen, nachdem er versucht hatte, ein Stück Brot ins Ghetto zu bringen. Ihre Mutter wurde im Juli 1944 im Rahmen der sogenannten „Krebsbachaktion“ ermordet. Wenig später wurde Ruth Heilbronn infolge der Auflösung des Ghettos zunächst in das KZ Kaiserwald gebracht, dann auf dem Seeweg in das KZ Stutthof bei Danzig. Im Januar 1945 wurde das Lager Stutthof evakuiert, Ruth Heilbronn wurde mit anderen Frauen auf offenen Güterwagen nach Westen transportiert. Ziel war zunächst das Frauen-KZ Ravensbrück bei Berlin, dann ging es doch wieder ostwärts nach Stolp in Pommern. Dort mussten die Frauen Straßen bauen und Schützengräben ausheben. Als die Front näherrückte, begann der fast vierwöchige „Todesmarsch“ nach Westen. Auf einem Bauernhof bei Lauenburg wurden sie am 10. März 1945 von russischen Truppen befreit. Ruth Foster wurde in ein russisches Lazarett nach Bromberg gebracht. Am 12. Juni 1945 verließ sie Bromberg, um nach Lingen zu kommen. Erst am 20. August erreichte sie nach zehn Wochen Lingen. Hier lernte sie ihren Mann kennen, einen jüdischen Arzt in der polnischen Besatzungsarmee, und nahm mit der Heirat den Namen Foster an. 1947 zogen sie nach London. Von den 21 aus Lingen deportierten Juden war sie die einzige Überlebende. 1984 nahm Ruth Foster Kontakt mit der Lingener Stadtverwaltung auf und wurde zu einer wichtigen Impulsgeberin für die Auseinandersetzung mit dem Holocaust und der jüdischen Geschichte der Stadt. Unter anderem stellte sie den Kontakt zu Bernard Grünberg her. 1993 erhielt sie zusammen mit Bernard Grünberg die Ehrenbürgerschaft der Stadt Lingen. 2012 wurde eine Straße nach ihr benannt. Sie starb am 5. August 2014 in London.

Quellen und Literatur

- StadtA LIN, Allg. Slg., Nr. 1187.
- StadtA LIN, Lingener Volksbote vom 16.11.1921.
- Scherger, Gertrud Anne: Der Jüdische Friedhof in Lingen. Eine Dokumentation. Beitrag zur Geschichte der Juden aus dem Raum Lingen, Lingen 2009.
- Scherger, Gertrud Anne: Stolpersteine. Ein Wegweiser zu den Stolpersteinen für die verfolgten und ermordeten jüdischen Bürger der Stadt Lingen (Ems). Ein Standrundgang, Lingen ³2019.
- Scherger, Gertrud Anne: Verfolgt und ermordet. Leidenswege jüdischer Bürger in der Emigration, während der Deportation, im Ghetto und in den Konzentrationslagern. Beitrag zur Verfolgungsgeschichte der Juden aus dem Raum Lingen, Lingen 1998.
- Vehring, Karl-Heinz: Jüdische Bürger nach dem 2. Weltkrieg in Lingen. Begegnungen und Veranstaltungen, Lingen 2020.

Galen

Straßenname	Personenname	Stadtteil
Kardinal-von-Galen-Straße	Galen, Clemens August Graf von	Innenstadt

Clemens August Joseph Emanuel Pius Antonius Hubertus Maria Graf von Galen (*16.03.1878 auf Burg Dinklage, +22.03.1946 in Münster) entstammte einem alten westfälischen Adelsgeschlecht. Stark geprägt vom **papst- und staatstreuen Elternhaus**, nahm er nach dem Abitur in Vechta 1897 ein Studium in Freiburg auf, trat 1899 in Innsbruck den Jesuiten bei und wurde 1904 in Münster zum Priester geweiht. Von einer Promotion riet ihm sein Professor ab. Nach beruflichen Stationen im von ihm als „Zentrum des neuen Heidentums“ kritisierten Berlin, reagierte er wie viele auf den Ausbruch des Ersten Weltkrieges mit Begeisterung. Nach Kriegsende verfocht er die Dolchstoßlegende. Der Weimarer Republik gegenüber blieb er skeptisch und favorisierte einen auf Gott gegründeten Obrigkeitsstaat. In der **Zentrumspartei** sah er das „kleinste Übel“ (1924), ihm wurde allerdings auch eine Nähe zu den Deutschnationalen nachgesagt. Als Mitglied des Vereins des katholischen Adels setzte er sich 1932 vergeblich gegen dessen Abdriften zum Nationalsozialismus ein. Eine Machtergreifung Hitlers nannte er 1932 ein „doch sehr gefährliches Experiment“.

Nach der Machtergreifung befürwortete er – auch aus prinzipiellem Gehorsam gegenüber der von ihm als rechtmäßig anerkannten Obrigkeit heraus – eine **Zusammenarbeit mit der NS-Regierung**, in der er das letzte Bollwerk gegen den „Bolschewismus“ sah. „Aktiver Widerstand“ gegen die „nationale Revolution“, so Galen im Mai 1933, sei „Unrecht und schädlich“, zumal „wir innerlich weitgehend vielen Zielen“ der „jetzigen Regierung“ zustimmen: „Wir begrüßen freudig ihren Kampf gegen Liberalismus, Marxismus, Gottlosigkeit, öffentliche Unsittlichkeit usw.“⁷ Seit 1929 Pfarrer von St. Lamberti in Münster, wurde er im Juli 1933 zum **Bischof von Münster** gewählt. Im Oktober leistete er den vom Reichskonkordat vorgesehenen Treueeid gegenüber Göring.

Zunehmende Konkordatsbrüche seitens der Nationalsozialisten führten in der katholischen Kirche 1934 zu einer allgemeinen Ernüchterung. In seinem Hirtenbrief zu Ostern 1934 kritisierte Galen die Vorstellungen der „bolschewistischen Gottlosenbewegung“, die „jetzt unter nationalen Vorzeichen wiederauftauchen“, und stellte das katholische Sittengesetz über die Rassenlehre. Im Kreise der Bischöfe sprach er sich zunehmend dafür aus, statt stiller Diplomatie **öffentliche Kritik** am Nationalsozialismus zu üben. Höhepunkt seiner eigenen Kritik waren **drei Predigten**, die er – sich des hohen Risikos für ihn persönlich durchaus bewusst – im Juli und August 1941 hielt. In ihnen verurteilte er scharf die Beschlagnahmung von Ordenshäusern und die **NS-Euthanasiepolitik**, betonte zugleich aber auch den pflichtgemäßen Gehorsam gegenüber der Obrigkeit. „Gewiss, wir Christen machen keine Revolution! (...) Wir sind in diesem Augenblick nicht Hammer, sondern Amboss.“ Die Predigten fanden in der Folge weite Verbreitung und wurden auch international rezipiert. Der allgemein starke Protest gegen die Euthanasiepolitik, wesentlich aber wohl die drei Predigten Galens führten schließlich zu einer zumindest vordergründigen Einstellung der T4-Aktion. Überlegungen in der NS-Führungsriege, Galen aufzuhängen oder vor Gericht zu stellen wurden mit Rücksicht auf den laufenden Krieg hintangestellt.

Galens Kritik blieb allerdings **punktuell** und tat seinem Patriotismus keinen Abbruch. Weder sprach sich Galen gegen den totalen Krieg aus noch gegen den Holocaust. Vielmehr begrüßte er den Überfall auf die Sowjetunion als Kampf gegen den „Bolschewismus“. Zudem finden sich bei ihm Tendenzen eines traditionellen christlichen Antijudaismus, was ihn andererseits nicht daran hinderte, zum münsterischen Rabbiner Fritz Steinthal ein durchaus vertrauensvolles Verhältnis zu pflegen.

Den britischen Besatzern gegenüber blieb er kritisch, die These einer deutschen Kollektivschuld lehnte er ab. Schließlich trat er der CDU bei. Galen wurde 1946 zum **Kardinal** erhoben und zum Ehrenbürger der Stadt Münster ernannt. 2005 wurde er seliggesprochen.

Quellen und Literatur

⁷ Zitiert nach Wolf/Flammer/Schüler, S. 126.

- Benz, Wolfgang: Der deutsche Widerstand gegen Hitler, München 2019.
- Benz, Wolfgang/ Pehle, Walter H. (Hg.): Lexikon des deutschen Widerstands, Frankfurt am Main 2008.
- Wolf, Hubert/ Flammer, Thomas/ Schüler, Barbara (Hg.): Clemens August von Galen. Ein Kirchenfürst im Nationalsozialismus, Darmstadt 2007.
- Wolf, Hubert/ Lueb, Ingrid: Clemens August Graf von Galen. Gehorsam und Gewissen, Freiburg im Breisgau 2006.

Gilles

Straßenname	Personenname	Stadtteil
Hermann-Gilles-Platz	Gilles, Hermann	Innenstadt

Hermann Gilles (*02.06.1880 in Dernbach, Kreis Unterwesterwald, †22.07.1935 in Hilden bei Düsseldorf) legte 1898 in Montabaur sein Abitur ab und trat als Polizeianwärter in den Staatsdienst. Von 1900 bis 1902 diente er in einem Grenadierregiment. Seit 1906 war er verheiratet. Bereits 1905 hatte er eine Stelle als Polizeisergeant in Ohligs bei Solingen angetreten, 1909 wechselte er als Polizeikommissar nach Lingen. Hier betätigte er sich bald im Landwehr- und Kriegerverein, dessen Vorsitzender er 1925 wurde. Ende der 1920er Jahre war er Vorsitzender des Bürgerschützenvereins. Parallel arbeitete der Katholik an seiner politischen Karriere. 1919 wurde er in den Lingener Arbeiter- und Soldatenrat nachgewählt, trat dem Zentrum bei, wurde ins Bürgervorsteherkollegium gewählt und im September 1919 einer von vier Stadtseparatoren. Infolge der Querelen mit dem nur kurzzeitig amtierenden Bürgermeister Kühne, übernahm er im Juni 1920 dessen Amtsgeschäfte und wurde 1921 zum Bürgermeister auf Lebenszeit gewählt – kurz bevor eine Gesetzesänderung dies unmöglich gemacht hätte. Der Niedergang des Ausbesserungswerkes, Inflation, Wohnungsnot und eine Wirbelsturmkatastrophe prägten seine Amtszeit. Die NSDAP, seit 1929 in Lingen aktiv und von Gilles mit bürokratischen Mitteln bedrängt, konnte Lingen zwar zu einer Hochburg im Emsland ausbauen, verfehlte aber bei den Wahlen 1933 die Mehrheit im Stadtparlament. Zwar zeigte sich das Zentrum bei der ersten Sitzung Ende März zur Kooperation mit der NSDAP bereit, doch gelang NSDAP-Kreisleiter Plesse dennoch wenig später die vorläufige Suspendierung von Gilles. Es folgte eine Hetzkampagne der NSDAP und des Lingener Kreisblattes gegen Gilles wegen angeblich unkorrekter Schuldenaufnahme sowie falschen Spesen- und Reisekostenabrechnungen. Gilles beantragte ein Disziplinarverfahren gegen sich selbst, doch noch vor dessen (letztlich ergebnislosen) Abschluss setzte die NSDAP einen Misstrauensantrag gegen Gilles durch, sodass Anfang Juli 1933 Kreisleiter Plesse das Bürgermeisteramt übernahm. Ende Juli 1933 legte Gilles auch sein jüngst erworbenes Amt im Kreisausschuss nieder. Aus gesundheitlichen Gründen – Gilles war schwer herzkrank – beantragte er zum 1. November 1933 die Versetzung in den Ruhestand. Er ließ sich in Hilden bei Düsseldorf nieder, wo er 1935 an seiner Herzkrankheit starb.

Quellen und Literatur

- StadtA LIN, Personal, Nr. 65.
- Catenhusen, Wolf-Michael: Parteien und Wahlen in Lingen 1871-1933, in: Ehbrecht, Wilfried (Hg.): Lingen 975-1975. Zur Genese eines Stadtprofils, Lingen (Ems), 1975, S. 214-249.
- Lensing, Helmut: Art. „Gilles, Hermann“, in: Emsländische Geschichte 8 (2000), S. 196-199.
- Löning, Martin: Die Durchsetzung nationalsozialistischer Herrschaft im Emsland 1933-1935, in: Emsland/Bentheim 12 (1996), S. 7-354.
- Remling, Ludwig: Von der Demokratie zur Diktatur. Lingen 1932-1933, in: Jahrbuch des Emsländischen Heimatbundes 2014, S. 75-106.
- Vocks, Benno: Bürgermeister in Lingen von 1863 bis 1933, In: Kivelingszeitung 1996, S. 89-107.

Goerdeler

Straßenname	Personenname	Stadtteil
Goerdelerstraße	Goerdeler, Carl Friedrich	Innenstadt

Carl Friedrich Goerdeler (* 31.07.1884 in Schneidemühl, †02.02.1945 in Berlin-Plötzensee) entstammte einem nationalistischen, konservativen und monarchistischen Elternhaus. Er studierte Rechtswissenschaften in Tübingen und Königsberg und promovierte 1908. An dem Ersten Weltkrieg nahm er mit Enthusiasmus teil und stand der Weimarer Republik ablehnend gegenüber. Von 1919 bis 1931 war er Mitglied der **DNVP**, wo er mehrere Jahre auch im Parteivorstand aktiv war. Nach einer Beschäftigung in der Solinger Stadtverwaltung wurde er 1920 zweiter Bürgermeister von Königsberg, 1930 **Oberbürgermeister in Leipzig**. Den autoritären Vorstellungen Goerdelers entsprechend erfuhr das Stadtparlament unter seinem Einfluss eine Schwächung. Ab 1932 warb er für eine Regierungseinbindung der NSDAP, die „Machtergreifung“ und das Ermächtigungsgesetz wurden von ihm begrüßt. Den nicht verfassungsgemäßen Versuch der NSDAP im Frühjahr 1933 auf dem Leipziger Rathaus die Hakenkreuzfahne zu hissen, versuchte er jedoch erfolglos zu verhindern. Obwohl kein Mitglied der NSDAP, behielt Goerdeler – relativ weit rechts stehend und mit Fürsprechern in der Partei – das Amt des Oberbürgermeisters.

Selbst nicht frei von traditionellen antijüdischen Ressentiments, stießen antisemitische Willkürhandlungen und die Gewaltexzesse von SA und SS gegen Minderheiten bei Goerdeler auf Ablehnung. Am Tag des „Judenboykotts“ besuchte Goerdeler demonstrativ jüdische Geschäfte. Wiederholt berief er sich auf den wirtschaftlichen und außenpolitischen Schaden der NS-Politik gegenüber Juden. Ein weiteres Konfliktfeld waren die Machtansprüche und willkürlichen Eingriffe der NSDAP in die Stadtpolitik. Insbesondere die unter seiner Mitarbeit entstandene Deutsche Gemeindeordnung von 1935, die ein Ende der kommunalen Selbstverwaltung bedeutete, fand seine Kritik. 1934/35 bekleidete Goerdeler das Amt des **Reichskommissars für Preisüberwachung**, geriet aber auch hier in Kompetenzstreitigkeiten mit der NSDAP. Mit fortschreitender Zuspitzung der Konflikte entwickelte sich Goerdelers kritische Begleitung der NS-Politik allmählich zur Opposition. Die Beseitigung eines Mendelssohn-Bartholdy-Denkmal in Leipzig versuchte Goerdeler zu verhindern, fand sich politisch aber zunehmend isoliert. Er trat als Bürgermeister zurück und wurde im März 1937 aus dem Dienst verabschiedet.

Goerdeler entwickelte eine ausgeprägte Reisetätigkeit, um im Ausland für ein härteres Vorgehen gegen Hitler zu werben. Zugleich plädierte er für eine Verständigung mit den Westmächten und eine Revision des Versailler Vertrags. Setzte er zunächst auf einen Reformprozess, begann Ende 1938 der endgültige **Bruch mit dem NS-Regime**. Aus dem einstigen Systemträger wurde nun endgültig ein Systemgegner. Um Goerdeler und Ludwig Beck entstand in den Folgejahren eine national-konservative Widerstandsgruppe, der **Goerdeler-Kreis**. Im September 1943 nahm Goerdeler außerdem Kontakt zu Claus von Stauffenberg auf. Ziel war der **Sturz Hitlers und die Beendigung des Krieges**. Seine Pläne für die Zeit danach sahen eine Wiederherstellung der Grenzen von 1914 inklusive Österreichs und des Sudetenlands vor sowie eine Verständigung mit den Westmächten, nicht aber mit der UdSSR vor. Innenpolitisch konservativ, wirtschaftsliberal und antikommunistisch eingestellt, schwebte ihm keine parlamentarische Demokratie vor, vielmehr ein autoritärer Staat unter der Führung eines Erbkaisers, Wahlkaisers oder „Reichsführers“. „Diese Verfassung wäre sogar gegenüber dem Kaiserreich ein Rückschritt gewesen“ (Benz, Widerstand, S. 81). Schließlich sollte Beck „Reichsführer“, Goerdeler Reichskanzler werden. Am 14. Juli 1944 – noch vor dem **Hitlerattentat am 20. Juli** – wurde Haftbefehl gegen Goerdeler erlassen. Er floh, wurde aber erkannt und am 12. August verhaftet. Am 2. Februar 1945 wurde er hingerichtet.

Quellen und Literatur:

- Benz, Wolfgang: Der deutsche Widerstand gegen Hitler, München ²2019.
- Benz, Wolfgang/ Pehle, Walter H. (Hg.): Lexikon des deutschen Widerstands, Frankfurt am Main 2008.

- Reich, Ines: Carl Friedrich Goerdeler. Ein Oberbürgermeister gegen den NS-Staat, Köln/Weimar/Wien 1997.

Grünberg

Straßenname	Personenname	Stadtteil
Bernard-Grünberg-Straße	Grünberg, Bernard	Innenstadt

Bernard Grünbergs Eltern, der aus Haren stammende Bendix Grünberg (*1888) und die aus Emden stammende Marianne Valk (*1892) zogen nach ihrer Heirat nach Lingen, wo Bendix einen Viehhandel betrieb. Nach der Geburt der Tochter Gerda 1920 folgte am 22. März 1923 der Sohn Bernard. Bernard besuchte das Gymnasium Georgianum. Doch als nach der „Machtergreifung“ die Übergriffe durch andere Jugendliche auf dem Schulweg zunahmen, nahmen ihn die Eltern im März 1937 von der Schule und meldeten ihn bei der Umschichtungsstelle Berlin-Niederschönhausen an, wo er einen praktischen Beruf lernen und auf die Emigration nach Israel vorbereitet werden sollte. Nach der Reichspogromnacht begannen die „Kindertransporte“ nach Großbritannien. Da sein Vater im KZ Buchenwald eingesperrt war, gab seine Mutter allein die Zustimmung, dass auch Bernard emigrieren sollte. Ende 1938 brachte ihn ein Kindertransport nach England. Auf der Zugfahrt zwischen Rheine und Bentheim begleitete ihn überraschend sein gerade entlassener Vater. Es war ihre letzte Begegnung. Seine Eltern und seine Schwester wurden in Riga und Stutthof ermordet. In England arbeitete Bernard zunächst in der Landwirtschaft, dann als Lastwagenfahrer und KFZ-Mechaniker. 1947 heiratete er seine Frau Daisy. Die Einladung der Stadt zu einem Besuch in Lingen nahm er 1986 erst nach einigem Zögern an, besuchte die Stadt danach aber regelmäßig. 1993 wurde ihm die Ehrenbürgerschaft verliehen, 2012 wurde eine Straße nach ihm benannt. Er starb am 16. Januar 2021. Auf seinen Wunsch hin wurde er auf dem jüdischen Friedhof in Lingen beigesetzt.

Quellen und Literatur

- Prenger, Angela/ Wolski-Prenger, Friedhelm: Bernhard Grünberg. Allein in die Freiheit. Wie ein emsländischer Junge Hitler überlebte, Düsseldorf 2021.
- Scherger, Gertrud Anne: Der Jüdische Friedhof in Lingen. Eine Dokumentation. Beitrag zur Geschichte der Juden aus dem Raum Lingen, Lingen 2009.
- Scherger, Gertrud Anne: Stolpersteine. Ein Wegweiser zu den Stolpersteinen für die verfolgten und ermordeten jüdischen Bürger der Stadt Lingen (Ems). Ein Standtrundgang, Lingen ³2019.
- Scherger, Gertrud Anne: Verfolgt und ermordet. Leidenswege jüdischer Bürger in der Emigration, während der Deportation, im Ghetto und in den Konzentrationslagern. Beitrag zur Verfolgungsgeschichte der Juden aus dem Raum Lingen, Lingen 1998.
- Vocks, Benno: Lingen wegweisend. 99 Straßen, Wege und Plätze. Porträts und Geschichte(n), Ahlen 2015.

Hamann

Straßenname	Personenname	Stadtteil
Jochem-Hamann-Straße	Hamann, Jochem	Innenstadt

Hans-Joachim (Jochem) Hamann (*19.07.1914 in Berlin-Neukölln, †08.03.1977 in Lingen) wuchs mit zwei Geschwistern in Berlin-Neukölln auf. Sein Vater, der Kaufmann Max Hamann, war nach Aussage Hamanns seit 1908 Geschäftsführer der Israel-Frister-GmbH, die Beleuchtungsgegenstände herstellte, erlebte mit deren Konkurs aber einen Karriereeinbruch und war 1936 zeitweise arbeitslos.⁸ Seit 1929 bis zur Aufhebung durch die Nationalsozialisten war der Vater Max außerdem Mitglied und Schriftführer der Neuköllner Kaiser-Wilhelm-Loge des **Druidenordens**.⁹ An den alljährlichen Aufführungen der Loge nahm auch der Sohn aktiv teil. Von seinem 12. bis 17. Lebensjahr war Jochem Hamann Mitglied im **Deutschen Republikanischen Pfadfinderbund**. Den Sommer 1929 verbrachte er in einem Pfadfindergroßlager in England. Später war er Mitglied der **Deutschen Liga für Menschenrechte**.¹⁰ Am 1. März 1933 erlangte er das Abitur am Reformrealgymnasium Walter-Rathenau-Schule in Berlin-Neukölln, wo er **Klassen- bzw. Schulsprecher** war. Trotz eines Lehrgangs an der Kunstschule Reimann absolvierte er schließlich eine Lehre als **Kaufmannsgehilfe** im Sanitärfachhandel Deibel & Co GmbH in Berlin-Grunewald. Er arbeitete dort als Kaufmannsgehilfe bis zu seiner Einberufung zur Wehrmacht 1939.

Im Rahmen seiner Entnazifizierung schrieb Hamann: *„Meine Eltern waren stets gegen Hitler, ich aber glaubte, dass man sich mit der neuen Regierung abfinden müsse, da sich ja die Mehrheit der Wähler dafür entschieden hatte. Jedoch musste ich wegen dieser Ereignisse meine Absichten für den Schauspielbesuch aufgeben und Kaufmann lernen.“* Hier wie im Folgenden sei darauf hingewiesen, dass die Selbstzeugnisse und Selbstangaben in Entnazifizierungsakten eine problematische und recht unzuverlässige Quelle darstellen und entsprechend kritisch zu hinterfragen sind.¹¹

Im Frühjahr 1934 trat Hamann in die **Marine-SA**¹² ein, wo er schließlich das Amt eines **Scharführers** übernahm. Nach einer militärischen Kurzausbildung beim Infanterieregiment 50 im August/September 1937 beantragte er am 19. November 1937 die Aufnahme in die **NSDAP**. Diese Möglichkeit bestand aufgrund seiner SA-Mitgliedschaft.¹³ Unter der Nr.

⁸ Nach der Stellungnahme Hamanns im Rahmen der Entnazifizierung. Die jüdisch geführte Firma Gebr. Israel AG fusionierte 1927 oder 1933 mit der angeschlagenen Lampenfabrik Frister zur **Israel-Frister AG**. Im Zuge der „Arisierung“ musste der jüdische Geschäftspartner 1936 von seinem Amt zurücktreten, die Firma wurde als Frister AG weitergeführt. Vgl. <https://berlin.museum-digital.de/people/69030> sowie <https://www.bethanien.de/kunsterhaus-bethanien/geschichte/>.

⁹ Der „**Ancient Order of Druids**“ wurde 1781 in London gegründet. Die erste deutsche Loge entstand 1872 in Berlin. Ab 1933 setzten die Nationalsozialisten den Deutschen Druiden-Orden, der damals aus 264 Logen mit rund 10.000 Mitglieder bestand, zunehmend Repressalien aus, sodass er sich 1935 selbst auflöste, 1947 aber wiederbegründete. Ziel ist die Förderung von Humanität, Toleranz und Menschenrechte sowie der gegenseitige Zusammenhalt. Ein Bezug zu keltischem oder vermeintlich keltischem Gedankengut besteht nicht.

¹⁰ 1914 gegründet, leistete die **Liga** energischen Widerstand gegen den aufkommenden Nationalsozialismus. Mitglieder waren u.a. Albert Einstein, Kurt Tucholsky und Carl von Ossietzky.

¹¹ Vgl. etwa Templin, David: Wissenschaftliche Untersuchung zur NS-Belastung von Straßennamen. Abschlussbericht, erstellt im Auftrag des Staatsarchivs Hamburg, Hamburg 2017, S. 15.

¹² Die **SA** entstand 1920 als parteieigene paramilitärischer Truppe für gewaltsame Auseinandersetzungen mit politischen Gegnern. Der Nachwuchs rekrutierte sich hauptsächlich aus der HJ. 1932 ca. 420.000 Mitglieder, 1934 ca. 4,2 Mio. Mitglieder, 1935 1,6 Mio. Mitglieder. Nach dem Röhm-Putsch konzentrierte sich die SA auf die vormilitärische Ausbildung ihrer Mitglieder. Zu den terroristischen Aktivitäten der SA gehörten Übergriffe im Rahmen des Boykotts jüdischer Geschäfte 1933 und im Rahmen der Pogromnacht 1938. In Oranienburg und Wuppertal unterhielt die SA je ein KZ. Vgl. Benz, Wolfgang/ Graml, Hermann/ Weiß, Hermann (Hg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart 1997, S. 752ff.

¹³ Um den Eintritt von Mitläufern zu verhindern, galt in der **NSDAP** ab dem 1. Mai 1933 eine Aufnahmesperre. Ab 1937 konnten die alten NSBO- und NS-Hago-Mitglieder in die NSDAP eintreten, konkret ab April 1937 auch jene, die in den Gliederungen und angeschlossenen Verbänden der Partei als Nationalsozialisten tätig waren. Außerdem wurde das Konzept des „Parteianwärters“ eingeführt, der alle Mitgliedspflichten hatte, aber keine rote

5371071 wurde er rückwirkend zum 1. Mai 1937 in die Ortsgruppe Berlin aufgenommen.¹⁴ Gemäß eigenen Angaben bei der Entnazifizierung war er außerdem Mitglied im **Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband** (DHV),¹⁵ durch dessen Überführung Mitglied in der **DAF**¹⁶ sowie ferner Mitglied in der **NS-Volkswohlfahrt**¹⁷ (seit „1936(?)“) und im **NS-Reichsbund für Leibesübungen**¹⁸ (seit „1933(?)“).

Hamann erklärt den Eintritt in die SA durch seine Mitgliedschaft in einem Wassersportverein: *„Im Winter 1933/34 wurden die Wassersportvereine aufgefordert, ihre entsprechenden Jahrgänge in sogenannte ‚Marine-Inspektionen‘ abzustellen. So kam ich zur ‚Marine-Inspektion Ost‘, Berlin-Treptow, die dann später wie alle Inspektionen in die ‚Marine-SA‘ umgewandelt wurde. Da ich dort mit meinen Wassersport-Kameraden zusammen war, ergab es sich, dass ich auch in diesem Verbands bald als Veranstalter der ‚Bunten Abende‘ bekannt und wohl auch deshalb zum Scharführer befördert wurde (sonst nur nach Besuch von Lehrgängen oder Seesportschule möglich; ich habe keine dieser Institutionen besucht). Mit Wirkung vom*

*1. Mai 1937 wurde ich wie alle Nicht-Pg’s der Marine-SA in die Partei überführt.“*¹⁹

Am 20. November 1939 wurde Hamann zum **Kriegsdienst** eingezogen, zunächst nach Potsdam, im April 1940 dann ins norwegische Polargebiet. Sein Vorgesetzter Adjutant, der Schauspieler Martin Klaaß, gab ihm Schauspielunterricht. Außerdem stand er in Kontakt zu dem zur NS-Zeit populären (und wegen seiner Kooperation mit den Nationalsozialisten nicht unumstrittenen) Puppenspieler Max Jacob, dem Erfinder des Hohensteiner Kaspers. So leitete Hamann eine **Kabarett-Spielgruppe** und tingelte vier Jahre lang als Truppenbetreuung durch Nord-Norwegen. Die Truppenbetreuung bescherte ihm das Kriegsverdienstkreuz 1. und 2. Klasse.

Am 28. Juli 1943 heiratete er in Berlin-Tempelhof **Valerie Leander**. Hamann schreibt dazu: *„Meine jetzige Frau, die seit 1929 der S.P.D.²⁰ angehört, wollte 1937 die freundschaftliche Verbindung mit mir lösen, um mir durch ihre Belastung gemäss der ‚Nürnberger Gesetze‘²¹ keine Schwierigkeiten zu bereiten. Wir haben aber doch 1943 geheiratet, nachdem ich mit Hilfe der etwas undurchsichtigen Urkunde eines Wiener Pfarrers und meiner*

Mitgliedskarte bekam. Entsprechend stiegen die Mitgliederzahlen ab 1937 erheblich an. Im Mai 1939 wurde die Mitgliedssperre vollständig aufgehoben.

¹⁴ Nach einem Aufnahmestopp ab Mai 1933 hatte sich die NSDAP ab Mai 1937 zunächst wieder anderweitigen NS-Mitgliedern geöffnet, bis die Mitgliedssperre im Mai 1939 vollständig aufgehoben wurde.

¹⁵ Der **Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband (DHV)** war eine 1893 gegründete, nationalistisch und antisemitisch ausgerichtete und durchaus mitgliederstarke Angestelltengewerkschaft, die 1933 gleichgeschaltet und 1934/35 in die DAF eingegliedert wurde. Vgl. Rütters, Peter: Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband (DHB) und der Nationalsozialismus, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.): Historisch-politische Mitteilungen 9 (2009), S. 81-108.

¹⁶ Die **DAF** war ein rechtlich der NSDAP angeschlossener Einheitsverband der Arbeitnehmer und Arbeitgeber und mit ca. 23 Millionen Mitgliedern (1938) die größte NS-Massenorganisation. Vgl. Benz, Wolfgang/ Graml, Hermann/ Weiß, Hermann (Hg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart 1997, S. 418f.

¹⁷ Nach der Deutschen Arbeiterfront (DAF) die größte NS-Massenorganisation, versuchte die **NSV** eine Monopolisierung der Wohlfahrt. Aufgrund ihrer scheinbaren Ideologiefreie war ihre Arbeit populär. Die Mitgliedschaft erschien auch für diejenigen akzeptabel, die dem Regime eher zögernd oder kritisch gegenüberstanden, aber aus Opportunitätsgründen in eine Parteiorganisation eintreten wollten. Tatsächlich war die Arbeit der NSV aber von rasse- und erbbiologischen Selektionskriterien bestimmt. Vgl. Benz, Wolfgang/ Graml, Hermann/ Weiß, Hermann (Hg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart 1997, S. 619f.

¹⁸ Der **Deutsche Reichsbund für Leibesübungen (DRL)** wurde 1934 als Sammelbecken für gleichgeschaltete Sportvereine gegründet. 1938 wurde der Verband unter dem Namen NS-Reichsbund für Leibesübungen zu einem „von der NSDAP betreuten Verband“. 1937 gehörten zum DRL rund 45.000 Vereine mit rund 3,5 Mio. Mitgliedern.

¹⁹ Die Aufnahme in die NSDAP erfolgte nicht automatisch per Sammellisten, sondern grundsätzlich durch Einzelantrag mit eigenhändiger Unterschrift. Vgl. <https://www.bundesarchiv.de/DE/Content/Artikel/UEberuns/Aus-unserer-Arbeit/Textsammlung-NSDAP-Aufnahmeverfahren/zum-nsdap-aufnahmeverfahren.html?chapterId=34072>

²⁰ Die Worte Hamanns sind insofern missverständlich, als dass die SPD im Juni 1933 verboten und erst 1945 wiedergegründet wurde.

²¹ Dies deutet darauf hin, dass Valerie Leander – gemäß Lingener Meldeunterlagen „gottgläubig“ – jüdische (oder andere durch die Rassengesetze diskriminierte) Vorfahren hatte oder ursprünglich selbst jüdischen Glaubens war.

Parteizugehörigkeit die Bedenken des Standesbeamten zerstreut hatte. Dies war das einzige Mal, dass ich Vorteile aus meiner Parteimitgliedschaft zog.“

Ab August 1944 war Hamann Soldat in Frankreich. Zuletzt im Rang eines Feldwebels angekommen, geriet er am 29. Oktober 1944 an der Scheldemündung in **britische Kriegsgefangenschaft** und wurde in Belgien festgesetzt.

Im Januar 1946 gehörte er zu jenen deutschen Kriegsgefangenen, die aus belgischen Lagern in den Kreis Lingen kamen, weil ihre Heimat in der sowjetisch besetzten Zone lag. Er arbeitete zunächst einige Wochen als Knecht bei einem Bauern in Klosterholte, erhielt dann aber eine Anstellung als Vortragskünstler und Puppenspieler bei „**Lingens Bunter Bühne**“. Im Sommer 1946 folgte ihm auch seine Frau Valerie aus Berlin ins Emsland. Noch im selben Jahr kreierte beide die ersten Puppen aus Pappmaché.

Hamann bemühte sich um die Aufnahme in die Internationale Artisten-Loge, erhielt aber die Antwort, dass er sich erst entnazifizieren lassen sollte. Daraufhin beantragte er Anfang 1947 seine **Entnazifizierung** und reichte entsprechende **Unbedenklichkeitsbescheinigungen**²² ein, unter anderem von der Firma Deibel, die feststellt, dass er sich in der Firma „*propagandistisch nicht betätigt*“ und die Mitarbeiter „*nie in nationalsozialistischem Sinne zu beeinflussen versucht*“ habe. Eine weitere Bescheinigung stammte von der ehemaligen Nachbarin Else Jonas, die schrieb, „*dass er mir und allen älteren Hausbewohnern als Mitglied der NSDAP und SA bekannt ist, sich aber niemals aktivistisch betätigt hat, keinen in seiner freien Meinungsäußerung behinderte und keinem der mir bekannten ausgesprochenen Gegner der NSDAP irgendwelche Schwierigkeiten bereitete*“. Eine dritte Bescheinigung stammte vom ehemaligen Vorsitzenden der Kaiser-Wilhelm-Loge und bestätigte lediglich den Kontakt Hamanns zu dieser Loge. Seine knapp über einseitige **handschriftliche Stellungnahme**, aus der hier bereits mehrfach zitiert wurde, endet mit den Worten: „*Ich habe mich nicht aktivistisch betätigt, obwohl ich einige Zeit der Sache durchaus wohlwollend gegenüberstand. Als ich später anderen Sinnes wurde, hatte ich nicht den Mut (-auch mit Rücksicht auf meinen Vater-), daraus die Konsequenzen zu ziehen. Darin sehe ich meine Schuld. Und ich habe mir selbst zur Aufgabe gemacht, sie, soweit es dadurch möglich ist, durch Sauberkeit, Lauterkeit und hohe Zielsetzung in meiner Arbeit abzutragen.*“

Der Entnazifizierungs-Geschworenenausschuss des Kreises Lingen stellte in seiner Stellungnahme fest: „**Hamann ist dadurch belastet, dass er Scharführer in der SA war.**“ Er plädierte allerdings lediglich für eine Bewertung als „**nomineller Nazi**“ („*nominal Nazi*“) und sah keinen Grund für Berufsbeschränkungen. Von britischer Seite kam allerdings die kritische Nachfrage: „*What evidence is there, that he was nominal member?*“ (Welche Beweise gibt es dafür, dass er nominelles Mitglied war?) Der Ausschuss erläuterte daraufhin: „*Auf Grund seiner beigefügten Erklärung ist dem Ausschuss klar, dass er nicht aus Partei-Begeisterung in die SA gekommen ist, sondern auf Grund seines Berufes als Sportlehrer. In der Partei war er erst seit 1. Mai 1937 und hat in der Partei keinen Posten gehabt. Der Ausschuss glaubt von Hamann annehmen zu können, dass er ehrlich bestrebt ist, am Wiederaufbau eines demokratischen Deutschlands mitzuwirken und gruppiert ihn in Gruppe 2, „für Beschäftigung empfohlen.“* Im März 1947 schließt sich die britische Militärregierung dieser Lesart an: „**Nominal Nazi Supporter**“ (nomineller Naziunterstützer).

Im Entnazifizierungsbogen gab er an, zwar christlich zu sein, aber keiner Kirche anzugehören. Die Verbindung zur Kirche habe er „*wegen der gegenseitigen Bekämpfungen der christl. Konfessionen untereinander*“ gelöst. Bei der Volkszählung 1939 habe er unter Religionszugehörigkeit „*keine*“ angegeben. Auf seiner Lingener Melderegisterkartei steht unter Religion „*ggl.*“ – **gottgläubig**.²³ Der spätere Bischof Martin Kruse (*1929) verdingte sich vor

²² Hinsichtlich ihres Wahrheitsgehalts sind die Aussagen in **Leumundszeugnissen** („Persilscheinen“) als noch problematischer zu bewerten als die nicht selten beschönigten oder gefälschten Selbstangaben im Entnazifizierungs-Fragebogen. Sie sind weniger Auskunft über das tatsächliche Handeln der betroffenen Person vor 1945 als Ausdruck seines sozialen Netzwerkes nach 1945. Vgl. Sabine Hennig, *Entnazifizierungsunterlagen in Württemberg-Hohenzollern*, in: *Südwestdeutsche Archivalienkunde* (<https://www.leo-bw.de/themenmodul/sudwestdeutsche-archivalienkunde/archivaliengattungen/akten/inhaltliche-unterscheidung/entnazifizierungsakten-wuerttemberg-hohenzollern>).

²³ Das Reichsinnenministerium führte 1936 die religiöse Identifikationformel der **Gottgläubigkeit** für Personen ein, die nicht zu einer Religionsgemeinschaft wie der Kirche gehörten, sich aber auch nicht als glaubenslos

Aufnahme seines Studium einige Monate in Hamanns Puppenbühne. Gemeinsam führen sie samt Bühne zu den verschiedenen Auftritten. Kruse erinnerte sich später: „*Er war ein Berliner Skeptiker und kein ‚Kirchenchrist‘ und passte eigentlich nicht ins fromm-katholische Emsland. Aber er hatte einen Sinn für das Glaubwürdige und hielt darum bei allem Respekt mit seiner Kritik an der Kirche nicht hinter dem Berge. Er stellte mir ungewöhnliche Glaubensfragen, Gleichsam ‚von außen‘.*“

1947 wurde dem Ehepaar Hamann ein Sohn geboren, und Hamann machte sich mit „**Hamanns Puppenspielen**“ selbständig. Als erstes Stück feierte „Das alte Puppenspiel vom Doktor Faust“ am 30. März 1948 im Festsaal der Postschule seine Premiere. Hier trat auch erstmals seine erfolgreichste Figur, der „Lingener Kasper“ auf. Mit dem Spiel „Der Verkehrsteufel“ begann 1952 Hamanns Engagement in der Verkehrserziehung. Mit seinem „Verkehrskasper“ war er fortan regelmäßiger Gast an zahlreichen Schulen. In den 1960er Jahren absolvierte er eine zweijährige Ausbildung zum **Volksschullehrer** und unterrichtete fortan an der Overbergschule. Er war Mitglied in der „Union International de la Marionette“, Jurymitglied bei den Bochumer Puppenspieltagen für Laienspielbühnen sowie Gründungsmitglied und langjähriger Vorsitzender der „Gilde künstlerischer Puppenbühnen in Niedersachsen“. Außerdem wirkte er als beratendes Mitglied im **Verkehrsausschuss** der Stadt mit und war Vorsitzender der **Kreisverkehrswacht Lingen**. Er starb 1977 mit 62 Jahren. Neben dem Straßennamen erinnert auch eine Dauerausstellung im Christophoruswerk an Jochem Hamann.

Interpretationsversuch: *Geprägt vom eigenen Elternhaus, darf man Hamanns Grundsozialisation wohl als demokratisch und humanistisch beschreiben. Bereits hier könnten die Wurzeln für seine später dokumentierbare Distanz zu kirchlichen Institutionen liegen – seine „Gottgläubigkeit“ muss also nicht notwendig als NS-Nähe ausgelegt werden. Anders als seine Eltern entwickelt er – zweifellos vorbereitet durch seine Mitgliedschaft im Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband – um 1933 wie viele junge Männer eine Begeisterung für den Nationalsozialismus. Dass er lediglich glaubte, „sich mit der neuen Regierung abfinden“ zu müssen, scheint eher eine Schutzbehauptung zu sein. Obwohl Hamann seinen Weg in SA und NSDAP durchaus glaubwürdig beschreibt, lässt er doch aus, dass die Mitgliedschaft kein Automatismus war, sondern eine – möglicherweise unter einem gewissen Gruppendruck erfolgte – individuelle Entscheidung. Die Beförderung zum Scharführer mag weniger aus persönlichem Ehrgeiz geschehen als auf seine Fähigkeiten als Unterhalter und auf die damit einhergehende soziale Präsenz (vormaliger Schulsprecher, späterer Entertainer) zurückzuführen sein. Hamann gibt an, dem Nationalsozialismus zunächst „wohlwollend“ (de facto wohl mindestens wohlwollend) gegenübergestanden zu haben, aber noch in der NS-Zeit „anderen Sinnes“ geworden zu sein. Dies dürfte wesentlich an der fünf Jahre älteren Sozialdemokratin Valerie Leander gelegen haben, mit der er spätestens ab 1937 eine Beziehung führte. Dies hinderte ihn allerdings nicht daran, noch 1937 trotz Beziehungskrise in die NSDAP einzutreten. Nach 1945 äußerte er ein Schuldeingeständnis, das vor dem Entnazifizierungsausschuss zwar wohlfeil war, aber durchaus aufrichtig gemeint sein könnte. Unbestritten bleibt aber, was auch schon der Entnazifizierungsausschuss feststellte: „Hamann war von 1934 ab Scharführer in der Marine-SA. Das ist seine Belasting [sic!].“ Hinzu kommen insbesondere seine Mitgliedschaft in der NSDAP sowie weitere Mitgliedschaften.*

Quellen und Literatur

- BArch, R 9361-IX KARTEI / 13270807.
- NLA OS, Rep 980, Nr. 14338.
- StadtA LIN, Bestand Hamann, Nr. 1.
- StadtA LIN, Melderegister 1929-1956.
- Kruse, Martin: Es kam immer anders. Erinnerungen eines Bischofs, Freiburg im Breisgau 2010.

bezeichnen wollten. Sie galt häufig als Ausdruck einer besonderen NS-Nähe. Bei der Volkszählung 1939 erscheinen 3,5% als „gottgläubig“, 1,5% als „glaubenslos“. Vgl. u.a. Benz, Wolfgang/ Graml, Hermann/ Weiß, Hermann (Hg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart 1997, S. 493.

- Müllner, Bruni: Jochem Hamann. Mehr als der „Vater“ des Lingener Kasper, in: Jahrbuch des Emsländischen Heimatbundes 60 (2014), S. 267-274.
- Vocks, Benno: Lingen wegweisend. 99 Straßen, Wege und Plätze. Porträts und Geschichte(n), Ahlen 2015.
- Wessely, Alexander: „Wie überall kommt es auch beim Puppenspiel auf die Haltung und Gesinnung an.“ Zur Frage eines Zusammenhanges zwischen Handpuppenspiel und Propaganda im Dritten Reich. Eine Annäherung (Diss.), Wien 2009. (<https://core.ac.uk/download/pdf/11585923.pdf>)

Heinze

Straßenname	Personenname	Stadtteil
Margarethe-Heinze-Straße	Heinze, Margarethe	Innenstadt

Margarethe Heinze wurde am 14. April 1903 unter dem Namen Hahne in Ullersdorf in der schlesischen Grafschaft Glatz geboren. Sie verlor schon früh ihre Familie und wuchs ab ihrem elften Lebensjahr bei Pflegeeltern auf. Nach dem Besuch des Lyzeums Glatz erhielt sie 1920 das Reifezeugnis. Danach besuchte sie die kaufmännische Schule Glatz. 1924 bestand sie die Abschlussprüfung und erhielt eine Anstellung als kaufmännische Lehrerin. Ab 1926 arbeitete sie als Bilanzbuchhalterin bei der Strom-Einkaufsgenossenschaft Glatz. Die Stellung gab sie Ende 1932 aufgrund ihrer Verheiratung auf. Aus der Ehe gingen drei Kinder hervor. Gemäß eigenen Angaben hatte sie in der katholischen Jugendbewegung Groß-Quickborn „mündl. u. schriftliche Arbeiten über religiöse Themen“ verfasst. In November 1932 und im März 1933 wählte sie die Zentrumspartei. Von 1941 bis Juli 1944 war sie zahlendes Mitglied im Deutschen Frauenwerk (DFW), bekleidete dort aber keinerlei Ämter.²⁴ 1944 starb ihr Mann als Soldat an der Front in Frankreich. Nach Kriegsende aus ihrer Heimat vertrieben, flüchtete sie mit ihren Kindern ins Emsland. Die Familie kam zunächst bei einem Listruper Bauern unter. Bei der Entnazifizierung 1946 bestanden gegen sie „keine Bedenken“ („no objection“). 1948 zog sie nach Lingen und übernahm die Beratungs- und Betreuungsstelle für Flüchtlinge und Kriegsheimkehrer im Lingener Landratsamt. Für die rund 12.000 Flüchtlinge im Landkreis Lingen war sie damit die entscheidende Kontaktperson. 1948 wurde sie in den Lingener Kreistag gewählt, wo sie bis 1960 einen Sitz hatte. Auch hier vertrat sie die Interessen der Flüchtlinge und Vertriebenen. Zunächst saß sie für den Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE), dessen zweite Vorsitzende sie wurde, im Kreistag. Mit dem Niedergang des BHE wechselte sie in die CDU-Fraktion. Im Kreistag war sie lange Zeit die einzige Frau. Sie vertrat den Landkreis Lingen im Bezirksflüchtlingsrat in Osnabrück und saß außerdem im Aufsichtsrat der Osnabrücker Sozialen Wohnungsbaugesellschaft. Sie war Beisitzerin im Kreisvorstand des Zentralverbands der vertriebenen Deutschen (ZVD) und Mitglied im Lingener Stadtflüchtlingsrat. Von 1956 an bis zu ihrem Lebensende hatte sie außerdem einen Sitz im Lingener Stadtrat. 1952 erhielt sie als erste Frau des Regierungsbezirks Osnabrück von Bundespräsident Heuss das Bundesverdienstkreuz am Bande. Die Laudatio lobte sie als „eine Vermittlerin zwischen der einheimischen Bevölkerung und den Vertriebenen“. Am 5. Mai 1964 kam sie zusammen mit ihrem Sohn bei einem Autounfall in Werne ums Leben.

Quellen und Literatur

- NLA OS, Rep 980, Nr. 2341.
- StadtA LIN, Allg. Slg., Nr. 1143.
- StadtA LIN, Fotoserien, Nr. 215.
- StadtA LIN, Slg. Gästebücher, Nr. 0.
- Arbeitsgemeinschaft Frauen in der Geschichte des Emslandes (Hg.): Straßennamen erinnern an herausragende Frauen, o.O., o.J.
- Eiyneck, Andreas: Alte Heimat – neue Heimat. Flüchtlinge und Vertriebene im Raum Lingen nach 1945, Lingen (Ems), 1997.
- Jakobs, Maria: Margarethe Heinze. Flüchtlingsbetreuerin im Kreis Lingen, in: Arbeitsgemeinschaft Frauen in der Geschichte des Emslandes (Hg.): Uns gab es auch, Bd. 2, Sögel 1993, S. 172-176.

²⁴ Das DFW war ein nationalsozialistischer Frauenverband, der als Sammelbecken für gleichgeschaltete bürgerliche Frauenbewegungen diente und der NSDAP als „betreuter Verband“ angegliedert war. Parallel dazu bestand die streng nationalsozialistisch ausgerichtete NS-Frauenschaft, die Frauenorganisation der NSDAP. Vgl. Benz, Wolfgang/ Graml, Hermann/ Weiß, Hermann (Hg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart 1997, S. 617f.

- Marienschule Lingen: Das Leben der Flüchtlinge und Vertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg im Lingener Raum und ihre Eingliederung, Lingen 1985.
- Vocks, Benno: Lingen wegweisend. 99 Straßen, Wege und Plätze. Porträts und Geschichte(n), Ahlen 2015.
- Wilbers-Noetzel, Annette: Die wohnräumliche und wirtschaftliche Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen im Emsland nach 1945 (Emsland/Bentheim. Beiträge zur Geschichte 17), Sögel 2004.

Heuking

Straßenname	Personenname	Stadtteil
Hermann-Heuking-Straße	Heuking, Hermann	Innenstadt

Gerhard Hermann Heuking (*23.06.1872 in Listrup, †11.07.1945 in Lingen) besuchte, ähnlich wie später Heinrich Brinkmann, die Präparandenschule in Ankum und das Bischöfliche Lehrerseminar in Osnabrück. Als Lehrer war er von 1895 bis 1901 zunächst in Schepsdorf tätig, dann an der Lingener Castellschule, wo er seit 1922 als Konrektor unter Rektor Brinkmann wirkte. 1906 heiratete er Karolina Möller. Von 1905 bis 1923 war er Leiter des Cäcilienvereins der katholischen Bonifatiuskirche. Zudem war er Schriftführer und Kassierer im Bonifatius-Bauverein und damit neben Dechant Hilling die treibende Kraft zum Aufbau der Siedlung Reuschberge, die insbesondere Kriegsflüchtlingen aus Ostpreußen und Schlesien eine neue Heimat gab. Wegen einer chronischen Lungenkrankheit schon mehrmals in Kur gewesen, musste Heuking 1927 krankheitsbedingt für 6 Monate in Urlaub gehen, ohne dass sich sein Zustand dadurch besserte. Wegen Dienstunfähigkeit wurde er mit 55 Jahren zum 1. April 1928 in den Ruhestand versetzt. Danach scheint er sich aus der Öffentlichkeit zurückgezogen haben. Eine Verbindung zum Nationalsozialismus ließ sich nicht ermitteln. Die Recherche in der NSDAP-Mitgliederkartei des Bundesarchivs verlief ergebnislos. Hermann Heuking starb am 11. Juli 1945 an Lungentuberkulose. In Reuschberge ist ihm eine Straße gewidmet.

Quellen und Literatur

- StadtA LIN, Altes Archiv, Nr. 6565.
- StadtA LIN, Lingener Tagespost, Nr. 20, C-5.
- StadtA LIN, PSR, Lin St 1945/300.
- Strickmann, Hanni: Über die Straßennamen in Lingen, in: Lingener Heimatkalender auf das Jahr 1954, , Lingen-Ems 1954, S. 57-70.
- Vocks, Benno: Lingen wegweisend. 99 Straßen, Wege und Plätze. Porträts und Geschichte(n) Ahlen 2015.

Hilling

Straßenname	Personenname	Stadtteil
Gerhard-Hilling-Straße	Hilling, Gerhard	Innenstadt

Gerhard Heinrich Hilling (*30.10.1876 in Niederlangen, Kreis Aschendorf, †23.11.1951 in Lingen) wurde nach dem Abitur in Meppen und dem Studium in Freiburg und Münster 1904 in Osnabrück zum Priester geweiht. Er wirkte als Vikar, dann als Vikar in Hamburg-Altona und schließlich ab 1912 als Pastor in Hamburg-Ottensen, bis ihn Bischof Berning 1919 zum Pfarrer der Lingener Bonifatiuskirche ernannte. Hilling war in zahlreichen katholischen Verbänden der Gemeinde aktiv, so im kath. Arbeiterverein, im kath. Frauenbund, im kath. Gesellenverein und im Volksverein, und warb für die Wahl der Zentrumspartei. Seit 1928 war er außerdem Gefängnispfarrer des Lingener Gefängnisses, seit 1934 auch Standortpfarrer der neuerrichteten Kasernen. Vor dem Hintergrund großer Wohnungsnot gründete er 1929 die Spar- und Baugenossenschaft St. Bonifatius, die in Reuschberge 60 Siedlungshäuser errichtete. Am 04.07.1932 wurde er von Bischof Berning zum Dechanten, am 10.11.1938 – dem Tag nach der Reichspogromnacht – von Papst Pius XI. zum päpstlichen Geheimkämmerer ernannt. Die Lingener Nationalsozialisten betrachteten die katholische Kirche als ihren ideologischen Hauptgegner. Im Zuge der Märzahlen 1933 kritisierte NSDAP-Kreisleiter Plesse, dass „am Sonntag noch die Kanzel der katholischen Kirche in Lingen gegen das Neue Reich benutzt und ‚Politik‘ betrieben“ worden sei. Hilling, der seinen Arbeitsschwerpunkt in der Armenfürsorge und Seelsorge sah, versuchte die Interessen der Kirche zu wahren, zugleich aber öffentliche Konfrontationen mit Plesse zu vermeiden. In der Blockhüttenaffäre 1935 stärkte er seinem Adjunkt Kramer den Rücken, forderte zugleich aber Nachsicht für einen Apotheker, der anlässlich eines Besuchs Bischof Bernings die Hausbeshmückung verweigert hatte und seitdem boykottiert wurde. Als der Leiter des Bonifatiushospital ein kirchenfeindliches Plakat abgerissen hatte, verweigerte das Hospitalkuratorium unter Hillings Vorsitz, die von Plesse geforderte Entlassung, sprach aber eine Verwarnung aus. 1938 beschwerte sich Hilling über das Verbot der Marianischen Jungfrauenkongregation und als die Polizei die aus den Pfarrbüchereien aussortierten inkriminierten Bücher einforderte, beharrte er auf das Eigentumsrecht der Pfarreien. 1942 musste er eine Kautions von 500 Reichsmark zahlen, nachdem er verbotenerweise nach nächtlichem Fliegeralarm einen morgendlichen Gottesdienst gehalten hatte. Die Kautions verfiel, nachdem er im Mai 1943 bei einem Fehlalarm die geflohenen Kirchenbesucher mit Glockengeläut aus ihren Bunkern zurückgerufen hatte. Die Gestapo unterzog ihn daraufhin in Bentheim einem zweistündigen Verhör. Als Gefängnispfarrer betreute er im August 1943 seelsorgerisch zusammen mit seinem evangelischen Kollegen Kruse zwölf Nacht- und Nebelgefangene unmittelbar vor ihrer Hinrichtung. Nach der Eroberung Lingen durch britische Truppen im April 1945 zogen Hilling und Kruse mit einem Totengräber durch die Stadt, um die Leichen zu bergen. Noch zu seinen Lebzeiten wurde eine Straße in Reuschberge nach ihm benannt.

Quellen und Literatur

- NLA OS, Rep 980, Nr. 55924.
- StadtA LIN, Lingener Kreisblatt vom 9.3.1933.
- Abeln, Heinz-Josef: Art. „Hilling, Gerhard Heinrich“, in: Emsländische Geschichte 14 (2007), S. 251-261.
- Hilling, Gerhard: Zusammenfassender Bericht über die Pfarrgemeinde St. Bonifatius-Lingen im „Dritten Reich“ (1946). Bearbeitet von Helmut Lensing, in: Emsländische Geschichte 16 (2009), S. 366.380.
- Kath. Kirchengemeinde Lingen (Ems) (Hg.): St. Bonifatius Lingen (Ems). Zur Geschichte der kath. Kirchengemeinde, Lingen (Ems) 1986.
- Strickmann, Hanni: Über die Straßennamen in Lingen, in: Lingener Heimatkalender auf das Jahr 1954, Lingen-Ems 1954, S. 57-70.
- Vocks, Benno: Lingen wegweisend. 99 Straßen, Wege und Plätze. Porträts und Geschichte(n), Ahlen 2015.

Hoepner

Straßenname	Personenname	Stadtteil
Hoepnerstraße	Hoepner, Erich	Innenstadt

Erich Hoepner (*14.09.1886 in Frankfurt (Oder), †08.08.1944 in Berlin-Plötzensee), Sohn eines Militärarztes, besuchte bis 1905 das Kaiserin-Augusta-Gymnasium in Charlottenburg und schlug danach eine **militärische Karriere** ein. 1906 wurde er zum Leutnant befördert, während seiner Teilnahme am Ersten Weltkrieg 1916 zum Rittmeister, 1927 zum Major, 1932 zum Oberstleutnant. In der NS-Zeit machte er weiter Karriere. 1933 wurde er Oberst, 1936 Generalmajor.

Jenseits seiner beruflichen Pflichterfüllung stand er, eher der alten preußischen Tradition verbunden, dem **Nationalsozialismus und insbesondere SA und SS ablehnend** gegenüber. Als im Herbst 1938 Ludwig Beck und andere Deutschland auf dem Weg in einen Krieg sahen, zu dem es noch nicht bereit sei, entwickelten sie **Pläne zu einem Sturz Hitlers**. Hoepner, derzeit Kommandeur der 1. Leichten Division im Raum Wuppertal, wurde um Unterstützung gebeten und signalisierte, mit seiner Division zur Verfügung zu stehen. Die Planungen konkretisierten sich jedoch nicht weiter, da mit dem Münchener Abkommen die Kriegsgefahr vorläufig gebannt schien. Zwar war Hoepner nicht direkt an den Widerstandsplanungen beteiligt, durfte der Opposition fortan aber als grundsätzlich zum Widerstand bereit gelten. Laut Gemser war dies allerdings weniger ein „Widerstand gegen den Nationalsozialismus“ als „Widerstand im Nationalsozialismus gegen einen voraussichtlich nicht gewinnbaren Krieg“.

Im November 1938 wurde er als Generalleutnant kommandierender General des XVI. Armeekorps, damit waren ihm die vier modernsten Panzerdivisionen der Wehrmacht unterstellt. Im Zweiten Weltkrieg beteiligte er sich am **Westfeldzug** und nahm insbesondere im **Krieg gegen die Sowjetunion** eine strategische Schlüsselstellung ein. Aufgrund seiner Erfolge galt er als ein äußerst fähiger General, der „den Erfolg der Panzertruppen im Zweiten Weltkrieg verkörperte“ (Mitcham/Mueller). Im Juli 1940 wurde er von Hitler zum Generaloberst befördert. Im August 1941 forderte er den Einsatz von chemischen Kampfstoffen gegen Partisanen. Am 12. November 1941 befahl, er „partisanenverdächtige Elemente“ nicht an die Gefangenenmeldestellen abzugeben, sondern zu erschießen.

Am 29. Mai 1940 – noch in Frankreich – hatte sich Hoepner beklagt: „Ich habe z.Zt. eine **SS-Div[ision]** unter meinem Befehl (...). Es sind die Leute, die im Frieden die Konzentrationslager bewachen, organisierte Raubmörder, die die Städte plündern, Häuser abbrennen und wehrlose Gefangene erschießen, aber fortlaufen, wenn der Gegner schießt.“ Eine Kompanie der Division hatte zwei Tage zuvor bei dem Dorf Le Paradis 100 britische Kriegsgefangene massakriert. Dennoch blieb dieses Kriegsverbrechen unter seinem Kommando folgenlos. Als Hoepner im Juli 1941 erfuhr, dass sich an einem **Pogrom** gegen Juden der lettischen Stadt Rositten auch Wehrmachtssoldaten beteiligt hatten, befahl er der Truppe, sich aus derartigen „innenpolitischen Auseinandersetzungen“ herauszuhalten. Damit folgte er dem in der Truppenführung verbreiteten Prinzip des Nichteinmischens und Gewährenlassens. SS-Brigadeführer Stahlecker, dessen Einsatztruppe Massenexekutionen an Juden im rückwärtigen Frontgebiet durchführte, betonte im Oktober 1941, dass die Zusammenarbeit mit der Wehrmacht im Allgemeinen gut sei, „in Einzelfällen, wie z.B. mit der Panzergruppe 4 unter Generaloberst Hoepner, sehr eng, ja fast herzlich“.

In seinem Aufmarschbefehl vom 02. Mai 1941 verkündete Hoepner: „Der Krieg gegen Russland ist ein wesentlicher Abschnitt im **Daseinskampf des deutschen Volkes**. Es ist der alte Kampf der Germanen gegen das Slawentum, die Verteidigung europäischer Kultur gegen moskowitzisch-asiatische Überschwemmung, die **Abwehr des jüdischen Bolschewismus**. (...) Jede Kampfhandlung muss in Anlage und Durchführung von dem eisernen Willen zur erbarmungslosen, **völligen Vernichtung des Feindes** geleitet sein.“ In seinem Tagesbefehl zum 22. Juni 1941 heißt es: „Soldaten der Panzergruppe 4! Wir treten morgen zu dem großen Kampfe an, den wir Germanen gegen das **bolschewistische Slawentum** führen müssen, um unser deutsches Volk und unsere Nachkommen zu erhalten.“ Und am 17. November 1941

verlangte er „harten Willen zur **erbarmungslosen Vernichtung des Gegners**“. Hoepner folgte in dieser Hinsicht der rassistischen NS-Diktion, befürwortete zweifellos den Angriff auf die Sowjetunion und war von einer Überlegenheit der Deutschen gegenüber den Slawen überzeugt.

Hoepners Panzergruppe marschierte schließlich auf Moskau zu, war aber durch die Rote Armee und den harten Winter zunehmend geschwächt. **Entgegen der Anweisung Hitlers** vom 20. Dezember 1941, sich an Ort und Stelle zu verteidigen, ordnete Hoepner, stets um die Begrenzung der eigenen Verluste bemüht, einen taktischen Rückzug an. Hitler ließ Hoepner daraufhin des Kommandos entheben und **aus der Wehrmacht ausstoßen**. So wurde Hoepner zum Sündenbock für das Scheitern der Wehrmacht vor Moskau. Zurück in Berlin, klagte er erfolglos auf Wiedererlangung seiner Pensionsansprüche.

In der Folgezeit beteiligte sich Hoepner an der Verschwörung um Beck und Goerdeler und wurde schließlich zu einer der **Schlüsselfiguren des 20. Juli**. An diesem Tag hielt er sich zusammen mit General Olbricht in der Bendlerstraße auf, um unmittelbar nach dem Hitlerattentat den Posten des Befehlshabers des Ersatzheeres zu übernehmen. Da der bisherige Befehlshaber Generaloberst Fromm die Kooperation verweigerte, sperrten sie ihn in ein Büro ein. Olbricht drängte Hoepner zur Amtsübernahme, doch der wollte auf einen schriftlichen Befehl warten. „Dieses Beharren auf Formalitäten zu einem Zeitpunkt als die Widerstandskämpfer wie Revolutionäre hätten handeln müssen, beweist eindeutig, wie absurd ihr Vorgehen war.“ (Mitcham/Mueller) Insgesamt zeigte sich Hoepner unsicher, zögerlich und passiv. Erst als der Befehl kam, legte er seine Uniform an. Am Abend drangen regimetreue Truppen in den Bendlerblock ein, Fromm übernahm wieder die Befehlsgewalt und Hoepner wurde verhaftet. Das Angebot zum Freitod schlug er aus. Er wurde zum Tode verurteilt und am 08. August 1944 erhängt.

Wegen seiner Beteiligung am Hitler-Attentat wird Hoepner in verschiedenen Städten durch **Straßennamen** geehrt. Sein ehemaliges Gymnasium, seit 1956 **Erich-Hoepner-Oberschule**, wurde nach Kritik 2008 umbenannt.

Quellen und Literatur

- Gemser, Geraf: Darf eine Schule diesen Namen tragen? Zur Vorbildwirkung des Wehrmachtsgenerals Erich Hoepner, Marburg 2005.
- Hürter, Johannes: Hitlers Heerführer. Die deutschen Oberbefehlshaber im Krieg gegen die Sowjetunion 1941/42, München 2007. (Rezension: <https://www.hsozkult.de/publicationreview/id/reb-9000>)
- Mitcham, Samuel W. jr./ Mueller, Gene: Generaloberst Erich Hoepner, in: Ueberschär, Gerd R. (Hg.): Hitlers militärische Elite. 68 Lebensläufe, Darmstadt 2011, S. 364-370.

Keseling

Straßenname	Personenname	Stadtteil
Keselingstraße	Keseling, Paul	Innenstadt

Paul Herwig Zacharias Keseling (*30.11.1892 in Duderstadt, †30.09.1954 in Lingen), Sohn eines Gymnasialprofessors, studierte von 1911 bis 1914 in Freiburg und Bonn Religion und klassische Philologie und promovierte zum Dr. phil. Während des Ersten Weltkriegs zum Kriegsdienst eingezogen, schloss er 1919 sein Studium ab und legte 1920 die Lehramtsprüfung für Latein, Griechisch, kath. Religion, Hebräisch und Philosophie ab. Schwerpunkt seiner Forschungsarbeit war die Patristik, so betätigte er sich etwa als Übersetzer des hl. Augustinus. Nach Diensttätigkeiten in Duderstadt, Osnabrück und Immensee (Schweiz) war er ab 1926 am **Gymnasium Georgianum** tätig. Im Rahmen der **Blockhüttenaffäre**, einem Streit zwischen der Ortsgruppe des katholischen „Neuen Deutschlands“ und der HJ um eine Blockhütte im März/April 1935, auf den die lokale NS-Politik massiv reagierte, setzte sich Keseling aus religiöser Überzeugung für die Schüler des „Neuen Deutschlands“ ein und wurde daraufhin an das Ulrichsgymnasium in Norden (Ostfriesland) **strafversetzt**. Ab 1935 (Monat unbekannt) war Keseling Mitglied in der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (**NSV**),²⁵ ab 1943 hatte er dort das **Amt eines Blockhelfers** inne. Von 1935 (Monat unbekannt) bis 1942 war er außerdem Mitglied im Verein für das Volkstum im Ausland (**VDA**).²⁶ Die Beitritte erfolgten möglicherweise erst nach der Strafversetzung und damit – so ließe sich vermuten – aus Gründen der Opportunität und persönlichen Absicherung. In Norden wurde gegen ihn ein **Dienststrafverfahren** eingeleitet, sodass er ab Januar 1939 beurlaubt und zum 1. März 1941 in den einstweiligen Ruhestand versetzt wurde. Weil er **mit einem Juden auf der Straße gesehen** worden war, gab es offenbar auch Bestrebungen, ihn in ein KZ einzuweisen. Die nächsten Jahre verbrachte er mit wissenschaftlicher Arbeit in Münster. Von 1944 bis 1945 leistete er im Volkssturm Duderstadt²⁷ Dienst. Nach Kriegsende wurde Keseling im Oktober 1945 zum **Direktor des Georgianums** ernannt. 1946 wurde er zum Mitglied des Spruchausschusses beim Arbeitsamt Nordhorn, Nebenstelle Lingen, bestimmt. Die dafür erforderliche **Entnazifizierung** ergab: „**Keine Bedenken**“. Zuletzt von Krankheit gezeichnet, starb Keseling 1954.

Quellen und Literatur

- NLA OS, Rep 980, NR. 46099.
- 300 Jahre Gymnasium Georgianum, 1980.
- Hauptschule Marienschule Lingen: 140 Straßennamen in Lingen. Personen in Text und Bild, Lingen 1985.

²⁵ Nach der Deutschen Arbeiterfront (DAF) die größte NS-Massenorganisation, versuchte die **NSV** eine Monopolisierung der Wohlfahrt. Aufgrund ihrer scheinbaren Ideologieförderung war ihre Arbeit populär. Die Mitgliedschaft erschien auch für diejenigen akzeptabel, die dem Regime eher zögernd oder kritisch gegenüberstanden, aber aus Opportunitätsgründen in eine Parteiorganisation eintreten wollten. Tatsächlich war die Arbeit der NSV aber von rasse- und erbbiologischen Selektionskriterien bestimmt. Vgl. Benz, Wolfgang/ Graml, Hermann/ Weiß, Hermann (Hg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart 1997, S. 619f.

²⁶ Der **VDA** hatte sich der Förderung deutscher Minderheiten im Ausland und der Revision der durch den Versailler Vertrag eingetretenen Gebietsverlusten verschrieben. Er wurde 1933 gleichgeschaltet und spielte zeitweise eine wichtige Rolle in der NS-Volkstumspolitik. Dabei geriet er zunehmend in Konkurrenz zur Auslandsabteilung der NSDAP. Vgl. Benz, Wolfgang/ Graml, Hermann/ Weiß, Hermann (Hg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart 1997, S. 788ff.; Stiller, Alexa: Rezension zu Luther, Tammo, *Volkstumspolitik des Deutschen Reiches 1933-1938: Die Auslandsdeutschen im Spannungsfeld zwischen Traditionalisten und Nationalsozialisten*. H-German, H-Net Reviews. September, 2005. (<http://www.h-net.org/reviews/showrev.php?id=11142>)

²⁷ Der **Volkssturm** wurde im November 1944 durch Führererlass aus den bisher nicht eingezogenen Männern zwischen 16 und 60 Jahren gebildet. Er wurde zu Schanzarbeiten sowie zu Bewachungs- und Sicherungsaufgaben eingesetzt. Vgl. Benz, Wolfgang/ Graml, Hermann/ Weiß, Hermann (Hg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart 1997, S. 788

- Kath. Kirchengemeinde Lingen (Ems) (Hg.): St. Bonifatius Lingen (Ems). Zur Geschichte der kath. Kirchengemeinde, Lingen (Ems) 1986.
- Lensing, Helmut: Zum Konflikt zwischen Nationalsozialismus und Kirche im Emsland bis zur Lingener Blockhütten-Affäre 1935, in: Emsländische Geschichte 3 (1993), S. 125-156.
- Vocks, Benno: Lingen wegweisend. 99 Straßen, Wege und Plätze. Porträts und Geschichte(n), Ahlen 2015.

Koke

Straßenname	Personenname	Stadtteil
Hermann-Koke-Straße	Koke, Hermann	Innenstadt

Hermann Koke (*13.08.1862 in Lingen, †21.11.1936 in Lingen) war als Besitzer der Kokemühle, zu der auch ein Landhandel gehörte und die er von seinem Vater geerbt hatte, eine der führenden Persönlichkeiten des protestantischen Bürgertums in Lingen. 1886 absolvierte er den Wehrdienst bei den Ulanen in Verden. 1895 heiratete er Henrika Goosmann. Aus der Ehe gingen zwei Töchter und ein Sohn hervor. Koke saß im Vorstand der Lingener Sparkasse, war Vorsitzender des Schützenvereins „Schützenlust“, langjähriger Obermeister der Müllerinnung und insgesamt 31 Jahre lang im Kirchenvorstand der lutherischen Gemeinde aktiv. 1903 fungierte er als Wahlmann für den protestantischen, mit der kath. Zentrumsparterie konkurrierenden Reichsverein. In der Weimarer Zeit war er Mitglied der rechtsliberalen DVP, die als Partei des großen Industriekapitals galt. Entsprechend kandidierte er auch für die Evangelische Liste, de facto eine Einheitswahlliste der DVP, der linksliberalen DDP und der deutschnationalen DNVP für das Stadtparlament. Von 1917 bis März 1933 war er einer der vier Senatoren der Stadt. Nach dem regulären Ende seiner letzten Wahlperiode als Senator zog er sich – inzwischen immerhin 70 Jahre alt – aus der Politik zurück. Als Mitte Februar 1933 die Kandidaten der Evangelischen Liste aufgestellt wurden, war Hermann Koke nicht unter den genannten Namen. Am 5. April 1933 einigten sich Zentrum, Ev. Liste und NSDAP gemeinsam auf die vier neuen Senatoren. Als Vertreter der Ev. Liste übernahm Georg van der Brelie ein Senatorenamt. Ein Übertritt zur NSDAP, wie ihn van der Brelie wenig später vollzog, fand bei Koke offenbar nicht statt. Eine Recherche in der NSDAP-Mitgliederkartei im Bundesarchiv verlief ergebnislos. Hermann Koke starb nach kurzer Krankheit im November 1936.

Quellen und Literatur

- StadtA LIN, Lingener Kreisblatt vom 24.2.1933, 7.4.1933 und 21. bis 24.11.1936.
- StadtA LIN, PSR, Lin H 1895/16.
- Catenhusen, Wolf-Michael: Parteien und Wahlen in Lingen 1871-1933, in: Ehbrecht, Wilfried (Hg.): Lingen 975-1975. Zur Genese eines Stadtprofils, Lingen (Ems), 1975, S. 214-249.
- Vocks, Benno: Lingen wegweisend. 99 Straßen, Wege und Plätze. Porträts und Geschichte(n), Ahlen 2015.

Kollwitz

Straßenname	Personenname	Stadtteil
Kollwitzstraße	Kollwitz, Käthe	Innenstadt

Käthe Kollwitz (*8.7.1867 in Königsberg, +22.4.1945 in Moritzburg), geborene Schmidt, heiratete nach ihrem Kunststudium den Arzt Karl Kollwitz und zog mit ihm nach Berlin. 1898 wurde ihr Zyklus „Ein Weberaufstand“ auf der „Freien Berliner Kunstausstellung“ gezeigt. Nachdem ihr jüngster Sohn im Ersten Weltkrieg gefallen war, näherte sie sich zunehmend einer pazifistischen Haltung an. Sie sympathisierte mit der Sozialdemokratie, trat aber keiner Partei bei. 1919 zeichnete sie den ermordeten Karl Liebknecht. Jahrelang unterstützte sie außerdem die „Internationale Arbeiterhilfe“, die Sozialleistungen für Arbeiter organisierte. 1932 unterzeichnete sie den „Dringenden Appell“ des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK) für eine gegen die NSDAP gerichtete SPD-KPD-Kooperation. Dies führte dazu, dass sie 1933 zum Austritt aus der Preußischen Akademie der Künste gezwungen wurde, der sie seit 1919 als Professorin angehört hatte. Sie entschied sich gegen eine Emigration und bezog ein Atelier der „Ateliergemeinschaft Klosterstraße“ in Berlin. 1936 wurden ihre Bilder aus der Ausstellung „Berliner Bildhauer“ entfernt, was einem faktischen Ausstellungsverbot gleichkam. Nach einem Interview in der russischen „Iswestija“ unterzog die Gestapo sie einem Verhör und durchsuchte ihre Wohnung. 1937 stellte ein politisches Gutachten fest: „Nach der Machtübernahme hat die Volksgenossin K. in keiner Weise versucht, den nationalsozialistischen Belangen mindestens nach außen hin gerecht zu werden.“ Eine Werkausstellung zu ihrem siebzigsten Geburtstag wurde 1937 verboten. 1943 floh sie, inzwischen verwitwet, vor dem Bombenkrieg zunächst nach Nordhausen, 1944 nach Moritzburg. Dort starb sie wenige Tage vor Kriegsende.

Quellen und Literatur

- Schymura, Yvonne: Käthe Kollwitz. Eine Biographie, München 2016.

Krieger

Straßenname	Personenname	Stadtteil
Kriegerstraße	Krieger, Joseph	Innenstadt

Der Maurerpolier und Zimmermann Joseph Krieger (*29.09.1908 in Laxten, †13.12.1979 in Lingen) heiratete 1932 Anna Hüsken. Die Familie zog nach Reuschberge, das wenig später (1936) im Rahmen der Kasernengründung von Darne nach Lingen umgemeindet wurde. Er arbeitete ab 1930 im Baugeschäft Georg Fielers, Laxten und wechselte 1938/39 in die Lingener Firma Joh. Kley. 1937 trat er der Deutschen Arbeitsfront (**DAF**)²⁸ bei, bekleidete dort aber keinerlei Ämter. Vom Militärdienst wurde er im März 1940 wegen Untauglichkeit zurückgestellt. Sein **Entnazifizierungsverfahren** endete mit der Einstufung „**Keine Bedenken**“. Am 10. Juni 1951 versammelten sich rund 60 Männer in der Gaststätte Jos. Ricke, Langschmidtsweg, um die Gründung eines **Reuschberger Schützenvereins** zu diskutieren. Am 29. Juni gab sich der Verein eine Satzung und den Namen „St. Hubertus-Schützen, Lingen-Reuschberge“. Erster Vorsitzender wurde Joseph Krieger, der auf dem dritten Schützenfest des Vereins im Jahre 1953 selbst Schützenkönig wurde. Bis 1976 blieb er Vereinsvorsitzende. Er starb 1979 nach kurzer schwerer Krankheit.

Quellen und Literatur

- NLA OS, Rep 980, Nr. 13059.
- StadtA LIN, Lingener Tagespost vom 15.-18.12.1979.
- StadtA LIN, Lingener Volksbote vom 14.8.1951 und 20.5.1952.
- StadtA LIN, Melderegister.
- StadtA LIN, PSR, Lin St 1979/403.
- 10 Jahre St. Hubertus-Schützen Lingen-Reuschberge. Festschrift. Schützenfest 1961.
- Vocks, Benno: Lingen wegweisend. 99 Straßen, Wege und Plätze. Porträts und Geschichte(n), Ahlen 2015.

***Anmerkung:** Im Rahmen der Diskussion um mögliche Straßenumbenennungen wurde aus der Familie Volbers/Krieger im Oktober 2022 der Wunsch an das Stadtarchiv herangetragen, die Kriegerstraße in Joseph-Krieger-Straße umzubenennen, da der aktuelle Name als militaristisch missverstanden werden könne.*

²⁸ Die **DAF** war ein rechtlich der NSDAP angeschlossener Einheitsverband der Arbeitnehmer und Arbeitgeber und mit ca. 23 Millionen Mitgliedern (1938) die größte NS-Massenorganisation. Vgl. Benz, Wolfgang/ Graml, Hermann/ Weiß, Hermann (Hg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart 1997, S. 418f.

Kruse

Straßenname	Personenname	Stadtteil
Krusestraße	Kruse, Walter	Innenstadt

Walter Kruse (*25.04.1898 in Elze bei Hannover, †16.10.1959 in Lingen) studierte nach dem Abitur in Kassel Theologie in Tübingen, Straßburg, Leipzig und Göttingen und wurde 1924 in Hannover zum Priester ordiniert. 1931 fand er in Sülzhaym/Südharz, Kirchenkreis Ilfeld seine erste längere Anstellung. Wegen einer Fürbitte für Martin Niemöller (führender Vertreter der „Bekennenden Kirche“ gegen Hitler, seit Juli 1937 in Haft, seit März 1938 im KZ Sachsenhausen) musste er sich vor dem Sondergericht Halle verantworten. Als die dortige Klosterschule eine nationalsozialistische Erziehungsanstalt wurde, wollte er seine Kinder nicht dorthin geben, sondern bat um Versetzung. Im Januar 1938 trat er die Nachfolge, des den nationalsozialistischen „Deutschen Christen“ nahestehenden Dr. Karl Vahlbruch, als Pastor der lutherischen Kirche in Lingen an. Auch hier wurde er schon in den ersten Monaten vom Kreisleiter Plesse, wegen einer Fürbitte für Niemöller, verwarnt. Mit Beginn des Krieges wurde er zudem Standortpfarrer der Lingener Kaserne. Als Gefängnispfarrer betreute er im August 1943 zusammen mit dem kath. Pastor Hilling zwölf zum Tode verurteilte Nacht- und Nebelgefangene. Nach Eroberung der Stadt im April 1945 bargen beide Priester mit einem Totengräber die Kriegsoffer, um sie auf dem Friedhof zu begraben. Das luth. Pfarrhaus wurde englisches Hauptquartier, Kruse selbst war mit anderen auf dem Böhmerhof untergebracht. Im September 1945 wurde er von der polnischen Militärpolizei verhaftet, die ihn für einen Spitzel der Gestapo hielt. Hintergrund war, dass Kruse seinerzeit mündlich und schriftlich auf Fragen des Leiters der Lingener Nebenstelle des SD (des Sicherheitsdienstes des Reichsführers SS) Schlote geantwortet hatte. In diesen hatte er u.a. die Verhaftung Niemöllers und die Zurückdrängung des Christentums kritisiert. Einen Monat später wurde er unter Auflagen wieder entlassen. Erst im Mai 1946 erklärte die polnische Militärpolizei, dass seine Verhaftung zu Unrecht erfolgt sei. In der Nachkriegszeit widmete Kruse sich vor allem der Betreuung lutherischer Flüchtlinge und Vertriebene. Am Bau der Trinitatiskirche 1955 war er maßgeblich beteiligt.

Quellen und Literatur

- Kirchenvorstand der ev.-luth. Kreuzkirchengemeinde Lingen: 250 Jahre Ev.-luth. Kirchengemeinde Lingen, Lingen 1978.
- Kruse, Martin: „Eine dunkle Angelegenheit“. Die Verhaftung von Pastor Walter Kruse in Lingen am 14. Spetember 1945 durch die polnische Militärpolizei, in: Jahrbuch des Emsländischen Heimatbundes 51 (2005), S. 209-224.
- Vocks, Benno: Lingen wegweisend. 99 Straßen, Wege und Plätze. Porträts und Geschichte(n), Ahlen 2015.

Landzettel

Straßenname	Personenname	Stadtteil
Julius-Landzettel-Straße	Landzettel, Julius	Innenstadt

Julius Landzettel (*18.03.1888 in Lingen, †04.04.1952 in Lingen) absolvierte eine Maurerlehre, trat mit 17 Jahren den Christlichen Gewerkschaften bei und gründete später die christliche Bauhandwerker-Gewerkschaft, deren Sekretär er wurde. Von 1919 bis 1924 gehörte er für die Deutsch-Hannoversche Partei (DHP) dem Lingener Bürgervorsteherkollegium an. 1925 übernahm er die Leitung der Gewerkschaften für das gesamte Emsland. Nach der Bürgervorsteherwahl am 12. März 1933 verkündete der Lingener Volksbote, dass Landzettel für die Christlichen Gewerkschaften in das Vorsteherkollegium gewählt sei. Bei der konstituierenden Sitzung am 30. März war es stattdessen aber der Eisenbahngewerkschafter Bernhard Müscher, der Landzettels Sitz einnahm und entsprechend vereidigt wurde. Im Juni 1933 wurden die Christlichen Gewerkschaften gleichgeschaltet, im Juli wurde Müscher als Hospitant in die NSDAP-Fraktion aufgenommen. Hinweise auf eine politische Aktivität Landzettels zwischen 1933 und 1945 ließen sich nicht finden. In der Nachkriegszeit engagierte Landzettel sich für die Wiederbelebung der Gewerkschaftsbewegung. Er trat der CDU bei und wurde bei den ersten freien Wahlen im September 1946 in den Stadtrat gewählt. Fortan bekleidete er das Amt des Bürgermeisters, musste diesen Posten aber aus gesundheitlichen Gründen im November 1951 aufgeben. Kein halbes Jahr später starb er.

Quellen und Literatur

- StadtA LIN, Lingener Kreisblatt vom 2.7.1933.
- StadtA LIN, Lingener Volksbote vom 13.3.1933.
- StadtA LIN, Stadt Lingen, Nr. 324 u. 325.
- Catenhusen, Wolf-Michael: Parteien und Wahlen in Lingen 1871-1933, in: Ehbrecht, Wilfried (Hg.): Lingen 975-1975. Zur Genese eines Stadtprofils, Lingen (Ems), 1975, S. 214-249.
- Gelze, Christian: Kommunalverfassung und Stadtverfassung zur Zeit des „Dritten Reiches“. Die „Gleichschaltung“ der kommunalen Ebene und deren Bedeutung für das nationalsozialistische Regime am Beispiel der Stadt Lingen (Ems) (unveröffentlichte Diplomarbeit), Hildesheim 2007.
- Löning, Martin: Die Durchsetzung nationalsozialistischer Herrschaft im Emsland 1933-1935, in: Emsland/Bentheim 12 (1996), S. 7-354.
- Vocks, Benno: Lingen wegweisend. 99 Straßen, Wege und Plätze. Porträts und Geschichte(n), Ahlen 2015.

Leber

Straßenname	Personenname	Stadtteil
Julius-Leber-Straße	Leber, Julius	Innenstadt

Julius Leber (*16.11.1891 in Biesheim, +5.1.1945 in Berlin-Plötzensee) trat 1912 in die SPD ein und begann Nationalökonomie und Geschichte zu studieren. 1914 meldete er sich freiwillig zur Waffe und setzte seinen Militärdienst auch in der Weimarer Republik fort. Im Kapp-Putsch stellte er sich auf die Seite der Republik und damit gegen seinen Vorgesetzten. 1920 promovierte Leber, 1921 wurde er Chefredakteur des sozialdemokratischen „Lübecker Volksboten“, 1924 zog er für die SPD in den Reichstag ein. Außerdem gehörte er dem prodemokratischen Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold an. Nach einem tödlichen Zusammenstoß von Reichsbanner und SA infolge der „Machtergreifung“ wurde Leber 1933 zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Danach war er bis 1937 im KZ Esterwegen und im KZ Sachsenhausen inhaftiert. Leber tauchte ab und schloss sich dem Widerstand an. 1940 suchte er Kontakt zur Wehrmachtsführung, befreundete sich mit Stauffenberg, gehörte ab 1943/44 zum Kreisauer Kreis. Im Kreis um Stauffenberg wurde er als künftiger Innenminister gehandelt. Nach einem konspirativen Treffen mit der kommunistischen Saefkow-Jacob-Bästlein-Organisation wurde Leber am 5. Juli 1944 verhaftet, vor dem Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und am 5. Januar 1945 in Berlin-Plötzensee hingerichtet. Zahlreiche Ehrungen, auch in Form von Straßen.

Quellen und Literatur:

- Benz, Wolfgang/ Pehle, Walter H. (Hg.): Lexikon des deutschen Widerstands, Frankfurt am Main 2008.
- Benz, Wolfgang: Der deutsche Widerstand gegen Hitler, München 2019.
- Jander, Claus/ Möller, Ruth: Julius Leber. Sozialdemokrat – Widerstandskämpfer – Europäer, Berlin 2013.

Lingen

Straßenname	Personenname	Stadtteil
Theo-Lingen-Platz	Lingen, Theo	Innenstadt

Franz Theodor Schmitz (*10.06.1903 in Hannover, †10.11.1978 in Wien) wurde als Sohn eines Justizrats mit kleiner Anwaltskanzlei geboren. Nach dem Abitur begann er 1920 ohne Bühnenausbildung als **Schauspieler** an der Schauburg Hannover zu arbeiten. Seinen Künstlernamen wählte er nach der Geburtsstadt seines Vaters. Nach Engagements in Halberstadt und Bad Oeynhausen lernte er am Stadttheater Münster 1924/26 seine spätere Ehefrau, die damals noch mit Bertolt Brecht verheiratete Opernsängerin Marianne Zoff kennen. Beide gingen 1926 an das Neue Theater in Frankfurt, heirateten 1928, noch im selben Jahr kam eine Tochter zur Welt. Eine weitere Tochter aus der Ehe mit Brecht gehörte ebenfalls zur Familie. 1930 erfolgte der Umzug nach Berlin, wo Lingen unter anderem für Bertolt Brecht und Fritz Lang arbeitete, aber auch Freundschaft mit Gustav Gründgens schloss. Lingen begann nun, erste Filme zu drehen und gewann an Popularität.

Die ideologische Okkupation des Spielbetriebs begann 1933 mit der Einrichtung eines Propagandaministeriums, Jüdinnen und Juden wurden aus dem Spielbetrieb entfernt, die Stücke unterlagen einer verstärkten Zensur. Brecht und Lang emigrieren 1933 wie viele andere. Auch Lingen erwog eine Auswanderung, befürchtete aber ausbleibende Engagements. **Marianne Zoff** galt nach NS-Verständnis als „Halbjüdin“, Lingen selbst damit als „jüdisch versippt“. Aufgrund einer Sondergenehmigung des Propagandaministeriums konnte er dennoch weiterspielen. Lingens Aussehen wurde gelegentlich als „jüdisch“ kritisiert. Im Frühjahr 1933 wurde er Mitglied der NSBO²⁹, ab Juni war dies Voraussetzung für Filmarbeitnehmer.

Lingen dürfte den Nationalsozialismus innerlich klar abgelehnt haben und eher links orientiert gewesen sein, hielt sich aber **politisch stark bedeckt** und bemühte sich darum, nicht aufzufallen und sich graduell auch anzupassen. Grundsätzlich wahrte er **Distanz zur NSDAP** und wurde nie Parteimitglied. Dennoch wirkte er im März 1934 an einem „Bunten Abend“ der NS-Frauenschaft Berlin-Lichterfelde mit und trat in der ab 1939 ausgestrahlten Rundfunksendung „Wunschkonzert der Wehrmacht“ auf.

Nach der Ausbürgerung Brechts 1935 befürchtete Lingen Repressalien für dessen Tochter und bemühte sich um ihre Adoption. Im Januar 1939 wurde seine **Schwiegermutter Zdenka Zoff** obwohl katholisch als Jüdin verhaftet. Die drohende Deportation konnte Lingen durch eine persönliche Vorsprache bei Goebbels verhindern. Drei Tage später – als eine Form der Gegenleistung? – trat Lingen aus der kath. Kirche aus. Zugleich beteiligte er sich an vertraulichen **Sammlungen für als jüdisch verfolgte Freunde und Kollegen**, etwa für Moritz Seeler und dem kommunistischen Malerehepaar Hans und Lea Grundig, und setzte sich für die Freilassung des jüdischen Schauspielers Louis Treumann ein.

Gleichwohl feierte Lingen in der NS-Zeit seine **größten Erfolge**, sowohl als Schauspieler als auch als Autor und Regisseur. 1936 holte ihn Gründgens ans Preußische Staatstheater, und insbesondere mit dem Filmpartner Hans Moser entstanden zahlreiche Komödien. 1939 begann eine Phase besonderer Produktivität. Es entstanden teils sehr erfolgreiche Filme mit Titeln wie „Rosen in Tirol“, „Hauptsache glücklich“, „Wiener Blut“ und „Sieben Jahre Glück“. Unpolitische Unterhaltungsfilme hatten im Nationalsozialismus und insbesondere während des Zweiten Weltkriegs eine dezidiert politische Funktion. Lingens leichte Komödien dienten, „wie auch immer man es wendet, als eine Begleitung des Krieges an der ‚Heimatfront‘“ (Aurich/Jacobsen, S. 207). Lingen war damit, auch wenn er nicht in eindeutigen Propagandafilmen mitwirkte, ein **„integraler Bestandteil der nationalsozialistischen Unterhaltungsmaschinerie“** (Kampmann, S. 18). Angesichts der wichtigen Rolle des Unterhaltungsfilms im Krieg wurde Lingen „uk“ (unabkömmlich) gestellt, 1944 stand er auf der „Gottbegnadeten -Liste“ des Propagandaministeriums.

²⁹ Die NSBO, eine Arbeitnehmerorganisation unter Regie der NSDAB, fungierte als Gegenmodell für die im Mai 1933 zerschlagenen freien Gewerkschaften.

1944 zog Lingen nach Strobl am Wolfgangsee, 1946 nahm er die österreichische Staatsbürgerschaft an, 1948 zog er nach Wien. Große Rollenangebote blieben jedoch aus, Lingen blieb auf das Komödiantenfach festgelegt und nahm schließlich auch Rollen in billigen Klamaukfilmen (etwa die „Paukerfilme“ ab 1967) an. Auch auf der Bühne war er weiterhin zu sehen. Für die ARD-Fernsehlotterie besuchte er 1968 die Stadt Lingen. Über die NS-Zeit bewahrte er nach 1945 Schweigen. Er starb 1978 in Wien.

Quellen und Literatur

- Aurich, Rolf/ Jacobsen, Wolfgang: Theo Lingen. Das Spiel mit der Maske, Berlin 2008.
- Crabus, Mirko: Lingen in Lingen. Archivalie des Monats Mai 2018.
- Kampmann, Wolf/ Musial, Thorsten: Theo Lingen (Stiftung Archiv der Akademie der Künste, Archiv-Blätter 8, Film- und Medienkunst 2), Berlin 2003.

Meyer

Straßenname	Personenname	Stadtteil
Johannes-Meyer-Straße	Meyer, Johannes	Innenstadt

Johannes Meyer (* 15.01.1861 in Lingen, †21.02.1944 in Lingen), Sohn eines Landrats, studierte nach dem Besuch des Georgianums ab 1879 Rechts- und Staatswissenschaft in Freiburg, Berlin, Göttingen und Tübingen. Ab 1882 wirkte er als Referendar in Lingen, Einbeck, Göttingen, Hannover, Stade und Celle. 1888 war er im Amtsgericht Lingen beschäftigt. 1889 wurde er in Melle als Rechtsanwalt zugelassen. 1893 wurde er Bürgermeister von Lingen. Als solcher war er an dem Aufbau der 1904 startenden Kleinbahn Lingen-Berge-Quakenbrück beteiligt, deren Geschäftsführer er später wurde. Auch die schwierige Zeit des Ersten Weltkriegs fiel in seine Amtszeit. Zum 25jährigen Dienstjubiläum im August 1918 erhielt die Johannes-Meyer-Straße ihren Namen. Nach der Novemberrevolution konnte sich Meyer mit den neuen Machtverhältnissen – einem Arbeiter- und Soldatenrat, einer gestärkten SPD – nur schwer abfinden. Eigentlich auf Lebenszeit gewählt, trat er im August 1919 – offiziell aus gesundheitlichen Gründen – mit 59 Jahren als Bürgermeister zurück. Aus dem öffentlichen Leben zog er sich damit nicht zurück. Neben seiner Tätigkeit als Rechtsanwalt war er unter anderem Gründungsmitglied des Vereins ehemaliger Georgianer und fungierte mindestens von 1925 bis 1930 als Vorsitzender der Deutsch-Hannoverschen Partei (DHP, im Juni 1933 reichsweit aufgelöst). Als Ehrenpräsident der 1936 gleichgeschalteten Kivelinge schrieb er regelmäßig für die Kivelingszeitung, die bereits 1934 mit einem SA-Mann auf dem Titel erschien. Unter anderem schrieb er 1937 über den „Daseinszweck der Kivelinge“, der eben darin bestand, „der Heimat zu dienen“, seien doch „Heimatschutz und Heimatpflege (...) Dienst am Volke und am Vaterland“. Meyer starb am 21. Februar 1944 bei dem ersten großen Bombenangriff auf Lingen.

Quellen und Forschungen

- StadtA LIN, Altes Archiv, Nr. 522.
- Catenhusen, Wolf-Michael: Parteien und Wahlen in Lingen 1871-1933, in: Ehbrecht, Wilfried (Hg.): Lingen 975-1975. Zur Genese eines Stadtprofils, Lingen (Ems), 1975, S. 214-249.
- Lingener Adressbücher 1925 und 1930.
- Strickmann, Hanni: Über die Straßennamen in Lingen, in: Lingener Heimatkalender auf das Jahr 1954, Lingen-Ems 1954, S. 57-70.
- Vocks, Benno: Bürgermeister in Lingen von 1863 bis 1933, In: Kivelingszeitung 1996, S. 89-107.
- Vocks, Benno: Lingen wegweisend. 99 Straßen, Wege und Plätze. Porträts und Geschichte(n), Ahlen 2015.

Mohrmann

Straßenname	Personenname	Stadtteil
Mohrmannstraße	Mohrmann, Heinrich	Innenstadt

Hermann Heinrich Mohrmann (*31.05.1878 in Herford, †10.01.1954 in Lingen) blieb 1900 wegen „allg. Körperschwäche“ vom Militärdienst befreit und kam nach ersten schulischen Stationen in Hilchenbach, Herford, Ennigerloh und Rheydt 1907 als Lehrer an die **Ev. Volksschule** Lingen. Bereits ein Jahr später wurde er zum Rektor ernannt.

Mohrmann war vor 1933 Mitglied im Deutschen Beamtenbund und im Rektorenverein. Außerdem war er Mitglied der nationalliberalen **DVP**, 1919 war er für einige Monate Vorsitzender ihres Lingener Ortsvereins. Ab 1919 saß er im **Bürgervorsteherkollegium**, zunächst über die „Liste Hinke“, dann über die DVP und schließlich über die „Evangelische Liste“. Als die städtischen Kollegien 1919 die Gründung einer städtischen **Volksbücherei** beschlossen, übernahm er den Vorsitz des entsprechend gebildeten Büchereiausschusses und 1920 die ehrenamtliche Leitung der Bücherei. 1933 schied er regulär aus dem Bürgervorsteherkollegium aus. Nach eigener Aussage war Mohrmann „lange vor 1933 bis 1945“ Mitglied im Deutschen Roten Kreuz (**DRK**),³⁰ außerdem ab 1929 Mitglied im Verein für das Volkstum im Ausland (**VDA**).³¹ Am 1. Juli 1933 trat er in den **NS-Lehrerbund**³² ein, von 1934 bis 1945 war er außerdem Mitglied der NS-Volkswohlfahrt (**NSV**).³³ Am 1. Mai 1937 trat Heinrich Mohrmann der **NSDAP**³⁴ bei.

Nach der „Machtergreifung“ zeigte sich die **Ev. Volksschule** vergleichsweise NS-nah. Überdurchschnittlich viele ihrer Lehrer waren NS-Aktivisten. Als am 2. Mai 1933 das neue Schuljahr begann, hielt Mohrmann eine Ansprache, in der er – so die von ihm unterzeichnete Schulchronik – auf die „Bedeutung der Revolution“ hinwies und das „Gelöbnis“ ablegte, „mit allen Kollegen und Kolleginnen an der schweren Aufgabe und dem hohen Ziele, das die Regierung sich gestellt hat, mit ganzer Kraft im Sinne des großen Volkskanzlers

³⁰ Mit der 1933 beginnenden Gleichschaltung wandelte sich die Aufgabe des **DRK** von der Wohlfahrtspflege zur Vorbereitung auf den Sanitätsdienst im Kriegsfall. Zur Arbeit des DRK gehörten fortan auch ideologische Schulungen. Ende 1937 wurde das DRK mit seinerzeit mehr als 1,5 Mio. Mitgliedern unter die Aufsicht des Reichsinnenministeriums gestellt. Damit stieg auch der Einfluss der SS auf das DRK. Der neue Leiter Reichsarzt SS Grawitz, war mitverantwortlich für Massenmorde an Behinderten und medizinischen Experimenten an Gefangenen. Auch das DRK selbst war fallweise ein Euthanasieverbrechen beteiligt. Vgl. Benz, Wolfgang/ Graml, Hermann/ Weiß, Hermann (Hg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart 1997, S. 428; Morgenbrod, Birgitt/ Merkenich, Stephanie: Das Deutsche Rote Kreuz unter der NS-Diktatur, abrufbar unter: https://www.drk.de/fileadmin/user_upload/PDFs/Das_DRK/Geschichte/LiebnerP-Microsoft_Word_-_DRK-Vortrag_aktuell_online-Fassung.doc-94.PDF

³¹ Der **VDA** hatte sich der Förderung deutscher Minderheiten im Ausland und der Revision der durch den Versailler Vertrag eingetretenen Gebietsverlusten verschrieben. Er wurde 1933 gleichgeschaltet und spielte zeitweise eine wichtige Rolle in der NS-Volkstumpolitik. Dabei geriet er zunehmend in Konkurrenz zur Auslandsabteilung der NSDAP. Vgl. Benz, Wolfgang/ Graml, Hermann/ Weiß, Hermann (Hg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart 1997, S. 788ff.; Stiller, Alexa: Rezension zu Luther, Tammo, *Volkstumspolitik des Deutschen Reiches 1933-1938: Die Auslandsdeutschen im Spannungsfeld zwischen Traditionalisten und Nationalsozialisten*. H-German, H-Net Reviews. September, 2005. (<http://www.h-net.org/reviews/showrev.php?id=11142>)

³² Der **NSLB** wurde 1929 als der NSDAP angeschlossener Verband zur weltanschaulich-politischen Ausrichtung der Erzieher gegründet. Vgl. Benz, Wolfgang/ Graml, Hermann/ Weiß, Hermann (Hg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart 1997, S. 608. 1937 waren 97% aller Pädagoginnen und Pädagogen Mitglied im NSLB.

³³ Nach der Deutschen Arbeiterfront (DAF) die größte NS-Massenorganisation, versuchte die **NSV** eine Monopolisierung der Wohlfahrt. Aufgrund ihrer scheinbaren Ideologiefremde war ihre Arbeit populär. Die Mitgliedschaft erschien auch für diejenigen akzeptabel, die dem Regime eher zögernd oder kritisch gegenüberstanden, aber aus Opportunitätsgründen in eine Parteiorganisation eintreten wollten. Tatsächlich war die Arbeit der NSV aber von rasse- und erbbiologischen Selektionskriterien bestimmt. Vgl. Benz, Wolfgang/ Graml, Hermann/ Weiß, Hermann (Hg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart 1997, S. 619f.

³⁴ Nach einem Aufnahmestopp ab Mai 1933 hatte sich die **NSDAP** ab Mai 1937 zunächst wieder anderweitigen NS-Mitgliedern geöffnet, bis die Mitgliedsperre im Mai 1939 vollständig aufgehoben wurde.

mitzuarbeiten“. Am Ende des Schuljahres im März 1934 brachte Schulleiter Mohrmann vor den versammelten Schülern und Lehrern „dem Reichspräsidenten und dem Volkskanzler ein dreifaches ‚Sieg Heil!‘, worauf das Deutschlandlied und das Horst-Wessel Lied mit erhobener Rechten gesungen wurde.“ Im November 1935 wurde der Volksschule als erster des Emslandes das Feldzeichen der HJ verliehen, da über 90% ihrer Schülerschaft der HJ angehörten. Im Februar 1936 verstarb Mohrmanns ältester Sohn Willi, Schütze der 8. Kompanie des Infanterie-Regiments 39 in Münster an dem Schlag eines Pferdes. Mit der Einführung der Gemeinschaftsschule im Oktober 1938 wurde aus der ev. Volksschule eine Mädchenschule. Im November wurde sie nach dem antisemitischen Schriftsteller in Dietrich-Eckart-Schule umbenannt.

Die öffentliche **Bücherei**, die weiterhin von Mohrmann geleitet wurde, unterstand inzwischen einer strengen Aufsicht. Neuanschaffungen mussten fortan durch die Staatliche Beratungsstelle für Volksbüchereiwesen in Hannover genehmigt werden, bereits vorhandene Bücher wurden von der Stelle gesichtet, unliebsame Werke mussten ausgesondert werden. Im Oktober 1935 fragte Mohrmann an, ob nicht auch der „*kürzlich zu Zuchthausstrafe verurteilte Herbert Blank*“, Verfasser eines Buches über den nationalistischen Schriftsteller Hermann Löns, zu entfernen sei. Die Beratungsstelle bejahte nach kurzer Überlegung seine Anfrage.

Seit 1938 war Mohrmann **Kreisschriftumsbeauftragter**. Im Rahmen seiner Entnazifizierung nahm Mohrmann zu diesem Amt ausführlich Stellung: „*Ich war seit 25 Jahren im Kreise Lingen der einzige Leiter einer größeren öffentlichen Volksbücherei und musste deshalb 1938 auf Ersuchen des damaligen Kreisschulungsleiters das Amt eines Kreisschriftumsbeauftragten übernehmen, zumal ich bislang kein Parteiamt hatte. Meine Arbeit bestand praktisch nur in der Erledigung der Büchereisammlungen für die Soldaten. Irgendeine propagandistische Tätigkeit habe ich nicht ausgeübt, auch nicht in der von mir geleiteten Volksbücherei. Es konnte nachgewiesen werden, dass z.B. die vorhandene NS-Literatur, die natürlich geführt werden musste, entweder gar nicht oder doch nur in ganz geringem Umfange ausgeliehen wurde und auch dann nur gelegentlich auf besonderen Wunsch einiger Leser, die im allgemeinen wenig Interesse an diesen Büchern hatten. Die mir übertragene Kontrolle der Pfarr- und Leihbüchereien habe ich nie ausgeführt. Ich habe weder Ausstellungen veranstaltet noch Werbevorträge für Propagandazwecke gehalten. Die von der Gestapo ohne meine Mitwirkung durchgeführte Beschlagnahme des nichtkonfessionellen Schrifttums in den Borromäusbüchereien³⁵ hielt ich für ein Unrecht. Die betr. Bücher sollten bei der Wehrmachtsbüchersammlung verwandt werden; ich habe aber nur einen kleinen Teil den Lazaretten zur Verfügung gestellt und die übrigen in der Volksbücherei aufbewahrt. Nach Kriegsende konnte ich etwa 2200 Bände den Pfarrämtern wieder zurückerstatten, was auch dankbar anerkannt wurde.*“

Nachdem Mohrmann im Mai und Juni 1945 zwei Fragebögen beantwortet hatte, wurde er als Schulleiter und Büchereileiter bestätigt. Nach vierwöchiger Krankheit wurde Mohrmann am 1. November 1945 pensioniert. In der lutherischen Kirche, seit 1930 als Organist und Kantor aktiv, leitete er von 1949 bis 1951 den dortigen Kirchen- und Posaunenchor. Bei seiner **Entnazifizierung** gab er an: „*Ich bin weder aus der Kirche ausgetreten noch habe ich meinen Organistenposten niedergelegt, obwohl ich mehrfach hierzu aufgefordert wurde.*“ Die Entnazifizierungsbehörden sahen in ihm einen „*nominellen Naziunterstützer*“ („*nominal Nazi supporter*“). „*Mohrmann ist seit 1937 Mitglied der NSDAP gewesen ohne Amt. Außerdem war er Mitglied in 4 Organisationen der Partei. Er ist allgemein als ein Mann bekannt, der innerlich den Nationalsozialismus ablehnte. Er wird als Mitläufer gem. §7 der Verordnung vom 03.07.1946 entlastet (Kategorie V).*“

Quellen und Literatur

- NLA OS, Rep 980, Nr. 13538.

³⁵ Zur erzwungenen Aussonderung von Büchern der **Borromäus-Büchereien** vgl. Hilling, Gerhard: Zusammenfassender Bericht über die Pfarrgemeinde St. Bonifatius-Lingen im „Dritten Reich“. Bearbeitet von Helmut Lensing, in: Emsländische Geschichte 16 (2009), S. 366-380, hier S. 377. Hilling nennt zwar eine Beteiligung des Rektors Lenz, nicht aber den Namen Mohrmann.

- StadtA LIN, Altes Archiv, Nr. 6576.
- StadtA LIN, Fotoserien, Nr. 103.
- StadtA LIN, Kultur, Nr. 174, Nr. 176.
- StadtA LIN, Lingensches Wochenblatt und Lingener Volksbote 1919-1920.
- StadtA LIN, Schulchroniken, Nr. 42.
- Catenhusen, Wolf-Michael: Parteien und Wahlen in Lingen 1871-1933, in: Ehbrecht, Wilfried (Hg.): Lingen 975-1975. Zur Genese eines Stadtprofils, Lingen (Ems), 1975, S. 214-249.
- Vocks, Benno: Lingen wegweisend. 99 Straßen, Wege und Plätze. Porträts und Geschichte(n), Ahlen 2015.

Mönch-TeGEDER

Straßenname	Personenname	Stadtteil
Maria-Mönch-TeGEDER-Straße	Mönch-TeGEDER, Maria	Innenstadt

Maria Johanna Mönch-TeGEDER (*08.04.1903 in Mehringen, †31.12.1980 in Salzbergen), das älteste von acht Kindern einer altansässigen Bauernfamilie, besuchte bis 1916 die Volksschule Mehringen und bis 1918 das Lyceums in St. Mauritz, Münster. 1926 legte sie auf Gut Hange eine Prüfung als landwirtschaftliche Lehrerin, 1930 in Berlin die Prüfung zur Gewerbelehrerin für hauswirtschaftliche Fachschulen ab. Ihre ersten Berufsstationen hatte sie in Haushaltungs-, Frauen- und Berufsschulen in Liebenthal (Schlesien), Münster (1930-1931), Gelsenkirchen (1931-1933) und nach zweijähriger Arbeitslosigkeit in Bad Harzburg (1935-1936), bis sie 1936 als **Gewerbelehrerin an die Kreisberufsschule nach Meppen** kam, wo sie – später als Gewerbeoberlehrerin – bis zu ihrer Pensionierung blieb.

Hatte sie aus ihrer christlichen Grundhaltung heraus 1932 und im März 1933 noch die **Zentrumspartei** gewählt, gehörte sie von Mai 1934 bis 1945 der **NSDAP** an. 1934 trat sie in den **NS-Lehrerbund**³⁶ und die **NS-Frauenschaft**³⁷ ein, 1936 in den **Reichsluftschutzbund**³⁸ und 1938 in die **NS-Volkswohlfahrt**.³⁹ Im Reichsluftschutzbund hatte sie das Amt einer Frauensachbearbeiterin inne. Von 1939 bis 1944 lehrte sie als **Luftschutzausbilderin Erste Hilfe**. 1942 wurde ihr das Luftschutzehrenzeichen verliehen. Im Zweiten Weltkrieg hielt sie Briefkontakt mit einem unbekanntem Soldaten in russischer Gefangenschaft und kümmerte sich später um seine Ausbildung und Anstellung im Emsland.

Bei ihrer **Entnazifizierung** wurde sie in die Kategorie IV („**Nomineller Naziunterstützer**“) eingestuft. Die Begründung lautete: „*M. T. zeigte stets eine christ-kath. Einstellung und hat nur nominell mit der Partei mitgearbeitet.*“ Sowie ferner: „*Wenn M. das Amt einer Frauensachbearbeiterin (sic!) im Reichsluftschutzbund vorübergehend aufgezwungen wurde, so kann der Hauptausschuss darin keine politische Belastung erblicken, da es sich bei dieser Tätigkeit vorwiegend um eine soziale Aufgabe handelt.*“

1950 veröffentlichte sie den Emslandroman „Land unner Gottes Thron“. Danach publizierte sie regelmäßig **Lustspiele, Erzählungen und Gedichte** in plattdeutscher und hochdeutscher Sprache. Ab 1954 hielt sie außerdem fünfzehn Jahre lang plattdeutsche Morgenandachten für den MWDR und den NDR. Sie war Mitglied in der „Emslandsken Sellskup“ und im „Schrieverkring an Ems und Vechte“.

³⁶ Der **NSLB** wurde 1929 als der NSDAP angeschlossener Verband zur weltanschaulich-politischen Ausrichtung der Erzieher gegründet. Vgl. Benz, Wolfgang/ Graml, Hermann/ Weiß, Hermann (Hg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart 1997, S. 608. 1937 waren 97% aller Pädagoginnen und Pädagogen Mitglied im NSLB.

³⁷ Die **NS-Frauenschaft** wurde 1931 gegründet und 1935 als offizielle Gliederung der NSDAP in die Partei eingeordnet. Gemäß ihrer Aufgabe, Frauenarbeit im Sinne der NS-Ideologie zu leisten, betrieb sie die ideologische und praktische Schulung von Frauen. Sie hatte ca. 2,3 Mio. Mitglieder. Neben der streng nationalsozialistisch ausgerichteten NS-Frauenschaft existierte ab 1933 das Deutsche Frauenwerk (DFW) als Sammelbecken gleichgeschalteter bürgerlicher Frauenbewegungen. Vgl. Benz, Wolfgang/ Graml, Hermann/ Weiß, Hermann (Hg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart 1997, S. 617ff.

³⁸ Der **Reichsluftschutzbund (RLB)** wurde 1933 gegründet, um ehrenamtliche Luftschutzwarte zu schulen. Aufgabe der Luftschutzwarte war es die Leitung von Luftschutzgemeinschaften in Häuserblocks oder einzelnen Häusern. Der RLB war zunächst dem Reichsluftfahrtministerium, ab 1944 der NSDAP unterstellt. Vgl. Benz, Wolfgang/ Graml, Hermann/ Weiß, Hermann (Hg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart 1997, S. 609.

³⁹ Nach der Deutschen Arbeiterfront (DAF) die größte NS-Massenorganisation, versuchte die **NSV** eine Monopolisierung der Wohlfahrt. Aufgrund ihrer scheinbaren Ideologiefremde war ihre Arbeit populär. Die Mitgliedschaft erschien auch für diejenigen akzeptabel, die dem Regime eher zögernd oder kritisch gegenüberstanden, aber aus Opportunitätsgründen in eine Parteiorganisation eintreten wollten. Tatsächlich war die Arbeit der NSV aber von rasse- und erbbiologischen Selektionskriterien bestimmt. Vgl. Benz, Wolfgang/ Graml, Hermann/ Weiß, Hermann (Hg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart 1997, S. 619f.

Quellen und Literatur

- NLA OS, Rep 980, Nr. 51883 und 57155.
- StadtA LIN, Allgemeine Sammlung, Nr. 654.
- Hehemann, Rainer (Bearb.): Biographisches Handbuch zur Geschichte der Region Osnabrück, Bramsche 1990.
- Bernd Robben: „De Moderspraok is alltiet fien“. In memoriam Maria Mönch-Tegeeder, in: Jahrbuch des Emsländischen Heimatbundes 28 (1982), S. 220-228.
- Vocks, Benno: Lingen wegweisend. 99 Straßen, Wege und Plätze. Porträts und Geschichte(n), Ahlen 2015.

Moses

Straßenname	Personenname	Stadtteil
Julius-Moses-Straße	Moses, Julius	Innenstadt
vorher Sauerbruchstraße		

Julius Moses (2.7.1868-24.9.1942), Sohn eines Schneiders, ließ sich nach dem Studium in Greifswald 1893 als praktischer Arzt im Norden Berlins nieder. Politisch aktiv wurde er erstmals 1895 mit einer Rede vor dem Deutsch-Freisinnigen Arbeiterverein. In der Folge beschäftigte er sich vor allem mit Themen der jüdischen Identität, des Zionismus und des Antisemitismus. So war er etwa Herausgeber des „Generalanzeigers für die gesamten Interessen des Judentums“. Ab 1910 verlagerte er sich thematisch zunehmend auf den Zusammenhang von Gesundheit und sozialer Fragen und schloss sich wohl 1912 der Sozialdemokratie an. Gegen die Parteilinie machte er sich in der 1912/13 geführten „Gebärstreik-Debatte“ für Geburtenbeschränkung stark. 1919 wurde er Vorstandsmitglied der USPD, dann der SPD, von 1920 bis 1932 gehörte er dem Reichstag an. Von 1924 bis 1933 war er außerdem Herausgeber der Zeitschrift „Der Kassenarzt“. Als profilierter Redner prägte er die Gesundheitsdebatten seiner Zeit. So forderte er die Schaffung eines Reichsgesundheitsministeriums, lehnte wissenschaftliche Experimente an Menschen und entgegen dem Zeitgeist auch die Eugenik ab. Zudem bemühte er sich um eine Reform des Abtreibungsparagrafen 218. Früh warnte er vor dem gesundheitspolitischen Programm der Nationalsozialisten. Mit der Vernichtung „unlebenswerten“ Lebens würden sie den Arzt zum Henker machen. Obwohl als Jude und Sozialdemokrat doppelt gefährdet, blieb er 1933 in Deutschland. 1938 verlor er seine Zulassung als Arzt. 1942 wurde er nach Theresienstadt deportiert und starb kurz darauf.

Literatur

- Feldmann-Marth, Holger: Art. „Moses, Julius“, in: Neue Deutsche Bibliographie 18 (1997), S. 205f.
- Jachertz, Norbert: Julius Moses: „Medizin ohne Politik gibt es nicht“, in: Deutsches Ärzteblatt 103/6 (2006), S. A328.
- Reuland, Andreas Jens: Menschenversuche in der Weimarer Republik, Heidelberg 2017.
- Schneider, Michael (Hg.): Julius Moses. Schrittmacher der sozialdemokratischen Gesundheitspolitik in der Weimarer Republik. Vorträge anlässlich der Ausstellungseröffnung am 15. Dezember 2005 in der Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin, Bonn 2006.

Weitere Informationen zur Untersuchung der Lingenener Straßennamen unter:

<https://www.lingen.de/politik-rathaus-service/unsere-stadt/lingen-er-strassennamen/untersuchung-der-lingen-er-strassennamen.html>

Rietmeyer

Straßenname	Personenname	Stadtteil
Rietmeyerstraße	Rietmeyer, Heinrich	Innenstadt

Heinrich Aloysius Rietmeyer (*22.10.1888 in Uphusen bei Freren, †11.04.1955 in Lingen) legte 1907 am Gymnasium Georgianum die Reifeprüfung ab und studierte danach Philologie. Später war er als **Steuerberater** („*Helfer in Steuersachen*“) tätig. Als Adjutant bei den **Kivelingen** aktiv, schrieb er ab 1925 regelmäßig humorige und heimatümelnde Texte und Gedichte für die Kivelingszeitung. Im Mai 1930 – inzwischen 41 Jahre alt – heiratete er in Gladbeck die dort aufgewachsene Maria Walmann. Er verließ daraufhin sein Elternhaus, und beide zogen in die Lingener Kolkstraße. Bei den Kivelingen schied er deshalb zwar aus, an der Kivelingszeitung beteiligte er sich aber weiterhin. Die Kivelinge, die sich bereits in Weimarer Zeit heimatstolz und traditionsbewusst gegeben hatten, präsentierten sich in der Kivelingszeitung von 1934 betont NS-nah. So zeigt das Titelblatt etwa einen uniformierten SA-Mann. Über das Kivelingsfest von 1934 dichtete Rietmeyer: „*Wie alle Mann zum deutschen Gruß – erheben froh die Hand: ,Wir wollen treu und einig stehn – zu Volk und Vaterland!*“ und über einen der vier Frontoffiziere des ersten Zuges: „*Als schneidiger SA-Mann zieht/ Die Leute er in Reih´ und Glied. / Ja, dann versteht wohl keinen Witz –/ Der jüngste Leutnant: Vette, Fritz*“. Sein Gedicht schließt mit den Worten: „*Im neuen Staat das alte Fest – Ihr könnt es jetzt begehen, / Frohgemuter noch als sonst – zueinander stehen. / Du Kivelingsgeist, im Dritten Reich – o sei und bleib´ der alte, / Getreu der Heimat und der Pflicht! – Der liebe Gott das walte!*“ Ende 1936 wurden die Kivelinge gleichgeschaltet. In der Kivelingszeitung 1937 veröffentlichte Rietmeyer ein „*Neues Kivelingslied*“, das noch heute gesungene „*Der Bürgersohn als Kiveling ist überall bekannt*“. In derselben Ausgabe erscheint er erstmals als Ehrenmitglied der Kivelinge. In der erstmals seit 1937 wieder erscheinenden Kivelingszeitung von 1949 finden sich letztmalig Beiträge von Rietmeyer.

Rietmeyer war ab 1933 Mitglied der **SA**.⁴⁰ Aufgrund dessen konnte er bereits am 31.12.1937 die Aufnahme in die **NSDAP** beantragen.⁴¹ Die NSDAP-Mitgliederkartei nennt eine rückwirkende Aufnahme zum 1. Mai 1937 unter der Nummer 5913997 in die Ortsgruppe Lingen. Im November 1938 wurde er allerdings aus der SA entlassen, weil er – so der entsprechende Eintrag in der Gestapo-Kartei Osnabrück – „*garnicht oder unregelmäßig am Dienst teilgenommen*“ hat. Laut Stempel auf der NSDAP-Mitgliederkartei wurde am 24.03.1944 auch die Aufnahme in die NSDAP abgelehnt.

Im Oktober 1945 ernannte die Britische Regierung für die Stadt Lingen eine **Gemeindevertretung**, der auch der von Bürgermeister Brackmann als zentrumsnah eingeschätzte Rietmeyer angehörte. Auf der Gründungsversammlung der **Christlich-Demokratischen Partei** des Kreises Lingen im Dezember 1945 wurde Rietmeyer zum Ersten Vorsitzenden gewählt, doch schon Anfang 1946 wechselte er auf den Posten des Geschäftsführers. Die Vorbereitung der ersten freien Gemeindewahlen der Nachkriegszeit im September 1946 wurde von den **Entnazifizierungsausschüssen** mit hohem Aufwand begleitet. Auch die Lingener Ratsmitglieder mussten im April und Juli 1946 ihre NS-Mitgliedschaften offenlegen. Rietmeyer gab an: „*Mitglied der Partei war ich nicht. Leiter in irgendeiner der NSDAP angeschlossenen Verbände ebenfalls nicht. Der SA Reserve habe ich von 1933-1938 angehört. Als politisch bedenklich wurde ich am 1. November 1938 ausgestossen.*“ Er zog für die **CDU** ins Stadtparlament ein und behielt seinen Sitz bis 1952.

⁴⁰ Die SA entstand 1920 als parteieigene paramilitärischer Truppe für gewaltsame Auseinandersetzungen mit politischen Gegnern. Der Nachwuchs rekrutierte sich hauptsächlich aus der HJ. 1932 ca. 420.000 Mitglieder, 1934 ca. 4,2 Mio. Mitglieder, 1935 1,6 Mio. Mitglieder. Nach dem Röhm-Putsch konzentrierte sich die SA auf die vormilitärische Ausbildung ihrer Mitglieder. Zu den terroristischen Aktivitäten der SA gehörten Übergriffe im Rahmen des Boykotts jüdischer Geschäfte 1933 und im Rahmen der Pogromnacht 1938. In Oranienburg und Wuppertal unterhielt die SA je ein KZ. Vgl. Benz, Wolfgang/ Graml, Hermann/ Weiß, Hermann (Hg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart 1997, S. 752ff.

⁴¹ Nach einem Aufnahmestopp ab Mai 1933 hatte sich die **NSDAP** ab Mai 1937 zunächst wieder anderweitigen NS-Mitgliedern geöffnet, bis die Mitgliedsperre im Mai 1939 vollständig aufgehoben wurde.

Im März 1948 ist er erstmals als Vorsitzender der Lingener CDU-Ortsgruppe belegt. 1955 starb er.

Quellen und Literatur

- NLA OS, Rep 439, Nr. 34345.
- StadtA LIN: Allgemeine Sammlung, Nr. 1198.
- StadtA LIN, Melderegister.
- StadtA LIN, PSR, Lin St, 1955/87.
- StadtA LIN, Stadt Lingen, Nr. 8.
- Bevern, Carsten van: Die Frühgeschichte der Christlich-Demokratischen Union im Kreis Lingen (Magisterarbeit), Hannover 2000.
- Kivelingszeitungen 1925-1949.
- Vocks, Benno: Lingen wegweisend. 99 Straßen, Wege und Plätze. Porträts und Geschichte(n), Ahlen 2015.

Rommel

Straßenname	Personenname	Stadtteil
Rommelstraße	Rommel, Erwin	Innenstadt

Erwin Rommel (*15.11.1891 in Heidenheim an der Brenz, †14.10.1944 in Herrlingen) trat nach dem Besuch des Realgymnasiums Schwäbisch Gmünd 1910 in das württembergische Heer ein. 1912 zum Leutnant befördert, wurde er im Ersten Weltkrieg mehrfach ausgezeichnet und 1918 zum Hauptmann ernannt. Auf die Machtergreifung reagierte er positiv. Er war „**ein überzeugter Anhänger und ergebener Gefolgsmann**“ Hitlers (Fraser), mit dem er im September 1934 erstmals persönlich zusammentraf. Insbesondere die Ausschaltung der SA 1934 rechnete er Hitler hoch an. Allerdings fehlte ihm das tiefere Verständnis für politische Zusammenhänge, und seine politischen Urteile blieben oftmals naiv. So scheint Rommels positives Verhältnis zum Nationalsozialismus weniger durch ideologische Detailkenntnisse geprägt als durch die persönliche Faszination für Hitler, auf die er mit unbedingter Loyalität reagierte.

Im Oktober 1933 wurde er Major und Kommandeur eines Infanteriebataillons. Als Oberstleutnant wechselte er 1935 zur Infanterieschule Potsdam. Parallel fungierte er als Verbindungsoffizier des Kriegsministeriums zur Hitlerjugend. 1936 war er für die Sicherheit Hitlers auf dem Reichsparteitag mitverantwortlich. 1937 veröffentlichte er das erfolgreiche Buch „Infanterie greift an“ über seine Erfahrungen im Ersten Weltkrieg. 1938 führte er den Oberbefehl über das Führerbegleitbataillon während des Einmarsches in die sudetendeutschen Gebiete und fungierte 1939 mehrfach als **Kommandant des Führerhauptquartiers**. Dadurch stand er in dieser Zeit mit Hitler in häufigem Kontakt. Er führte lange persönliche Gespräche mit Hitler, bewunderte ihn und war von seinem militärischen Verständnis beeindruckt.

Den Zweiten Weltkrieg sah Rommel als Möglichkeit, sich beweisen zu können. 1939 zum Generalmajor befördert, beteiligte er sich 1940 als Kommandeur der 7. Panzerdivision am **Frankreichfeldzug** und fiel durch seine unkonventionelle und unvorhersehbare Kriegsführung auf. 1941 übernahm er auf Wunsch Hitlers als Generalleutnant das **Afrika-Kommando** im Kampf gegen Großbritannien und wurde in der Folge zum „General der Panzertruppe“ und Oberbefehlshaber der „Panzertruppe Afrika“, 1942 dann zum Generaloberst und – durch Hitler persönlich – zum Generalfeldmarschall befördert. Nach dem Urteil von Proske nahm Rommel „zunehmend die Terrorisierung der Zivilbevölkerung billigend in Kauf, (...) hatte Anteil an der Ausbeutung besetzter Länder, (...) ließ skrupellos ‚Partisanen‘ bekämpfen und setzte menschenverachtende Waffen wie Minen massenhaft ein“. Im November 1942 kam Rommel einem **Durchhaltebefehl Hitlers** nicht nach, bewahrte damit seine Panzerarmee vor der Vernichtung, provozierte dadurch allerdings erstmals kurzzeitige Spannungen im Verhältnis zu Hitler. Rommel stand bald wieder in Hitlers Gunst, galt ihm jedoch fortan zunehmend als Defätist ohne Durchhaltevermögen. Auch Rommels Vertrauen in Hitler kehrte zurück, doch wurde er gegenüber Hitlers Umfeld zunehmend skeptisch.

Bereits bevor die Heeresgruppe Afrika im Mai 1943 kapitulieren musste, verließ Rommel Afrika. Vom NS-Regime gezielt als Propagandafigur und **Hitlers „Lieblingsgeneral“** aufgebaut, sollte sein Image durch die Kapitulation nicht leiden. Ab Ende Juli führte er die Invasion im inzwischen verfeindeten **Italien** an. Inzwischen war Rommel überzeugt, dass der Krieg nicht zu gewinnen sei. Im November begann er unter dem direkten Befehl Hitlers die Besichtigung der Verteidigungsmaßnahmen an der **Ärmelkanalküste** und übernahm im Januar 1944 alle deutschen Kräfte nördlich der Loire. Im Winter 1943/44 erhielt er erstmals überzeugende Einzelheiten über NS-Gräueltaten, wofür er allerdings nicht Hitler, sondern lediglich Untergebene verantwortlich machte. Im März 1944 unterzeichnete er wie alle Generalfeldmarschälle eine Loyalitätserklärung für Hitler, jedoch war sein Vertrauen in Hitler zunehmend am schwinden. Am 29. Juni 1944 versuchte er Hitler ein letztes Mal von der faktischen Lage zu überzeugen. Am 17. Juli wurde er bei einem Luftangriff schwer verwundet. Drei Tage später scheiterte Stauffenbergs **Anschlag auf Hitler**. Bei den darauffolgenden Verhören wurde Rommels Name erwähnt, und Hitler gelangte zu der Überzeugung, dass

Rommel in die Verschwörung verwickelt sei. Ob und welche Rolle Rommel im Widerstand gegen Hitler spielte, ist in der Forschung jedoch umstritten. Am Attentatsversuch selbst war Rommel unbeteiligt. Ob er im Vorfeld informiert oder gar auf die Seite der Verschwörer gewechselt war, ist Gegenstand von Debatten. Goebbels glaubte an eine Beteiligung Rommels im Vorfeld des Attentats. Gegenüber seiner Frau äußerte sich Rommel jedoch vom Attentatsversuch erschüttert und froh über dessen Scheitern. Zwar fand auch er zuletzt, dass der Krieg wohl nur durch eine Ausschaltung Hitlers zu beenden sei, doch sah er sich selbst eher als unpolitischen Soldaten und hatte die Vorstellung, Hitler zu töten, stets abgelehnt. Ein aktives Eintreten Rommels für den Widerstand ist nicht belegbar. Am 14. Oktober 1944 wurde er von zwei Generälen vor die Wahl gestellt, sich entweder wegen Verrat vor dem Volksgerichtshof zu verantworten oder Gift zu nehmen. Rommel hielt das offenbar für „ein Komplott bestimmter Generäle“ (Reuth). Schließlich nahm er das Gift und wurde mit staatlichen Ehren beerdigt.

Rommels Popularität setzte sich auch nach dem Krieg fort („**Mythos Rommel**“), fügte sich scheinbar in die Legende einer „sauberen Wehrmacht“ und wirkte identitätsstiftend für die neugegründete Bundeswehr. Vor dem Hintergrund immer wieder laut werdender Kritik an zwei nach Rommel benannten Kasernen erklärte das Verteidigungsministerium Rommel 2018 als weiterhin für die Bundeswehr traditionsstiftend.

Auch nach Rommel benannte Straßen stehen in der Kritik, eine Straße in Kassel wurde inzwischen umbenannt. Die Nichtumbenennung einer Straße in Celle wurde von der Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten scharf kritisiert: Rommel habe den Raub- und Vernichtungskrieg der Wehrmacht aktiv unterstützt, sei „als begeisterter Nationalsozialist ein glühender Anhänger Hitlers“ gewesen, der sich „vom Regime nicht nur feiern ließ, sondern seinem ‚Führer‘ treu ergeben war“ und deshalb als Namenspatron einer Straße nicht tragbar sei. Eine Erinnerungstafel in Goslar wurde 2001 mit Verweis auf Rommel als Repräsentant eines verbrecherischen Regimes entfernt.

Quellen und Literatur:

- Burmeister, Thomas/ Giertz, Julia: Rummel um Rommel: Sollte man Straßen nach Hitlers einstigem Lieblings-General benennen?, in: STERN, 10.10.2019. (<https://www.stern.de/panorama/wissen/erwin-rommel--sollte-man-strassen-nach-hitlers-einstigem-lieblings-general-benennen--8947898.html>)
- Fraser, David: Generalfeldmarschall Rommel, in: Ueberschär, Gerd R. (Hg.): Hitlers militärische Elite. 68 Lebensläufe, Darmstadt ²2011, S. 455-464.
- Meinrenken, Gunther: Streit um Celler Straßennamen: „NS-Generäle keine Vorbilder“, in: Cellesche Zeitung vom 25.3.2015.
- Proske, Wolfgang: Zwei Rollen für Erwin Rommel beim Aufmarsch der Wehrmacht in Libyen und Ägypten 1941-1943, in: Proske, Wolfgang (Hg.): NS-Belastete aus dem östlichen Württemberg (Täter, Helfer, Trittbrettfahrer 3), Neu-Ulm ³2016, S. 153-176.
- Reuth, Ralf Georg: Rommel. Das Ende einer Legende, München ⁸2022.

Rosemeyer

Straßenname	Personenname	Stadtteil
Bernd-Rosemeyer-Straße	Rosemeyer, Bernd	Innenstadt

1. Jugend und Motorrad

Bernd Rosemeyer wurde am 14.10.1909 in Lingen geboren. Seine Eltern waren der Mechanikermeister Wilhelm Rosemeyer, ein Cousin des Osnabrücker Bischofs Berning, und Louise geb. Funke. In ihrem Wohnhaus in der Bahnhofstr. 14 (heute Bernd-Rosemeyer-Straße) unterhielt der Vater eine Automobilhandlung. Die Familie war konservativ im Glauben, aber offen gegenüber neuen technischen Entwicklungen.⁴² Das jüdische Mädchen Erna Cohen hat den jungen Bernd gelegentlich gebabysittet.⁴³ Von 1916 bis 1924 ging er auf die Castellschule, eine kath. Volksschule. Anschließend besuchte er die gewerbliche Fortbildungsschule und absolvierte eine Lehre als Mechanikermeister in der elterlichen Werkstatt, wo er ab 1927 sein Geld regulär als Mechaniker verdiente.⁴⁴

Die Machtergreifung der Nationalsozialisten fand auch in der Familie ihren Niederschlag. Sein Onkel Julius trat bereits am 1.11.1932 der NSDAP bei, war außerdem SS-Mitglied, wurde aber in Juni 1934 aus der Partei ausgeschlossen, da seine Frau als „Halbjüdin“ galt. Onkel Bernhard in Rheine sowie sein Onkel Eduard, der 1930 nach Lingen zurückkehrte und die Werkstatt übernahm, traten der NSDAP am 1.5.1933 bei. Bernds Vater war von 1933 bis 1934 Mitglied des NS-Kraftfahrerkorps (NSKK).⁴⁵

Im Alter von 20 Jahren begann Bernd Rosemeyer Motorradrennen zu fahren. Als früher Förderer gilt sein Onkel Eduard. Nach einer letzten Amateurfahrt im März 1933 wurde er Lizenzfahrer für die NSU-Motorenwerke. Im Laufe des Jahres entwickelte er sich zu einem der führenden deutschen Motorradlizenzfahrer.⁴⁶ 1934 wechselte er als Werksfahrer zur Versuchsabteilung von DKW, wo er unter anderem an der Harz-Dreitagefahrt zur Erprobung von für den Militäreinsatz entwickelten Geländemaschinen teilnahm.⁴⁷

2. SA- und SS-Mitgliedschaft

Um als Lizenzfahrer Motorsport betreiben zu können, war im Nationalsozialismus eine „arische“ Abstammung erforderlich sowie die Mitgliedschaft in Polizei, Wehrmacht oder einer NS-Organisation. Ein kurzfristiger Beitritt zur NSDAP schied aus, da diese bereits eine allgemeine Aufnahmesperre verhängt hatte. Die Lizenzanträge für die Rennsaison 1934 wurden im Juli 1933 verteilt.⁴⁸

Wohl seit Ende der 1920er Jahre bestand in Lingen ein Motorsportclub. Möglicherweise war auch Rosemeyer zeitweise Mitglied. Im Frühjahr 1933 schlossen sich offenbar zumindest einige Mitglieder des Motorsportclubs der Lingener SA an und bildeten damit wohl den Grundstock des SA-Motorsturms, der im Mai 1933 erstmals nachweisbar ist.⁴⁹ Am 6. August 1933 führte der Lingener SA-Motorsturm zusammen mit der emsländischen Motor-SA ihre erste Motorsportveranstaltung durch. Rosemeyer ging wie auch andere Teilnehmer mit SA-Uniform und Hakenkreuzbinde an den Start, war also spätestens jetzt Mitglied der SA. Auch bei Rennen am 26. August auf dem Hockenheimring gehörte er zu den Fahrern mit SA-Uniform.⁵⁰ Der SA-Beitritt Rosemeyers – sei es im Rahmen einer (nicht weiter belegbaren) Gleichschaltung des Motorsportclubs oder aus eigener Initiative – dürfte erst kurz zuvor erfolgt

⁴² Langenfeld 2007, S. 244; Bechtluft 2008, S. 18; Remling 2008, S. 149, Remling 2019, S. 1, S. 5.

⁴³ Bechtluft 2008, S. 21.

⁴⁴ Bechtluft 2008, S. 21f; Pönisch 2008, S. 121f; Remling 2008, S. 149; Remling 2013, S. 255; Schubert 2013, S. 6.

⁴⁵ Bechtluft 2008, S. 34ff; Remling 2008, S. 153; Reuß 2008, S. 103; Remling 2019, S. 13.

⁴⁶ Bechtluft 2008, S. 22f; Remling 2008, S. 149; Schubert 2013, S. 7; Remling 2019, S. 1, S. 5.

⁴⁷ Langenfeld 2007, S. 250.

⁴⁸ Reuß 2006, S. 98; Bechtluft 2008, S. 24; Reuß 2008, S. 98; Remling 2019, S. 12.

⁴⁹ Bechtluft 2008, S. 27; Remling 2008, S. 151f; Remling 2019, S. 14. Die Aussage von Elly Beinhorn, er sei durch die Gleichschaltung des LMC plötzlich Mitglied der Motor-SS gewesen, ist abwegig. Vgl. Remling 2019, S. 14.

⁵⁰ Bechtluft 2008, S. 32ff; Remling 2008, S. 152. Reuß (2008, S. 105) sieht die Hakenkreuzbinde als Alleinstellungsmerkmal Rosemeyers. Vgl. aber Remling 2019, S. 14.

sein, da er später angegeben wird, der Beitritt habe zwei Monate vor seinem SS-Beitritt stattgefunden. Mit seiner Mitgliedschaft in der SA hatte Rosemeyer die Voraussetzungen für eine Fahrlizenz mehr als erfüllt. Die meisten deutschen Spitzenrennfahrer schlossen sich lediglich dem NS-Krautfahrerkorps (NSKK) an.⁵¹

Gemäß seiner SS-Führerstammkarte war Rosemeyer offiziell ab November 1933 SS-Anwärter, ab dem 19.6.1934 SS-Mann. Davon abweichend gab Rosemeyer selbst in seinem Heiratsgesuch (Juli 1936) einen SS-Beitritt „1932“ und einen SA-Beitritt „2 Monate vorher“ an.⁵² Angesichts des offiziellen Charakters der SS-Führerstammkarte ist das Beitrittsjahr 1932 kaum glaubwürdig, zumal auch die SS-Nummer (214.952) einen Beitritt im Herbst 1933 bzw. Frühjahr 1934 nahelegt.⁵³ Die Hintergründe für Rosemeyers Fehlangaben sind unklar. Möglicherweise wollte er sich den Anschein eines „alten Kämpfers“ geben. Möglicherweise hatte er bei der Ausfüllung der Dokumente – er befand sich gerade in Kur in Bad Mergentheim – nicht die erforderlichen Unterlagen zur Hand. Insgesamt erscheint der Heiratsantrag jedenfalls recht nachlässig ausgefüllt.⁵⁴

Die Hintergründe seines SS-Beitritts sind unklar. Die Anregungen könnten aus der eigenen Familie gekommen sein oder auch von der NSU.⁵⁵ Möglicherweise wurde er auch von seinem Duzbekannten Erich Cassel von der SA zur SS abgeworben. Der leitete einen SS-Sturmbann, war von Juni bis November 1933 Stadtkämmerer in Nordhorn und dürfte die dortige SS mitaufgebaut haben. Die Bekanntschaft mag bei Besuchen Rosemeyers und anderen Motorfreunden in der Nordhorer Gaststätte Pauling entstanden sein.⁵⁶ Möglicherweise wies Cassel Rosemeyer bei dieser Gelegenheit auf einen fünftägigen SS-Aufnahmestopp Anfang November hin, dem Cassel selbst in den Nordhorer Nachrichten ausgerufen hatte.⁵⁷ Für die Erfüllung der Lizenzkriterien war der SS-Beitritt angesichts der schon bestehenden SA-Mitgliedschaft jedenfalls nichts mehr erforderlich.

Rosemeyer war allerdings kein Mitglied einer lokalen SS-Einheit und nahm entsprechend auch nicht am normalen SS-Dienst teil.⁵⁸ Auch führte er später keine SS-Einheit an. Er gehörte zum Stab des SS-Abschnitts XIV (Bremen) und wechselte wohl Ende 1937 zum Ehrenführer beim Stab SS-Hauptamt (Berlin). Damit war er dem persönlichen Stab von Heinrich Himmler zugeteilt.⁵⁹ Rosemeyer war zum Tragen eines SS-Zivilabzeichens berechtigt, das an ausgewählte SS-Mitglieder verliehen wurde und für das Tragen an der Zivilkleidung vorgesehen war. Bei offiziellen Anlässen trug er dieses Zivilabzeichen. Nur ein bekanntes Foto zeigt ihn in Uniform.⁶⁰

3. Der Wechsel zum Autorennsport

Noch 1934 bemühte sich Rosemeyer um einen Wechsel in den Automobilrennsport, doch sein Rennleiter lehnte das ab. Erst nach einem Vorsprechen bei dem Pressechef der Auto Union wurde er im Oktober 1934 zu Nachwuchsführerprüfungen zugelassen und schließlich als Nachwuchsfahrer aufgenommen.⁶¹

„Rennsport im Reich Hitlers ist politisch.“⁶² Der Rennsport unterstand der Obersten Nationalen Sportbehörde (ONS), in der Vertreter des Verkehrs-, Innen- und des Propagandaministeriums,

⁵¹ Reuß 2008, S. 98; Remling 2019, S. 12.

⁵² Ein Abdruck der Karteikarte und des Heiratsgesuchs bei Frilling 2009, S. 433ff. und Schubert 2013, S. 59ff.

⁵³ Remling 2013, S. 255; Remling 2019, S. 12. Reuß' Vermutung einer auffällig niedrigen Nummer (Reuß 2008, S. 103) ist entsprechend irrig. Vgl. auch Bechtluft 2008, S. 26-29.

⁵⁴ Bechtluft 2008, S. 31; Remling 2008, S. 153; Reuß 2008, S. 102; Schubert 2013, S. 45f.; Remling 2019, S. 17.

⁵⁵ Schubert 2013, S. 46f; Remling 2019, S. 13.

⁵⁶ Remling 2013, S. 255; Remling 2019, S. 15f. Vgl. auch Bechtluft 2008, S. 27; Remling 2008, S. 152.

⁵⁷ Frilling 2021, S. 252f. Frilling (2020, Heft 4, S. 7) weist außerdem auf den befreundeten Architekten Heino Deeken hin, der ebenfalls SS-Mitglied war.

⁵⁸ Remling 2019, S. 16.

⁵⁹ Bechtluft 2008, S. 36; Remling 2013, S. 255; Remling 2019, S. 12, S. 16, S. 20.

⁶⁰ Reuß 2008, S. 107, Remling 2019, S. 12f., S. 17. Die Nummer des SS-Zivilabzeichens (101.162) wurde von Reuß (2008, S. 103) als SS-SA-Nummer fehlinterpretiert.

⁶¹ Pönisch 2008, S. 132; Schubert 2013, S. 8.

⁶² Reuß 2006, S. 93.

des Auswärtigen Amtes, des Heeres und des Reichsverbandes der Automobilindustrie saßen.⁶³ Die beiden großen Konkurrenten im Automobilsport waren Mercedes und Auto Union (heute Audi). Die Rennsportabteilungen beider Konzerne wurden vom NS-Staat finanziell massiv unterstützt. Vorbehalte gegenüber dieser Kooperation gab es nicht, beide Seiten profitierten voneinander. Bedeutete der Rennsport für die Konzerne Werbung, war er für den NS-Staat ein wichtiges Propagandainstrument.⁶⁴ Auf eine ausdrückliche Beeinflussung hat das NS-Regime in der Regel bewusst verzichtet. Der propagandistische Wert lag vielmehr gerade im vermeintlich Unpolitischen der Unterhaltung. Tatsächlich war die Unterhaltung jedoch keine harmlose Nische, sondern ein kalkulierter Teil der NS-Propaganda,⁶⁵ und der Rennsport ein „Instrument nationalsozialistischer Herrschaftspraxis“.⁶⁶ Der Rennsport als quasikriegerisches Spektakel⁶⁷ bot sich in besonderer Weise für Propaganda an: Marschmusik, NSKK-Truppenaufzüge, der Nervenkitzel des Wettkampfs und „deutsche Siege am Sonntagnachmittag“.⁶⁸ Nicht zuletzt gab er dem Regime Gelegenheit, die technische Effizienz Deutschlands zu demonstrieren und mit Rennsiegen auch international Anerkennung zu erlangen.⁶⁹

Entsprechend waren Rennveranstaltungen „Tribünen der nationalsozialistischen Ideologie“⁷⁰ und „perfekt durchorganisierte Propagandaspektakel“.⁷¹ Bestimmt wurden die Rennen von den Zeremonien und Zeichen des Nationalsozialismus. Nach einer politischen Eröffnungsrede durch Staatsvertreter wie Göring (nur in der Stabilisierungsphase um 1933) und dem Hissen der Hakenkreuzfahne begann das Rennen. Auch die Siegerehrung war nationalistisch codiert: die Kapelle spielte die Nationalhymne, am Siegermast wurde die Hakenkreuzfahne hochgezogen und Sieger, Mannschaften und Offizielle entboten lautstark den Hitlergruß.⁷²

Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit standen dabei die Rennfahrer. Die Medien stilisierten sie zu Helden und Idolen ihrer Zeit. Ihre Siege brachten dem NS-regime Ehre, Glanz und Anerkennung⁷³ und ihre Stilisierung als stahlharte Draufgänger erlaubte es, an ihnen indirekt den „Erfolg des Prototyps des germanischen Herrenmenschen“ abzubilden.⁷⁴ Das durch die Mitgliedschaft in einer NS-Organisation eingeforderte Bekenntnis zum Nationalsozialismus war Bestandteil ihres NS-codierten Erscheinungsbildes.⁷⁵ Zugleich erschienen sie als „vermeintlich völlig unpolitische Zeitgenossen“,⁷⁶ „lebten Normalität in einer Diktatur vor und waren als Blitzableiter gerade deshalb so wirksam für das Regime“.⁷⁷ Als „Vorbilder für eine Jugend, die zu Härte, Todesverachtung und Mut erzogen werden sollte“ haben sie „im System der Nazis mitgespielt“⁷⁸ und waren „Profiteur[e] der NS-Politik“.⁷⁹

Der Rennsport – eines der wirkungsvollsten mentalen Rüstungsprojekte des Nationalsozialismus⁸⁰ – wurde mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges eingestellt.

⁶³ Reuß 2006, S. 125.

⁶⁴ Reuß 2006, S. 75; Kirchberg 2008, S. 15-21, S. 40f., S. 49ff.

⁶⁵ Day 2005, S. 12f.; Reuß 2006, S. 143.

⁶⁶ Day 2005, S. 264.

⁶⁷ Vgl. Day 2005, S. 126; Schubert 2013, S. 15.

⁶⁸ Reuß 2006, S. 143.

⁶⁹ Reuß 2006, S. 135; Schubert 2013, S. 15, S. 17.

⁷⁰ Kirchberg 2008, S. 47.

⁷¹ Reuß 2006, S. 131

⁷² Day 2005, S. 77, S. 79-82.

⁷³ Reuß 2006, S. 55.

⁷⁴ Day 2005, S. 136. Vgl. auch Schubert 2013, S. 17.

⁷⁵ Day 2005, S. 160.

⁷⁶ Reuß 2006, S. 54.

⁷⁷ Day 2005, S. 266.

⁷⁸ Reuß 2006, S. 170.

⁷⁹ Reuß 2006, S. 55.

⁸⁰ Day 2005, S. 237. Vgl. auch Days Artikel „‘Heil’-Rufe und Motorlärm. Rennsport war in der Nazizeit ein mentales Rüstungsprojekt“ in der Jüdischen Allgemeinen vom 19.1.2006 (<https://www.juedische-allgemeine.de/allgemein/heil-rufe-und-motorlaerm/>), abgerufen am 16.5.2022.

Komponenten von Rennwagen waren durchaus auch für Kampfflugzeuge adaptierbar,⁸¹ und die hochqualifizierten Rennfachleute wechselten mit Kriegsbeginn oftmals in die Rüstungszweige ihrer Konzerne.⁸² Victor Klemperer schreibt 1946: „An die Stelle des Rennkampfwagens tritt von 1939 an der Tank, an die Stelle des Rennfahrers der Panzerfahrer.“⁸³

4. Rennsiege und Popularität

Anfang 1935 wurde Rosemeyer in die Grand-Prix-Abteilung der Auto Union aufgenommen. Schon nach wenigen Monaten fuhr er die ersten Siege ein. 1936 konnte er sieben internationale Siege verzeichnen und wurde Europameister, 1937 gewann er den Vanderbilt-Pokal in New York und den Großen Preis von Donington. Außerdem stellte er mehrere Geschwindigkeitsweltrekorde auf.⁸⁴

So stieg Rosemeyer rasch zum „populärsten Vorzeigesportler des Regimes“⁸⁵ auf. Mit seinen blonden Haaren, seinem aggressiven Fahrstil, seiner jugendlichen Attraktivität und seiner SS-Mitgliedschaft passte Rosemeyer perfekt in die offizielle Ideologie⁸⁶ und angesichts seiner Prominenz und Vorbildfunktion war die zur Schau gestellte Nähe zum Nationalsozialismus entsprechend wirkmächtig.⁸⁷ Für die Auto Union und die NS-Machthaber wurde er damit zu einem „fast unbezahlbaren Sympathieträger: ein Markenbotschafter mit Bodenhaftung“. Rosemeyer „verkörperte die scheinbare Normalität des Dritten Reiches“. Eine „Mittlerfigur“.⁸⁸ „Ein unpolitischer, strahlender Held brachte da mehr Vorteile als ein strammer Parteisoldat.“⁸⁹ Wie seine Rennfahrerkollegen stützte und stabilisierte er mit seinen Erfolgen das NS-Regime und wertete es national wie international propagandistisch auf.⁹⁰ Entsprechend war Rosemeyer auch bei Empfängen von hochstehenden NS-Funktionären wie Goebbels und Hitler anwesend.⁹¹

Umgekehrt profitierte auch Rosemeyer vom NS-Regime. Durch die massive Subventionierung der deutschen Rennställe hatten die Nationalsozialisten seine Karriere und Siege überhaupt erst möglich gemacht.⁹² Wie andere Profirennfahrer verfügte er – insbesondere in Folge von Siegen – über ein hohes Einkommen und forderte seinerseits mehrfach Gehaltserhöhungen.⁹³ Damit gehörte er zu den „Profiteuren des Systems“ und genoss „erhebliche materielle Vorteile“.⁹⁴ „Mit Recht wird bei ihm und seinen Rennfahrerkollegen kritisiert, dass sie mit ihren Erfolgen die NS-Herrschaft stützten und propagandistisch aufwerteten und dass sie in sportlicher wie finanzieller Hinsicht große Vorteile genossen.“⁹⁵

Die Hochzeit mit der berühmten Fliegerin Elly Beinhorn bedeutete einen weiteren Popularitätsschub. Im September 1935 hatten sich beide kennengelernt, bereits am 13. Juli 1936 folgte die Heirat.⁹⁶ Die zwei Jahre ältere Beinhorn hatte sich als Frau in einem Männerberuf durchsetzen können und gehörte damit wie die Fliegerin Hanna Reitsch oder die Regisseurin Leni Riefenstahl zur Garde repräsentativer Ausnahmefrauen. Als freie Publizistin den Umgang mit Medien gewohnt, waren ihre eurozentrisch gefärbten Schriften auch im Nationalsozialismus anschlussfähig. Bereits 1933 bestand im BDM eine Elly-Beinhorn-

⁸¹ Frilling 2009, S. 122; Schubert 2013, S. 16.

⁸² Reuß 2006, S. 108.

⁸³ Klemperer, LTI, S. 13.

⁸⁴ Remling 2008, S. 149; Remling 2019, S. 1f. Vgl. auch Langenfeld 2007, S. 252.

⁸⁵ Reuß 2006, S. 273.

⁸⁶ Day 2005, S. 173; Langenfeld 2007, S. 249; Day 2008, S. 66f., 69. Frilling (2020, Heft 5, S. 7) spricht in diesem Zusammenhang von Rosemeyer und Beinhorn als „arische Identifikationsfiguren“.

⁸⁷ Vgl. Frilling 2009, S. 408.

⁸⁸ Day 2008, S. 69.

⁸⁹ Remling 2019, S. 19.

⁹⁰ Reuß 2008, S. 111f.; Remling 2013, S. 256; Remling 2019, S. 20.

⁹¹ Bechtluft 2008, S. 54; Day 2008, S. 65; Remling 2014, S. 185.

⁹² Remling 2019, S. 19.

⁹³ Vgl. Reuß 2006, S. 22, S. 212, S. 254; Langenfeld 2007, S. 254; Kirchberg 2008, S. 23; Remling 2014, S. 186.

⁹⁴ Remling 2019, S. 20.

⁹⁵ Remling 2013, S. 256.

⁹⁶ Pönisch 2008, S. 133f.

Gruppe.⁹⁷ Während Rosemeyer sie nicht mehr alleine fliegen lassen wollte und selbst einen Flugschein machte, fügte sie sich zunehmend in die Rolle der Ehefrau.⁹⁸ Im November 1937 wurde ihr Sohn geboren. Zugleich musste Rosemeyer persönliche Verluste hinnehmen: Im Januar 1937 starb zunächst seine Mutter, im März dann bei einem Autounfall sein Bruder, im Juli schließlich sein Rennfahrerfreund Ernst von Delius.⁹⁹

Im Juli 1937 nahm Rosemeyer am Vanderbilt-Cup in New York teil. Dort gab es in der Presse und in der jüdischen Bevölkerung durchaus auch Kritik an der Teilnahme der Deutschen und insbesondere am Hissen der Hakenkreuzfahne. Die deutsche Mannschaft hisste die Fahne daraufhin provokativ über den deutschen Boxen, und die Fahrer drohten mit einem Boykott, wenn das Rennen ohne ihre Fahne stattfinden würde. Da während des Rennens Rosemeyer 76 Runden lang und Caracciola 8 Runden lang vorne lag, war die Hakenkreuzfahne 84 Runden lang und auch am Schluss des Rennens am Siegermast zu sehen. Es war Rosemeyers prestigeträchtigster Sieg.¹⁰⁰ Wenige Tage später wurde Rosemeyer auch in Lingen feierlich empfangen. Zahlreiche Menschen waren auf den Lingener Marktplatz geströmt, und vor dem Rathaus hatten das NS-Kraftfahrerkorps und der Musikzug der SA-Standarte Aufstellung genommen. Im Alten Rathaus überreichte NS-Bürgermeister Plesse Rosemeyer im Kreise von Stadträten, Ratsherren und NSDAP-Vertretern eine goldene Uhr und eine Ehrenurkunde. Rosemeyer habe sich – so zitiert ihn zumindest das gleichgeschaltete Lingener Kreisblatt – „riesig gefreut, das schwere Rennen in Amerika für den Führer und somit für Deutschland siegreich beenden zu können“. Auch der Kommandeur der Kivelinge überreichte ihm eine Urkunde und erklärte ihn damit zum Ehrenmitglied.¹⁰¹

Bernd Rosemeyer war der einzige deutsche Grand-Prix-Fahrer mit SS-Mitgliedschaft.¹⁰² Neben dem Skisportler Bogner und dem Springreiter Temme war er der einzige Sportstar, mit dem die SS national wie international reüssieren konnte.¹⁰³ Infolge von Rennsiegen wurde Rosemeyer regelmäßig befördert.¹⁰⁴ Zuletzt beförderte der Reichsführer SS Himmler ihn nach dem Sieg in New York zum Hauptsturmführer. Damit hatte Rosemeyer innerhalb von nur drei Jahren zehn Rangstufen durchlaufen und den Offiziersrang erreicht. De facto waren es reine Ehrenränge.¹⁰⁵ Insgesamt hatte die SS-Mitgliedschaft jedoch wenig Auswirkungen auf sein mediales Image. Die SS-Uniform trug er bestenfalls selten. Bei offiziellen Empfängen zeigte er sich mit SS-Zivilabzeichen.¹⁰⁶ Als SS-Offizier musste Rosemeyer für seine Heirat einen „Ariernachweis“ erbringen, der zum geplanten Heiratstermin noch nicht vollständig vorlag. Nur durch einen Ausnahmebefehl von Heinrich Himmler wurde dem Heiratsgesuch dennoch stattgegeben.¹⁰⁷ Nicht zuletzt die SS-Mitgliedschaft und insbesondere die Zuteilung zum persönlichen Stab Himmlers dürften Rosemeyer „immense Vorteile“ beschert haben, „nämlich Schutz und Privilegien, Freiraum und Freiheiten für sein privates Leben, ohne dass dafür lautstarke politische Lippenbekenntnisse nötig gewesen wären“.¹⁰⁸ Allerdings gibt es „keine

⁹⁷ Day 2005, S. 174ff.; S. 178f.; Reuß 2006, S. 274; Day 2008, S. 72.

⁹⁸ Day 2005, S. 181f.

⁹⁹ Pönisch 2008, S. 121, S. 137; Reuß 2006, S. 276; Schubert 2013, S. 9.

¹⁰⁰ Reuß 2006, S. 277f.; Frilling 2017, S. 69f. Frilling (2009, S. 409) nennt Rosemeyers Beteiligung an der Boykottandrohung „ein aktives Eintreten in den NS-Staat“.

¹⁰¹ StadtA LIN, Lingener Kreisblatt vom 19.7.1937. Vgl. auch Bechtluft 2008, S. 38f.; Remling 2008, S. 155. Elly Beinhorn über den Empfang in Lingen: „Mein Mann fand die Idee großartig, besonders weil außerdem von einer Taschenuhr aus purem Gold die Rede war.“ Zitiert nach Frilling 2017, S. 80. Entgegen gelegentlicher Behauptungen in der Literatur (z.B. Pönisch 2008, S. 139; Schubert 2013, S. 9) handelte es sich nicht um eine Ehrenbürgerschaft. Vgl. StadtA LIN, Karten und Pläne, Nr. 400.

¹⁰² Remling 2013, S. 255. Lediglich die Privatrennfahrer Kohlrausch und Hanstein waren ebenfalls in der SS. Vgl. Reuß 2006, S. 98; Remling 2019, S. 12.

¹⁰³ Remling 2019, S. 16.

¹⁰⁴ Beförderungen: SS-Rottenführer (16.9.1934), SS-Unterscharführer (16.11.1934), SS-Hauptscharführer (9.11.1935), SS-Untersturmführer (1.1.1936), SS-Obersturmführer (14.6.1936). Vgl. SS-Personalkarteikarte Rosemeyers bei Schubert 2013, S. 63.

¹⁰⁵ Bechtluft 2008, S. 36ff.

¹⁰⁶ Day 2005, S. 174.

¹⁰⁷ Bechtluft 2006, S. 30.

¹⁰⁸ Reuß 2006, S. 105.

Belege dafür, daß er sich durch die Mitgliedschaft in der SS“ aktiv „persönliche Vorteile verschaffte“.¹⁰⁹

5. Motive und Überzeugungen

Aussagen über die Motive und Überzeugungen Rosemeyers gestalten sich schwierig. In seiner durchaus propagandistisch gefärbten Rosemeyer-Biographie schrieb Hans Bretz 1938 „Wer ihn gekannt hat, der weiß, wie stolz er war, in den Reihen der SS zu stehen.“¹¹⁰ Und seine Witwe Elly Beinhorn schrieb im selben Jahr über den Sieg in New York: „Zu meines Mannes besonderer Freude und Genugtuung hatte er die Nachricht erhalten, dass in Anerkennung seines Sieges ihn der Reichsführer SS zum Hauptsturmführer befördert hatte.“¹¹¹ Es ist auch durchaus anzunehmen, dass er sich darüber freute wie über andere Auszeichnungen auch.¹¹² Eine ideologische Nähe zum Nationalsozialismus belegt dies jedoch nicht. Auch der Verzicht auf eine kirchliche Hochzeit des unterschiedlich konfessionellen Brautpaares deutet wohl nicht auf eine besondere NS-Nähe hin.¹¹³

Allgemein wird Rosemeyer bescheinigt, politisch desinteressiert gewesen zu sein.¹¹⁴ Allerdings gilt auch festzuhalten, dass sein Eintritt in die SA und die SS freiwillig und ohne jeden Druck erfolgte.¹¹⁵ Entsprechend ließe sich vermuten, dass Rosemeyer nicht aus politischer Überzeugung beitrug, sondern aus opportunistischen und karrieristischen Gründen.¹¹⁶ Es mag auch eine gewisse Naivität mitgespielt haben.¹¹⁷ Damit scheint Rosemeyer – wenn auch vielleicht nicht in ideologischer Hinsicht¹¹⁸ - in der Praxis „durchaus ein aufgeschlossenes Verhältnis zum Nationalsozialismus“ gepflegt haben.¹¹⁹ Vorbehalte oder Berührungspunkte gegenüber dem Regime sind nicht erkennbar.¹²⁰

Rosemeyers Rolle in der NS-Propaganda gewährte ihm Handlungsfreiheiten, die andere nicht hatten.¹²¹ In bürokratischer Hinsicht zeigte er sich nachlässig. Im Briefverkehr zum

¹⁰⁹ Remling 2019, S. 18.

¹¹⁰ Bretz 1938, S. 77. Vgl. auch Reuß 2006, S. 276; Bechtluft 2008, S. 47; Frilling 2017, S. 69.

¹¹¹ Zitiert nach Reuß 2008, S. 107. Vgl. auch Frilling 2017, S. 69.

¹¹² Bechtluft 2008, S. 47; Remling 2019, S. 16.

¹¹³ Frilling 2017, S. 26; Remling 2019, S. 17.

¹¹⁴ Remling 2008, S. 153; Frilling 2009, S. 16, S. 59.

¹¹⁵ Bechtluft 2008, S. 53; Reuss 2008, S. 102. Die Einschätzung der SS-Mitgliedschaft als (mithin eingefordertes und nur unwillig gewährtes) „Zugeständnis“ (Remling 2013, S. 256) oder gar als „das einzige größere Zugeständnis an den Nationalsozialismus“ (Remling 2008, S. 155) erscheint deshalb schwierig. Als bloßes Zugeständnis hätte ggf. eine NSKK-Mitgliedschaft interpretiert werden können. Zumal bleibt unklar, weshalb nach dieser Lesart seine SA-Mitgliedschaft und seine bedeutende Rolle in der Rennsportpropaganda keine Zugeständnisse gewesen sein sollen. Auf Nachfrage distanzierte sich Remling von seinen damaligen Formulierungen. – Dagegen vertritt Frilling (2020, Heft 1, S. 4) die These, dass Rosemeyer und Beinhorn als „Akteure der NS-Propaganda (...) zu „den Tätern“ zu zählen sind“. Vgl. auch Frilling 2020, Heft 3, S. 21; Frilling 2021, S. 14, S. 78f. Der Täterbegriff wird von Reuß (2008, S. 112), von Remling (zitiert nach Frilling 2017, S. 67) und ursprünglich auch von Frilling (2009, S. 19) abgelehnt.

¹¹⁶ Day 2005, S. 174; Bechtluft 2008, S. 54; Frilling 2009, S. 16.

¹¹⁷ Remling 2013, S. 256.

¹¹⁸ Remling 2019, S. 18.

¹¹⁹ Reuß 2008, S. 105.

¹²⁰ Vgl. Bechtluft 2008, S. 39. Reuß (2008, S. 111) schreibt: „Gegen ideologische Vereinnahmung kann sich der tote Held Bernd Rosemeyer nicht mehr wehren. Aber Zeit seines Lebens hat es dem beliebtesten und berühmtesten deutschen Sportler jener Jahre nicht gestört, von den Nazi-Größen geehrt und hofiert zu werden. Sie sonnten sich im Glanz seiner Erfolge – und Bernd Rosemeyer hatte seine privaten Freiheiten und Privilegien.“ Und Day (2008, S. 75) schreibt: Bernd Rosemeyer war kein hilfloses Opfer, das vom Strudel hinabgezogen wurde. Ganz und gar nicht: Er war das Energiezentrum dieses Stroms, er trieb ihn mit an, er gab der Medienmaschinerie einen beständigen Rohstoff und nahm an der Seite seiner Frau rege daran teil.“ Hingegen bewertet Remling (2008, S. 153-155) die Rolle Rosemeyers vergleichsweise passiv: „Wie seine Rennfahrerkollegen genoss Bernd Rosemeyer die Privilegien des NS-Regimes und ließ sich von der nationalsozialistischen Propaganda instrumentalisieren. Er wurde Teil des Systems und profitierte davon, er tat dies aber wahrscheinlich mehr aus Opportunismus als aus Überzeugung.“

¹²¹ Remling 2013, S. 256; Remling 2019, S. 19.

Heiratsgesuch kennt er seine SS-Nummer nicht, nennt das falsche Eintrittsdatum, vertippt sich bei seinem Dienstgrad; die erforderlichen Unterlagen lagen trotz Mahnungen selbst nach der Geburt des Sohnes noch nicht vor.¹²² Der Aufforderung, aus der katholischen Kirche auszutreten, kam er nicht nach.¹²³ Als Träger des SS-Zivilabzeichens trug er Uniform nur höchst selten. Bekannt sind Fotos in SA-Uniform 1933, aber nur ein Foto in SS-Uniform. Beinhorn bekennt, sie habe Rosemeyer nie in Uniform gesehen.¹²⁴ Während der Nationalhymne soll er einmal einem anderen Fahrer mit der Zigarette ein Loch in die Hose gebrannt haben, und im Freundeskreis soll er einmal Hitler parodiert haben.¹²⁵ Ein Foto zeigt ihn lässig mit Hitlergruß und Zigarette in der Hand. Das zeugt allerdings kaum von mangelnder Linientreue,¹²⁶ vielmehr entsprach ein unpolitisches Erscheinungsbild und der lockere Umgang mit den NS-Symbolen durchaus dem gewollten Habitus von NS-Rennfahrern.¹²⁷ Zu Rosemeyers Freiheiten gehörte auch, dass er weiterhin bedenkenlos Kontakt zu Juden unterhalten konnte. In den USA trafen Rosemeyer und Beinhorn auch eine dort wohnende Freundin Beinhorns, die „halbjüdische“ Fliegerin Antonie Strassmann. Später besuchte das Ehepaar deren Eltern mehrmals in Berlin, wo der Vater Paul Strassmann, ein jüdischer, evangelisch getaufter Chirurg, eine Privatfrauenklinik unterhielt. Unter anderem ging es um eine Diät für Rosemeyers Magen.¹²⁸ Als die Klinik 1936 von den Nationalsozialisten geschlossen wurde, erschien Rosemeyer vor Ort, um ein Automobilgemälde abzuholen.¹²⁹ Bei einem Besuch in Lingen Mitte der 1930er Jahre begrüßte Rosemeyer den Juden Bernhard Hanauer auf der Straße – so berichtete dieser 2001 mit 93 Jahren – und unterhielt sich mit ihm. Beide waren ehemalige Klassenkameraden (wohl in der Gewerbeschule), aber der Zeitumstände wegen traute sich Hanauer nicht, Rosemeyer selbst anzusprechen.¹³⁰ Auf Hanauers Bemerkung, dass Rosemeyer jetzt hoffentlich keine Schwierigkeiten bekomme, habe dieser nur gelacht: „Nein, die brauchen mich doch“.¹³¹ Das mag dafür sprechen, dass sich Rosemeyer seiner Bedeutung für das Regime und der sich daraus ergebenden Freiheiten durchaus bewusst war. Im persönlichen Kontakt jedenfalls zeigte sich Rosemeyer – wie offenbar auch seine Familie (s.o.) – keinerlei antisemitische Ressentiments. Insgesamt gibt es keine Hinweise darauf, dass Rosemeyer privat nationalsozialistische, rassistische oder militärische Vorstellungen vertreten haben könnte.¹³²

6. Nachleben

Immer wieder unternahm Rosemeyer Geschwindigkeitsrekordfahrten. Rekordversuche wie diese dienten nicht zuletzt auch der Popularisierung des NS-Prestigeprojekts Reichsautobahn.¹³³ Bei einem Rekordversuch aus der drei Jahre zuvor eröffneten Autobahn Frankfurt – Darmstadt (heute Teil der A5) kam Rosemeyer am 28. Januar 1938 bei 440km/h

¹²² Reuß 2006, S. 279ff.; Bechtluft 2008, S. 29f.; Remling 2019, S. 17.

¹²³ Remling 2008, S. 155.

¹²⁴ Reuß 2008, S. 107. Allerdings analysiert Victor Klemperer (LTI, S. 12): „Die zeitlich zweite Uniform, in der nazistisches Heldentum auftritt, ist die Vermummung des Rennfahrers, sind sein Sturzhelm, seine Brillenmaske, seine dicken Handschuhe.“

¹²⁵ Kirchberg 2008, S. 50; Frilling 2009, S. 128; Remling 2014, S. 187.

¹²⁶ Immerhin ist das Foto bei Bretz (1938, nach S. 32) abgedruckt.

¹²⁷ Day 2005, S. 146f.; Langenfeld 2007, S. 256; Kirchberg 2008, S. 50; Remling 2019, S. 19.

¹²⁸ Remling 2019, S. 10. Rosemeyer litt seit einer Austernvergiftung an einer Leberentzündung. Vgl. Pönisch 2008, S. 134.

¹²⁹ Remling 2019, S. 10f. Frilling (2017, S. 99) interpretiert die Bildabholung – basierend auf einem unvollständigen Zitat aus der Strassmannschen Familienchronik – irrtümlich als „Arisierungsversuch“. Vgl. Remling 2019, S. 11.

¹³⁰ Reuß 2006, S. 277; Bechtluft 2008, S. 21; Remling 2008, S. 155. Auf Unklarheiten der Erzählung weist Frilling (2017, S. 73; 2020, Heft 3, S. 41-45; 2021, S. 189ff.) hin.

¹³¹ Frilling 2020, Heft 2, S. 43.

¹³² Auch der gegenüber Rosemeyer kritisch eingestellte Frilling bescheinigt Rosemeyer, „kein überzeugter Nazi“ gewesen zu sein (2009, S. 378).

¹³³ Day 2005, S. 129.

ums Leben.¹³⁴ Seine Leiche wurde am nächsten Tag im Haus der SS in Frankfurt aufgebahrt, dann nach Berlin überführt. Am 1. Februar – zwei Tage nach dem fünften Jahrestag der Machtergreifung – wurde er auf dem Friedhof Berlin Dahlem beerdigt. Die Beerdigung stand im Zeichen der SS. Auch der Sarg wurde von SS-Offizieren getragen. Anwesend waren außerdem Elly Beinhorn, Rennfahrerkollegen, Vertreter der Regierung, des Militärs, des NSKK und der Auto Union sowie die Leibstandarte Adolf Hitler. Aus Lingen nahmen der NS-Bürgermeister Plesse und die Kivelinge teil. Kränze u.a. von Hitler, Hess, Goebbels und Göring wurden niedergelegt. In einem Telegramm an die Witwe Beinhorn schrieb Hitler, dass Rosemeyer „im Einsatz für deutsche Geltung fiel“.¹³⁵

Nach seinem Tod setzte eine „quasireligiöse Stilisierung“ Rosemeyers zu einem „soldatischen Märtyrer der Moderne“ ein.¹³⁶ Ein SS-Sturm und ein NSKK-Lehrsturm wurden nach Rosemeyer benannt, an der Todesstelle wurde ein Mahnmal errichtet¹³⁷ und am ersten Todestag verfügte NS-Bürgermeister in Lingen die Umbenennung der Bahnhofstraße in Bernd-Rosemeyer-Straße.¹³⁸ Elly Beinhorn veröffentlichte eine Biographie mit den abgedruckten Kondolenzschreiben u.a. von Hitler, Göring, Goebbels, Himmler, Hess und Ribbentrop im Anhang.¹³⁹ „Nach dem Todessturz steht Bernd Rosemeyer eine Zeitlang fast gleichwertig mit Horst Wessel vor den Augen der Volksphantasie.“¹⁴⁰ „Mit Rosemeyers Tod hat die Nation ein Sportidol verloren – und das NS-Regime zugleich seinen strahlendsten Exponenten. (...) So einer wie Rosemeyer ist unersetzbar.“¹⁴¹

1945 machten die Briten in Lingen alle in der NS-Zeit vergebenen Straßenbenennungen rückgängig. Einzige Ausnahme war die Bernd-Rosemeyer-Straße.¹⁴² Tatsächlich genoss Rosemeyer nach dem Vanderbilt-Pokal und dem Großen Preis von Donington hohes Ansehen in der englischsprachigen Motorsportwelt.¹⁴³ In der Bundesrepublik setzte sich die Rosemeyerbegeisterung in entpolitisierter Form ungebrochen fort. 1955 wurde Beinhorns Buch in einer politisch entschärften Version neu aufgelegt.¹⁴⁴ 1964 ließen die Kivelinge eine Gedenktafel am Geburtshaus von Rosemeyer anbringen.¹⁴⁵ Nach Abriss des Hauses 1972 wurde auch am Neubau 1988 wieder eine Tafel angebracht.¹⁴⁶ In Lingen erinnern außerdem eine Bürgerschützensektion und ein Motorsportclub an Rosemeyer,¹⁴⁷ ein privates Museum ist in Planung. Ein 1966 in Büdingen als Hotel errichtetes Bernd-Rosemeyer-Haus ließ sich wirtschaftlich nicht lange halten.¹⁴⁸ Rosemeyerstraßen gibt es in Hannover, Dortmund und Spelle, einen Rosemeyerweg in Berlin. Letzterer ist umstritten.¹⁴⁹ Ein Rosemeyerplatz an Unfallort wurde 2014 – offiziell aus anderen Gründen – umbenannt.¹⁵⁰ Eine Bernd-Rosemeyer-

¹³⁴ Remling 2008, S. 149.

¹³⁵ StadtA LIN, Neue Volksblätter vom 2.2.1938; Day 2005, S. 188f.; Reuß 2006, S. 284; Reuß 2008, S. 100f., S. 108; Bechtluft 2008, S. 41f., S. 47; Schubert 2013, S. 10. In der Literatur wird gelegentlich ein falsches Beerdigungsdatum (30.1.1938) angegeben.

¹³⁶ Day 2008, S. 74.

¹³⁷ Day 2005, S. 190; Reuß 2008, S. 103, S. 107.

¹³⁸ Schubert 2013, S. 44; Frilling 2020, Heft 5, S. 8.

¹³⁹ Reuß 2008, S. 107f. Victor Klemperer verglich den Schreibstil Beinhorns später mit dem von Goebbels. Vgl. Klemperer, LTI, S. 12; Reuß 2006, S. 286; Reuß 2008, S. 108; Frilling 2021, S. 24.

¹⁴⁰ Klemperer, LTI, S. 12.

¹⁴¹ Reuß 2006, S. 287.

¹⁴² StadtA LIN, Altes Archiv, Nr. 6373.

¹⁴³ Remling 2008, S. 149.

¹⁴⁴ Day 2005, S. 267; Remling 2019, S. 2.

¹⁴⁵ Ein aus diesem Anlass in der Kivelingszeitung erschienener Artikel über Rosemeyer (Acken 1964) sparte den Nationalsozialismus aus.

¹⁴⁶ Marienschule (1988), S. 12ff. Vgl. auch Bechtluft 2008, S. 11.

¹⁴⁷ Frilling 2017, S. 80f.; Frilling 2020, Heft 2, S. 18.

¹⁴⁸ Frilling 202, Heft 2, S. 14.

¹⁴⁹ <https://www.tagesspiegel.de/berlin/berzirke/himmlers-rennfahrer-stand-pate-rosemeyerweg-soll-umbenannt-werden/26233036.html>, abgerufen am 16.5.2022.

¹⁵⁰ <https://www.bild.de/regional/frankfurt/parkplatz/umbenannt-wegen-ss-mitgliedschaft-34813936.bild.html>, abgerufen am 16.5.2022.

Straße in Chemnitz wurde bereits 1946 umbenannt.¹⁵¹ Eine kritische Auseinandersetzung begann in Lingen 2006 mit einer Ausstellung des Stadtarchivs, die auch Rosemeyers SS-Mitgliedschaft thematisierte. Der in Lingen begangene hundertste Geburtstag 2009 stand entsprechend weniger im Zeichen des Feierns als der Aufarbeitung.¹⁵²

Quellen und Literatur

- StadtA LIN, Altes Archiv, Nr. 6373.
- StadtA LIN, Fotosammlung.
- StadtA LIN, Fotoserien, Nr. 404.
- StadtA LIN, Karten und Pläne, Nr. 400.
- StadtA LIN, Lingener Kreisblatt vom 19.7.1937.
- StadtA LIN, Lingener Volksbote vom 8.8.1933.
- StadtA LIN, Neue Volksblätter vom 2.2.1938.
- Acken 1964 = Acken, August van: Bernd Rosemeyer, in: Kivelingszeitung 1964, S. 15-18.
- Bechtluft 2008 = Bechtluft, Horst Heinrich: Bernd Rosemeyer und die SS. Versuch der Annäherung an ein geschichtliches Tabu in Lingen, in: Emsländische Geschichte 15 (2008), S. 11-54.
- Bretz 1938 = Bretz, Hans: Bernd Rosemeyer. Ein Leben für den deutschen Sport, Berlin 1938.
- Day 2005 = Day, Uwe: Silberpfeil und Hakenkreuz. Autorennsport im Nationalsozialismus, Berlin 2005.
- Day 2008 = Day, Uwe: „Ein deutscher Held, von Dämonen besiegt“. Der Popstar Bernd Rosemeyer im Mahlstrom von Medienmaschinerie und Fortschrittspropaganda im Nationalsozialismus, in: Kirchberg, Peter (Hg.): Bernd Rosemeyer. Die Schicksalsfahrt, Zwickau 2008, S. 60-76.
- Frilling 2009 = Frilling, Christoph: Elly Beinhorn und Bernd Rosemeyer. Kleiner Grenzverkehr zwischen Resistenz und Kumpanei im Nationalsozialismus. Studien zu Habitus und Sprache prominenter Mitläufer, Frankfurt am Main u.a. 2009.
- Frilling 2017 = Frilling Christoph: Himmlers Rennfahrer. Bernd Rosemeyer, der SS-Hauptsturmführer aus Lingen, Frankfurt am Main 2017.
- Frilling 2020 = Frilling, Christoph: Studien zu Bernd Rosemeyer, 5 Hefte, Lingen 2020.
- Frilling 2021 = Frilling, Christoph: Bernd Rosemeyer – Reichspropaganda-Rennfahrer. Zur Frage der geschichtspolitischen Einordnung eines Täters der NS-Propaganda in einen lokalgeschichtlichen Kontext (Studien zur Geschichte des Nationalsozialismus 4), Hamburg 2021.
- Kirchberg 2008 = Kirchberg, Peter: Grand.Prix-Rennsport und Rekordfahrten der Auto Union. Aufwand, Ziele, Ertrag, in: Kirchberg, Peter (Hg.): Bernd Rosemeyer. Die Schicksalsfahrt, Zwickau 2008, S. 8-59.
- Klemperer, LTI = Klemperer, Victor: LTI. Notizbuch eines Philologen, Stuttgart 2010.
- Langenfeld 2007 = Langenfeld, Hans: Bernd Rosemeyer aus Lingen. Ein Star der „braunen Dreißiger“, in: Jahrbuch des Niedersächsischen Instituts für Sportgeschichte Hoya 10 (2007), S. 242-262.
- Marienschule (1988) = Marienschule Lingen: Spuren der Geschichte in unserer Stadt Lingen (Ems). Denkmäler – Gedenktafeln – Straßennamen, Lingen (ca. 1988).
- Marienschule 1993 = Marienschule Lingen: Spurensuche. Vom Lingener Wind verweht? Lingen 1993.
- Pönisch 2008 = Pönisch, Jürgen: Lebenslauf Bernd Rosemeyer, in: Kirchberg, Peter (Hg.): Bernd Rosemeyer. Die Schicksalsfahrt, Zwickau 2008, S. 121-147.
- Remling 2008 = Remling, Ludwig: Die Anfänge der Rennsportkarriere Bernd Rosemeyers, in: Kivelingszeitung 2008, S. 149-155.
- Remling 2013 = Remling, Ludwig: Rivalen und Freunde Bernd Rosemeyers, in: Kivelingszeitung 2014, S. 183ff.

¹⁵¹ Marienschule 1993, S. 71ff.

¹⁵² Schubert 2013, S. 47.

- Remling 2019 = Remling, Ludwig: Bernd Rosemeyer, der Rennfahrer aus Lingen. Eine biographische Spurensuche. Ausführliche Fassung eines Vortrags vom 2.11.2019 in der HÖB Papenburg.
- Reuß 2006 = Reuß, Eberhard: Hitlers Rennschlachten. Die Silberpfeile unterm Hakenkreuz, Berlin 2006.
- Reuß 2008 = Reuß, Eberhard: Der unpolitische politische Bernd Rosemeyer. Anmerkungen zu einem Spitzensportler in der NS-Zeit, in: Kirchberg, Peter (Hg.): Bernd Rosemeyer. Die Schicksalsfahrt, Zwickau 2008, S. 98-113.
- Schubert 2013 = Schubert, Philipp: Bernd Rosemeyer. Analyse lokalhistorischer Erinnerungskulturen am Beispiel der Stadt Lingen (Masterarbeit), Lingen 2013.

Sauerbruch

Straßenname	Personenname	Stadtteil
Sauerbruchstraße	Sauerbruch, Ferdinand	Innenstadt

Ernst Ferdinand Sauerbruch (*03.07.1875 in Barmen bei Wuppertal, †02.07.1951 in Berlin) studierte Medizin und Naturwissenschaften in Marburg, Jena und Leipzig, promovierte 1902 und habilitierte 1905. Nach verschiedenen Anstellungen als Assistenzarzt wechselte er 1907 als 1. Oberarzt nach Marburg, wo er 1908 zum außerordentlichen Professor und Leiter der chirurgischen Poliklinik befördert wurde. 1910 wurde er ordentlicher Professor und Direktor der chirurgischen Universitätsklinik in Zürich. Zum Ersten Weltkrieg meldete er sich freiwillig und war beratender Chirurg des 15. Armeekorps. Nach der Tätigkeit an Kliniken in Greifswald (ab 1915) und München (ab 1918) übernahm er von 1927 bis zu seiner Emeritierung 1949 die Leitung der chirurgischen Universitätsklinik der **Berliner Charité**.

Seit 1920 oberflächlich mit Hitler persönlich bekannt, begrüßte er die „Machtergreifung“ 1933. Göring ernannte ihn 1934 zum **preußischen Staatsrat**. Er erhielt zahlreiche Auszeichnungen und **unterstützte den Nationalsozialismus wiederholt öffentlich**. So warb er im November 1933 – im Vorfeld der Scheinwahl zum geplanten Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund – in einer Radiosendung für den Austritt. Im selben Monat beteiligte er sich mit einem eigenen „Offenen Brief an die Ärzteschaft der Welt“ an dem „Bekennnis der Professoren“ zu Hitler. 1937 war er der erste Preisträger des von Hitler als eine Art „Antinobelpreis“ gestifteten Deutschen Nationalpreises für Kunst und Wissenschaft“ und äußerte bei dieser Gelegenheit sein Bedauern über das Misslingen des Hitlerputsches 1923.

Sauerbruch war an der Entlassung des **jüdischen Personals** aus der Charité beteiligt, setzte sich aber auch für mehrere jüdische Kollegen und Freunde ein. Er war kein Mitglied der NSDAP. Im vertraulichen Kreis äußerte er wiederholt **Kritik am Nationalsozialismus**. Zeitweilig war er Mitglied der elitären Berliner „**Mittwochsgesellschaft**“, zu der die Widerständler Goerdeler und Beck, aber etwa auch der NS-Rassentheoretiker Eugen Fischer gehörten. Eine Nähe zum Widerstand lässt sich daraus nicht ableiten. In konkrete Widerstandspläne blieb Sauerbruch uneingeweiht, wurde gleichwohl nach dem Attentat vom 20. Juli mehrfach vernommen. Insgesamt erscheint er als ein **kritischer Befürworter des Nationalsozialismus**.

Sauerbruch war ab 1933 medizinischer Gutachter des Reichsforschungsrates und ab 1937 der dortige Fachspartenleiter für Medizin, Rassenforschung und Rassenbiologie. In letzterer Funktion bewilligte er u.a. **rassenhygienische Projekte** und die Finanzierung von **Menschenversuchen in Konzentrationslagern**. So gab er 1942 Mittel für Senfgasversuche an KZ-Insassen frei. 1943 bewilligte er Zwillingsexperimente Mengeles im KZ Auschwitz, wengleich unklar ist, ob er sich der Tragweite dieser Entscheidung klar war. Als Mitglied des wissenschaftlichen Senats der Akademie der Militärärzte nahm er 1943 aktiv, aber ohne jede Kritik an einer Diskussion über die Auswirkungen von Sulfonamid an KZ-Insassen teil. Allerdings sprach sich Sauerbruch gegen das wenig später eingestellte Euthanasieprogramm T4 aus.

Auch nach Kriegsende erfreute sich Sauerbruch großer Popularität. Seine letzten Jahre waren allerdings von einer voranschreitenden Hirnsklerose geprägt, die auch zu Fehlleistungen im OP führten. Nach Sauerbruch benannte Straßen stehen heute in der Kritik. Eine historische Kommission der Stadt **Hannover** empfahl 2018 die Umbenennung des Sauerbruchwegs, da er „aktiv das NS-Unrechtssystem unterstützt“ hat.¹⁵³ In **Wiesbaden** empfahl eine historische Kommission 2023 mit der folgenden Begründung ebenfalls die Umbenennung:

„Als Vorsitzender der Sektion Medizin des Reichsforschungsrates genehmigte Sauerbruch verbrecherische Experimente an Insassen von Konzentrationslagern. Zudem war er an der Entlassung des jüdischen Personals der Chirurgischen Klinik der

¹⁵³ <https://www.hannover.de/Kultur-Freizeit/Architektur-Geschichte/Erinnerungskultur/ZeitZentrum-Zivilcourage/St%C3%A4dtische-Erinnerungskultur/Wissenschaftliche-Betrachtung-von-namensgebenden-Pers%C3%B6nlichkeiten-in-Hannover/17-Stra%C3%9Fen-in-Hannover-sollten-umbenannt-werden>

Charité beteiligt. Dadurch war Sauerbruch an der bewussten Schädigung, Diskriminierung, Ausgrenzung und Verfolgung einzelner Personen oder Personengruppen während des „Dritten Reiches“ beteiligt. Ferdinand Sauerbruch unterstützte darüber hinaus das NS-Regime durch öffentliche Reden immateriell und artikulierte dadurch öffentlich die nationalsozialistische Ideologie.“¹⁵⁴

Quellen und Literatur

- Dewey, Marc/ Schagen, U./ Eckart, Wolfgang U.: Ernst Ferdinand Sauerbruch and his ambiguous role in the period of National Socialism, in: Annals of Surgery, August 2006, Band 244, Heft 2, S. 315–321.
- Eckart, Wolfgang U.: Ferdinand Sauerbruch. Meisterchirurg im politischen Sturm, Wiesbaden 2016.
- Gerabek, Werner E.: Ferdinand Sauerbruch, in: Neue Deutsche Biographie, Bd. 22, Berlin 2005, S. 459f.
- Hardinghaus, Christian: Ferdinand Sauerbruch und die Charité. Operationen gegen Hitler, Berlin e.a. 2019.
- Iwamoto, Mitsuo Martin: Debatte über NS-Vergangenheit. Straßen an der Charité umbenannt, in: Tagesspiegel vom 10.7.2018 (<https://www.tagesspiegel.de/wissen/strassen-an-der-charite-umbenannt-4591510.html>)
- Landeshauptstadt Hannover: Projekt Wissenschaftliche Betrachtung von namensgebenden Persönlichkeiten. Abschlussbericht. Empfehlungen des Beirats, 2018 (<https://www.hannover.de/Kultur-Freizeit/Architektur-Geschichte/Erinnerungskultur/ZeitZentrum-Zivilcourage/St%C3%A4dtische-Erinnerungskultur/Wissenschaftliche-Betrachtung-von-namensgebenden-Pers%C3%B6nlichkeiten-in-Hannover/17-Stra%C3%9Fen-in-Hannover-sollten-umbenannt-werden>)
- Schagen, Udo: Rezension zu: Hardinghaus, Christian: Ferdinand Sauerbruch und die Charité. Operationen gegen Hitler. München 2019, in: H-Soz-Kult, 20.03.2019 (<https://www.hsozkult.de/publicationreview/id/reb-28323>).
- Namen im öffentlichen Raum. Abschlussbericht der Historischen Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden, Wiesbaden (2023) (<https://piwi.wiesbaden.de/dokument/2/3208627>)

¹⁵⁴ <https://piwi.wiesbaden.de/dokument/2/3208627>.

Schniers

Straßenname	Personenname	Stadtteil
Heinrich-Schniers-Straße	Schniers, Heinrich	Innenstadt

Heinrich Schniers (*25.03.1880 in Wipplingen, †30.08.1942 im Konzentrationslager Dachau) studierte, nach seinem Abitur 1903 in Vechta, Philosophie und Theologie in Freiburg und Münster. 1907 wurde er in Osnabrück zum Priester geweiht. Danach wirkte er als Präzeptor am bischöflichen Knabenkonvikt Meppen, dann als Kaplan der Nordhorner Textilarbeitergemeinde St. Augustinus, schließlich als Schulrektor der Rektoratsschule Meppen. 1921 wurde er Kaplan an der Lingener Bonifatiuskirche und Präses der Lingener Kolpingfamilie (kath. Gesellenverein). 1932/33 war er außerdem als Seelsorger, der Lager des Freiwilligen Arbeitsdienstes, im Kreis Lingen aktiv. Spätestens im Oktober 1933 schwenkte der Lingener Gesellenverein auf NS-Kurs um. Schniers wurde aber bereits zum 1. Mai 1933 von Bischof Berning in das Pfarramt von St. Michael in Leer versetzt. Dem Nationalsozialismus stand Schniers insbesondere seit Kriegsbeginn ablehnend gegenüber. Weil er angeblich nach dem Sieg der Wehrmacht über Polen im Oktober 1939 falsch beflaggt habe, verurteilte ihn das Amtsgericht Leer zu 50 Reichsmark oder 5 Tage Haft. Schniers legte Einspruch ein und wurde im Februar 1940 freigesprochen. Als er eine Familie seelsorgerisch besuchte, soll er Äußerungen gemacht haben wie „wir verlieren den Krieg, wir haben ihn angefangen, haben Holland überfallen“. Er wurde von der Familie denunziert und im Dezember 1941 von der Gestapo in Haft genommen. Er wurde zunächst nach Wilhelmshaven, dann nach Nordenham ins Amtsgerichtsgefängnis gebracht. Zum Weihnachtsfest wurde er für vier Tage freigestellt, dann aber auf Betreiben des Reichssicherheitshauptamtes erneut verhaftet. Nach monatelangem staatsanwaltlichem Verfahren wurde er nicht angeklagt, sondern der Gestapo überstellt. Im Dezember 1942 verhandelte Bischof Berning erfolglos mit dem Sicherheitshauptamt in Berlin. Am 19. März 1942 wurde er demonstrativ in Sträflingskleidung durch die Leerer Straßen getrieben. Am 3. April wurde er in das KZ Dachau eingeliefert dort wurde er zur Plantagenarbeit eingesetzt. Infolge der Lagerbedingungen magerte Schniers stark ab und wurde schließlich mit Fieber auf das Krankenrevier des Lagers gebracht. Dort starb er am 30.08.1942 – offiziell an Darmkatarrh. Seine Leiche wurde im Krematorium verbrannt, die Urne in Wipplingen und Leer wurde in Lingen 1950 die Schulstraße (heute Henriette-Flatow-Straße) in Schniersstraße umbenannt. Da es dort nach der Erweiterung des Krankenhauses keine Privathäuser mehr gab, ging der Name schließlich auf eine Straße östlich der Rheiner Straße über. Die katholische Kirche hat Heinrich Schniers als Glaubenszeugen in das „Deutsche Martyrologium des 20. Jahrhunderts“ aufgenommen.

Quellen und Literatur

- Stadtarchiv Lingen, Lingener Volksbote vom 2.5.1933 und 23.10.1933.
- Abeln, Heinz-Josef: Art. „Schniers, Heinrich“, in: Emsländische Geschichte 16 (2009), S. 226-237.
- Rüschen, Johannes (Hg.): Bekannte Emsländer aus vergangener Zeit, Bremen 1988.
- Strickmann, Hanni: Über die Straßennamen in Lingen, in: Lingener Heimatkalender auf das Jahr 1954, , Lingen-Ems 1954, S. 57-70.
- Vocks, Benno: Lingen wegweisend. 99 Straßen, Wege und Plätze. Porträts und Geschichte(n), Ahlen 2015.

Scholl

Straßenname	Personenname	Stadtteil
Geschwister-Scholl-Straße	Scholl, Hans und Sophie	Innenstadt

Hans Scholl (*22.9.1918 in Ingersheim an der Jagst, +22.2.1943 in München) war 1931 Mitglied im Christlichen Verein junger Männer (CVJM), bevor er 1933 in das Jungvolk der Hitlerjugend (HJ) eintrat. Dort wurde er Gruppenführer. Am Nürnberger NSDAP-Reichsparteitag von 1935 nahm er als Fahnenträger teil. Daneben führte er einen bündischen Jugendkreis im Sinne der verbotenen Deutschen Jungenschaft (dj.1.11). 1937 saß er wegen homosexueller Handlungen mehrere Wochen in Haft. Statt die ursprünglich geplante Militärlaufbahn einzuschlagen, begann er 1939 ein Medizinstudium in München und wurde Soldat in der Studentenkompagnie. Unter dem Namen „Weiße Rose“ tauchte am 27. Juni 1942 in den Briefkästen verschiedener Münchener Intellektueller ein gegen den Nationalsozialismus gerichtetes Flugblatt auf, das Hans Scholl zusammen mit Alexander Schmorell verfasst hatte. Bis zum 12. Juli wurden drei weitere Flugblätter verbreitet. Die Widerstandsarbeit wurde wegen der Einberufung der Studentenkompagnie, der beide angehörten, an die Ostfront unterbrochen, aber im November 1942 wieder aufgenommen. Man suchte Kontakt zu anderen Widerstandsgruppen und bemühte sich um den Aufbau weiterer Gruppen in mehreren Hochschulstädten. Zum Kern der Gruppe gehörten nun auch Willi Graf, Prof. Kurt Huber und Hans' Schwester Sophie Scholl.

Sophie Scholl (*9.5.1921 in Forchtenberg, +22.2.1943 in München) trat 1934 mit zwölf Jahren in den Bund Deutscher Mädel (BDM) ein. Obwohl die BDM-Mitgliedschaft gewöhnlich mit 18 Jahren endete, engagierte sie sich freiwillig noch weitere zwei Jahre. Nach dem Abitur begann sie 1940 eine Ausbildung zur Kindergärtnerin und wurde dann zum Reichsarbeitsdienst eingezogen. Die frühere Begeisterung für den Nationalsozialismus war allmählich in Gleichgültigkeit und letztlich aktive Ablehnung umgeschlagen. Im Mai 1942 nahm sie ein Biologie- und Philosophiestudium in München auf. Gegen den Willen ihres Bruders gehörte auch sie ab Ende 1942 zur „Weißen Rose“. Bei der Verteilung des insgesamt sechsten Flugblattes in der Universität wurden Hans und Sophie Scholl am 18. Februar 1943 vom Hausmeister festgehalten und von der Gestapo verhaftet. Schließlich wurde als drittes Mitglied auch Christoph Probst verhaftet. Am 22. Februar wurden alle drei vor dem Volksgerichtshof zum Tode verurteilt. Die Urteile wurden noch am selben Tag vollstreckt.

Quellen und Literatur

- Benz, Wolfgang/ Pehle, Walter H. (Hg.): Lexikon des deutschen Widerstands, Frankfurt am Main 2008.
- Benz, Wolfgang: Der deutsche Widerstand gegen Hitler, München 2019.
- Zoske, Robert M.: Die Weiße Rose. Geschichte, Menschen, Vermächtnis, München 2023.

Schumacher

Straßenname	Personenname	Stadtteil
Kurt-Schumacher-Brücke	Schumacher, Kurt	Innenstadt

Kurt Schumacher (*13.10.1895 in Culm, +20.8.1952 in Bonn) meldete sich 1914 freiwillig zum Ersten Weltkrieg, verlor aber schon nach zwei Monaten seinen rechten Arm. Das nun folgende Jura- und Wirtschaftsstudium schloss er 1919 mit der Promotion ab. Noch vor Kriegsende trat er Anfang 1918 in die SPD ein. 1920 wurde er Redakteur der sozialdemokratischen „Schwäbischen Tagwacht“, 1924 Stuttgarter Vorsitzender des prodemokratischen Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold“, 1930 Vorsitzender der Stuttgarter SPD. 1930 wurde er außerdem in den Reichstag gewählt. Kommunismus und Nationalsozialismus lehnte er konsequent ab. In seiner einzigen Reichstagsrede im Februar 1932 nannte er „die ganze nationalsozialistische Agitation“ einen „dauernde[n] Appell an den inneren Schweinehund im Menschen“. Nach dem Verbot der SPD bemühte sich Schumacher um den Aufbau einer Untergrundorganisation, wurde aber bereits am 6. Juli 1933 verhaftet. Die nächsten zehn Jahre war Schumacher in verschiedenen Konzentrationslagern interniert. Im März 1943 entlassen, wurde er nach dem Attentat auf Hitler im August/September 1944 erneut in Haft genommen. Nach Kriegsende beteiligte sich Schumacher am Wiederaufbau der SPD und wurde 1946 ihr Vorsitzender. Als solcher pflegte er einen durchaus autoritären Führungsstil. 1949 zog er in den Bundestag ein. Antikommunistisch und patriotisch eingestellt, aber skeptisch gegenüber einer seiner Ansicht nach die Wiedervereinigung gefährdenden Westeinbindung, avancierte er bald zum prominentesten Gegenspieler Adenauers. Nachdem bereits 1948 sein linkes Bein amputiert werden musste, starb Schumacher schwer krank im August 1952.

Quellen und Literatur

- Benz, Wolfgang/ Pehle, Walter H. (Hg.): Lexikon des deutschen Widerstands, Frankfurt am Main 2008.
- Benz, Wolfgang: Der deutsche Widerstand gegen Hitler, München 2019.
- Merseburger, Peter: Kurt Schumacher. Patriot, Volkstribun, Sozialdemokrat, München 2010.

Schweitzer

Straßenname	Personenname	Stadtteil
Albert-Schweitzer-Straße	Schweitzer, Albert	Innenstadt

Albert Schweitzer (*14.1.1875 in Kaysersberg, +4.9.1965 in Lambaréné) promovierte 1899 in Philosophie, 1901 in Theologie und habilitierte 1902 in evangelischer Theologie. Seit 1912 Professor für Theologie, promovierte er 1913 schließlich auch in Medizin. Noch im selben Jahr gründete er in Französisch-Äquatorialafrika (heute Gabun) das Urwaldhospital Lambaréné. Während des Ersten Weltkriegs entwickelte er maßgeblich seine Kulturphilosophie. Sein Konzept der „Ehrfurcht vor dem Leben“ bezieht er dabei nicht nur auf Menschen, sondern weitet es – trotz Unterscheidung zwischen „höherer“ und „niedriger Kreatur“ – auch auf Tiere aus. Dabei war Schweitzer durchaus nicht frei von einem europäischen Überlegenheitsgefühl. Er empfand sich selbst als Kulturbringer, Afrikaner hingegen als „Naturkinder“. Den Kolonialismus sah Schweitzer in jungen Jahren vergleichsweise kritisch, befürwortete ihn aber schließlich, sofern er auf Aufbau statt Ausbeutung ausgerichtet wäre. Verglichen mit anderen europäischen Zeitgenossen in Afrika darf seine Einstellung als eher liberal und gemäßigt gelten. 1917 mussten Schweitzer und seine Frau als deutsche Kriegsgefangene zur Internierung nach Frankreich zurückreisen. 1924 kehrte er nach Afrika zurück. Dem Nationalsozialismus stand Schweitzer ablehnend gegenüber („Die dumme antisemitische Einstellung der Rechtsparteien ist tief bedauerlich.“). Als Goebbels in einem Brief versuchte, ihn für den Nationalsozialismus zu gewinnen und „mit deutschem Gruß“ unterschrieb, lehnte Schweitzer „mit zentralafrikanischem Gruß“ ab. Seiner Frau, als getaufte Jüdin in Frankreich zunehmend in Gefahr, gelang 1941 die Ausreise nach Afrika. Nach dem Zweiten Weltkrieg engagierte sich Schweitzer für den Pazifismus und warnte vor einem nuklearen Wettrüsten, so auch in seiner 1954 gehaltenen Dankesrede für den ihm zwei Jahre zuvor verliehenen Friedensnobelpreis. Zahlreiche Ehrungen.

Quellen und Literatur

- Oermann, Nils Ole: Albert Schweitzer. 1875-1965. Eine Biographie, München 2010.

Schwenne

Straßenname	Personenname	Stadtteil
Schwennestraße	Schwenne, Gerhard	Innenstadt

Johann Gerhard Schwenne (* 15.09.1889 in Thuine, †10.11.1947 in Siegburg) studierte, nach dem Abitur 1910 in Meppen, Theologie an der Universität Münster. 1913 trat er ins Priesterseminar Osnabrück ein, wo er nur ein Jahr später zum Priester geweiht wurde. Nach Tätigkeiten als Hauslehrer und Hilfsgeistlicher wurde er 1918 Vikar und Studienassessor am Lingener Georgianum. Seit 1920 Studienrat, unterrichtete er kath. Religion, Hebräisch, Deutsch, Geschichte und Erdkunde. Mit seinen Hebräischschülern besuchte er auch den Jüdischen Friedhof zum Lesen der Grabsteininschriften. Nach der Revolution von 1918 wurde er politisch aktiv, warb für die Beibehaltung der konfessionellen Schule und die Zentrumspartei. Er wurde Präses des kath. Arbeitervereins Lingen, Vizepräses des kath. Gesellenvereins, 1920 zweiter Vorsitzender der Lingener Zentrumspartei. 1925 wurde er Beiratsmitglied des kath. Kaufmännischen Vereins Lingen, Kreisvorsitzender des Zentrums, Leiter der Zentrumsvereinigung Emsland und Kreisgeschäftsführer des kath. Volksvereins. Unter der Arbeiterschaft beliebt, bekämpfte er die arbeiterdominierte Zentrumsabspaltung der „Christlich-Sozialen Volksgemeinschaft“. 1932 wurde er zweiter Vorsitzender der hannoverschen Zentrumspartei und wenig später Vorsitzender des Zentrums-Wahlkreisverbandes Weser-Ems. Nach Wahlverlusten war er maßgeblich an der erfolgreichen Reorganisation des Zentrums im Emsland beteiligt. Während Schwenne in seinen Reden die Nationalsozialisten heftig angriff, verbreitete die Lingener NSDAP (Plesse und Lippelt) im November 1932 ein Flugblatt, das Schwenne beschuldigte, sich für den Abbau finanzieller Hilfen für Wohlfahrtsempfänger einzusetzen. Nach einem Prozess musste sich die NSDAP dafür öffentlich entschuldigen. Anfang April 1933 erwirkte Plesse beim NS-Regierungspräsidenten die fristlose Entlassung Schwennes aus dem Schuldienst („Eine gesunde Aufbauarbeit im Kreise kann nie geleistet werden, wenn Schwenne hier irgendwie noch wirken kann.“), Grundlage war das Berufsbeamtengesetz. Da sich die NSDAP einer Anstellung Schwennes am Carolinum Osnabrück widersetzte, wurde er schließlich an das Gymnasium Siegburg bei Bonn versetzt. Dort wirkte er als Seelsorger und Religionslehrer von April 1934 bis zu seiner, durch seine Herzkrankheit bedingte, Beurlaubung Ende 1946. Er starb rund ein Jahr später.

Quellen und Literatur

- StadtA LIN, Allg. Slg., Nr. 558.
- Kath. Kirchengemeinde Lingen (Ems) (Hg.): St. Bonifatius Lingen (Ems). Zur Geschichte der kath. Kirchengemeinde, Lingen (Ems) 1986.
- Lensing, Helmut: Art. „Schwenne, Johann Gerhard“, in: Emsländische Geschichte 7 (1998), S. 249-254.
- Lensing, Helmut: Plesse, Erich Emil August Friedrich, in: Emsländische Geschichte 14, S. 294-305.
- Lensing, Helmut: Zum Konflikt zwischen Nationalsozialismus und Kirche im Emsland bis zur Lingener Blockhütten-Affäre 1935, in: Emsländische Geschichte 3, S. 125-156.
- Möllenbrock, Annette: Katholiken und Nationalsozialismus in Lingen (unveröffentlichte Prüfungsarbeit), 1987.
- Vocks, Benno: Lingen wegweisend. 99 Straßen, Wege und Plätze. Porträts und Geschichte(n), Ahlen 2015.

Stauffenberg

Straßenname	Personenname	Stadtteil
Von-Stauffenberg-Straße	Stauffenberg, Claus Schenk von	Innenstadt

Claus Schenk Graf von Stauffenberg (*15.11.1907 in Jettingen bei Günzburg, †20.07.1944 in Berlin) entstammte dem württembergischen Adel. Sein Vater war Oberhofmarschall des Königs in Stuttgart. Sechszehnjährig fand er Aufnahme in den **Georgekreis**, einem nationalkonservativen, mystizistischen Jungmännerbund um den charismatischen Dichter Stefan George, dessen Leitbegriff des „Geheimen Deutschlands“ für Stauffenberg prägend blieb. Als Anhänger Georges sahen er, wie auch sein älterer Bruder Berthold, sich als Teil einer geistigen Elite. 1926 trat Stauffenberg in das Bamberger Reiterregiment 17 ein und schlug eine Karriere als Berufssoldat ein. 1932 sprach er sich gegenüber dem „Meister“ George **für die Wahl Hitlers als Reichspräsidenten** aus, da Hindenburg zu alt sei. Dem Nationalsozialismus stand er aufgeschlossen gegenüber. Die Brüder Stauffenberg „erwarteten 1933 wie viele ihrer Zeitgenossen die Erneuerung Deutschlands. (...) Die Abschaffung der unordentlichen Demokratie störte sie wenig. (...) Obwohl Rechtsbrüche, Ausschreitungen gegen Juden, Korruption und Vulgarismus der neuen Bonzen sie abstießen, hielten sie die Politik der Zerreißung des Vertrags von Versailles für richtig, auch die Politik der ‚Reinhaltung der Rasse‘, der Stärkung des Bauertums.“ (Hoffmann, S. 478f.) „Zahlreiche Belege für Stauffenbergs Eintreten für die Nationalsozialisten und Hitler bis in das Jahr 1942 lassen sich nicht abtun mit dem Hinweis auf Stauffenbergs Vorliebe, gegenteilige Standpunkte einzunehmen.“ (Hoffmann, S. 134f.)

1930 wurde Stauffenberg zum Leutnant befördert, 1933 zum Oberleutnant, 1939 zum Hauptmann, 1941 zum Major, 1943 zum Oberstleutnant. 1939 nahm er am **Polenfeldzug** teil. Am 14. September 1939 schrieb er: „Die Bevölkerung ist ein unglaublicher Pöbel, sehr viele Juden und sehr viel Mischvolk. Ein Volk, welches sich sicher nur unter der Knute wohlfühlt. Die Tausenden von Gefangenen werden unserer Landwirtschaft recht gut tun.“ Inwieweit Stauffenberg **antisemitisches Gedankengut** teilte, ist in der Forschung umstritten.

Nach ersten militärischen Erfolgen bescheinigte er Hitler viel „Gespür für Militärisches“, wurde wie viele im Heer diesbezüglich aber zunehmend kritischer. Das Ansinnen der Grafen Yorck von Wartenburg und Schwerin von Schwanefeld, sich als Adjutant bei von Brauchitsch an einem Umsturz zu beteiligen, lehnte er jedoch ab.

1940 wurde er zum Oberkommando des Heeres versetzt. Die endgültige Abkehr vollzog Stauffenberg – spät, aber konsequent – Mitte 1942. „Die radikale **Wende des Jahres 1942** kam angesichts der Verbrechen des Regimes: Massenmorde an Juden, Polen, Russen, Kriegsgefangenen, Misshandlungen der Völker der Sowjetunion.“ (Hoffmann, S. 479) Er bat um Versetzung und war ab März 1943 in der 10. Panzerdivision (Nordafrika) im Einsatz. Im April wurde er schwer verwundet, verlor ein Auge, die rechte Hand und zwei Finger der linken Hand.

Wohl im August 1943 wurde er von Olbricht und Tresckow in die **Konspiration gegen Hitler** eingeweiht und schloss sich dem militärischen Widerstand an. Im Juni/Juli 1944 formulierten Rudolf Fahrner, Berthold und Claus von Stauffenberg einen **Eid der Verschwörer**, der seine Inspiration auch aus dem Georgekreis bezog und dessen erste Forderung lautete: „Wir wollen eine Neue Ordnung, die alle Deutschen zu Trägern des Staates macht und ihnen Recht und Gerechtigkeit verbürgt, verachten aber die Gleichheitslüge und fordern die Anerkennung der naturgegebenen Ränge.“ Die Grundhaltung des Eides wurde von der Forschung als elitär, die Absage an demokratische Gleichheit auch als undemokratisch charakterisiert.

Erste Anschlagversuche der Gruppe scheiterten. Anfang Juli 1944 wurde Stauffenberg aber Chef des Stabes des Befehlshabers des Ersatzheeres und hatte damit als einziger der Gruppe Zugang zu Hitlers Lagebesprechungen im Führerhauptquartier. Angesichts der inzwischen aussichtslosen militärischen Lage war sich Stauffenberg bewusst, dass der Anschlag möglicherweise nur noch symbolische Bedeutung haben würde. Nach ersten abgebrochenen Anschlagversuchen platzierte Stauffenberg am **20. Juli 1944** eine Aktentasche mit Sprengstoff und verließ unter einem Vorwand den Raum. Er vernahm die Explosion und reiste

im Glauben, dass Hitler tot sei, nach Berlin, wo er im Bendlerblock mit den anderen Verschwörern zusammentraf. Doch der Staatsstreich scheiterte, Hitler wurde nur leicht verletzt, und am Abend stürmten regimetreue Truppen den Bendlerblock. Stauffenberg wurde noch in derselben Nacht im Innenhof erschossen.

Während **nach 1945** in der DDR ausschließlich der kommunistische Widerstand zelebriert wurde, erwies sich in der Bundesrepublik nach anfangs grundsätzlicher Ablehnung vor allem der Widerstand der konservativ-militärischen Elite als identitätsstiftend, obwohl dieser sich erst sehr spät und vor dem Hintergrund eines aussichtslosen Krieges manifestiert hatte. Der Widerstand von Kommunisten und Linksintellektuellen oder etwa auch die Verweigerungshaltung der Zeugen Jehovas wurde lange Zeit gering geschätzt, wenn nicht gar negiert. Der 20. Juli und insbesondere die Tat Stauffenbergs nahmen in der westdeutschen Erinnerungskultur entsprechend früh eine Schlüsselstellung ein und entsprechend zahlreich sind auch die Ehrungen, die man Stauffenberg zuteil kommen ließ. Inzwischen gibt es allerdings auch Kritik. Der Historiker Richard J. Evans bemerkte 2009, Stauffenberg habe „für die parlamentarische Demokratie zeitlebens nur Verachtung übrig“ gehabt und sei allein deshalb schon „als Vorbild für künftige Generationen schlecht geeignet.“ Auch Magnus Brechtgen stellte 2012 fest, die Verschwörer um Stauffenberg hätten durchaus „keine parlamentarische Demokratie“ angestrebt.

Quellen und Literatur

- Benz, Wolfgang/ Graml, Hermann/ Weiß, Hermann (Hg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart 1997
- Benz, Wolfgang/ Pehle, Walter H. (Hg.): Lexikon des deutschen Widerstands, Frankfurt am Main 2008.
- Benz, Wolfgang: Der deutsche Widerstand gegen Hitler, München 2019.
- Evans, Richard J.: Sein wahres Gesicht, in: Süddeutsche Zeitung Magazin 4/2009. (<https://sz-magazin.sueddeutsche.de/geschichte/sein-wahres-gesicht-76041>)
- Hoffmann, Peter: Claus Schenk Graf von Stauffenberg. Die Biographie, München 2017.
- Karlauf, Thomas: Stauffenberg. Porträt eines Attentäters, München 2019.
- Kohlmeyer, Matthias: „Stauffenberg wollte keine parlamentarische Demokratie“, in: süddeutsche Zeitung vom 21. Juli 2012 (<https://www.sueddeutsche.de/politik/hitler-attentat-am-20-juli-1944-stauffenberg-wollte-keine-parlamentarische-demokratie-1.1417403>)
- Schlie, Ulrich: Claus Schenk Graf von Stauffenberg. Biographie, Freiburg im Breisgau 2018.

Struck

Straßenname	Personenname	Stadtteil
Struckstraße	Struck, Johannes	Innenstadt

Theodor Johannes Struck (* 25.03.1889 in Groß-Rhüden, †15.05.1965 in Lingen) bestand nach dreijährigem Lehrerseminar die 1. Lehrprüfung in Hildesheim. Erste Anstellungen hatte er in Braunschweig, Waldhöfe und Oesede. Nach seinem Militärdienst in Hildesheim 1911/12 trat er die Lehrerstelle in der Volksschule Brögbern. In Brögbern lernte er auch seine spätere Frau Antonia Voß gnt. Dust kennen. 1914 bestand er die zweite Lehrprüfung. Von 1915 bis 1918 leistete er Kriegsdienst, u.a. in Lettland, Estland und Belgien. Dafür erhielt er im Oktober 1934 das Ehrenkreuz für Frontkämpfer. 1920 erfolgte die Heirat. 1932 wurde er Direktor der neugegründeten **Hindenburgschule** (1945 in Overbergschule umbenannt). Struck war **Zentrumsmitglied** und gläubiger **Katholik**. Als Mitglied der Zentrumsparlei sprach er bei verschiedenen Wahlkampfveranstaltungen – zuletzt im Frühling 1933 – über Wirtschaft und Kulturpolitik. Bei einer Zentrumsveranstaltung in Salzbergen im Januar 1932 soll er den schwarz-weiß-roten **Fahnenschmuck**¹⁵⁵ beseitigt haben.

Wie er später bei seiner Entnazifizierung angeben wird, trat der naturkundlich interessierte katholische Lehrer Struck bereits in der Kaiserzeit und der Weimarer Zeit **zahlreichen Vereinen** bei.¹⁵⁶ In nationalsozialistischer Zeit war er förderndes Mitglied im **Nationalsozialistischen Fliegerkorps**¹⁵⁷ („etwa 1934“ (sic!) bis etwa 1945), Zellenwalter im **NSV**¹⁵⁸ (etwa Juni 1934-1945) sowie einfaches Mitglied im **NS-Lehrerbund**¹⁵⁹ (etwa 1933 bis 1945), im **NS-Reichskriegerbund**¹⁶⁰ (etwa 1933 bis 1945 (sic!)), in der **Deutschen**

¹⁵⁵ **Schwarz-Weiß-Rot** war die Flagge des Deutschen Kaiserreiches (1871-1918). Sie wurde von Monarchisten und Nationalsozialisten favorisiert, die die Weimarer Republik (schwarz-rot-goldene Flagge) ablehnten.

¹⁵⁶ Kath. Lehrerverein Braunschweig (1909-1910), Lehrerverein für Naturkunde (1909 bis 1910), Lehrerengesangsverein (1909 bis 1910), Kirchenchor (1909 bis 1910), kath. Lehrerverband/ Diözesanlehrerverband Osnabrück (von 1910 bis 1933, Schriftführer von etwa 1930 bis 1933), Kath. Kreislehrerverein Lingen (1912-1933, zeitweise als Vorsitzender), Imkerverein (etwa 1913 bis 1928), Mitglied der Lehrprüfungscommission (etwa 1923 bis 1937 und seit 1947), Buchgemeinde Bonn (etwa 1925 bis 1929), Arbeitsgemeinschaft für Junglehrer (von etwa 1926 bis 1937 und seit 1947), Gauleiter für das Emsland bei der Deutschen Jugendkraft (Reichsverband für Leibesübungen in katholischen Vereinen) (von 1929 bis 1932), Spar- und Bauverein St. Bonifatius (von 1929 bis 1947, davon einige Jahre als Aufsichtsrat), Bezirkslehrrat (etwa 1920 bis etwa 1926), Borromäusverein (etwa 1931 bis 1947), verschiedene Kegelclubs.

¹⁵⁷ Das **NSFK** war eine 1937 durch Führererlass geschaffene paramilitärische NS-Organisation und Rechtsnachfolger des 1933 von der NSDAP gegründeten Deutschen Luftsportverbandes. Aufgabe beider Vereine war die zunächst als Luftsport getarnte militärische Flugausbildung. Vgl. Benz, Wolfgang/ Graml, Hermann/ Weiß, Hermann (Hg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart 1997, S. 609. Das von Struck angegebene Eintrittsdatum „etwa 1934“ lässt auf eine ursprüngliche Mitgliedschaft im Deutschen Luftsportverband schließen.

¹⁵⁸ Nach der Deutschen Arbeiterfront (DAF) die größte NS-Massenorganisation, versuchte die **NSV** eine Monopolisierung der Wohlfahrt. Aufgrund ihrer scheinbaren Ideologiefreie war ihre Arbeit populär. Die Mitgliedschaft erschien auch für diejenigen akzeptabel, die dem Regime eher zögernd oder kritisch gegenüberstanden, aber aus Opportunitätsgründen in eine Parteiorganisation eintreten wollten. Tatsächlich war die Arbeit der NSV aber von rasse- und erbbiologischen Selektionskriterien bestimmt. Vgl. Benz, Wolfgang/ Graml, Hermann/ Weiß, Hermann (Hg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart 1997, S. 619f.

¹⁵⁹ Der **NSLB** wurde 1929 als der NSDAP angeschlossener Verband zur weltanschaulich-politischen Ausrichtung der Erzieher gegründet. Vgl. Benz, Wolfgang/ Graml, Hermann/ Weiß, Hermann (Hg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart 1997, S. 608. 1937 waren 97% aller Pädagoginnen und Pädagogen Mitglied im NSLB.

¹⁶⁰ Der **Nationalsozialistische Reichskriegerbund** ging 1938 aus dem Deutschen Reichskriegerverband Kyffhäuser hervor. Der Bund betrieb Kameradschaftspflege im NS-Sinn. Er wurde 1943 aufgelöst. Vgl. Benz, Wolfgang/ Graml, Hermann/ Weiß, Hermann (Hg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart 1997, S. 609.

Jägerschaft¹⁶¹ (etwa 1933 bis 1945), im **Reichsluftschutzbund**¹⁶² (etwa 1935 bis 1945) und im **Volksbund für das Deutsche Ausland**¹⁶³ (etwa 1935 bis etwa 1945). Ferner war er Mitglied im Deutschen Schützenverband (etwa 1933-1945), in der Kriegsgräberfürsorge (etwa 1934 bis 1945), im Sportfischerverein Lingen (seit 1937) und im Gartenbauverein (seit etwa 1937) sowie Kreissachbearbeiter in der Reichsarbeitsgemeinschaft für Heilpflanzenkunde und Heilpflanzenbeschaffung (etwa 1939 bis 1945) bzw. der Arbeitsgemeinschaft für Heilpflanzenkunde und -beschaffung Niedersachsen (seit etwa 1946).

1937 stimmte er **gegen die Gemeinschaftsschule**, wurde aber anders als Eylert und Brinkmann nicht strafversetzt. Erst 1954 wurde er regulär aus dem Schuldienst verabschiedet. In der **Gestapokartei Osnabrück** heißt es über ihn: „Wird heute noch im Munde als der ‚Rektor von Zentrumsnaden‘ bezeichnet. Nimmt an sämtlichen Veranstaltungen der Kirche teil. Ist auch heute noch als Zentrumsanhänger zu bezeichnen. Verneint entschieden die Gemeinschaftsschule. S. bietet nicht die Gewähr, daß er sich voll und ganz für den nat. soz. Staat einsetzt.“ Von Februar bis April 1945 diente Struck im Volkssturm.¹⁶⁴

Das **Entnazifizierungsverfahren** endete mit der Feststellung „**Keine Bedenken**“: „Struck ist bekannt als Antifaschist“ bzw. „Struck is known as an Anti-Nazi“. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde er in den Kreistag gewählt und saß als Vorsitzender des Schulausschusses von 1956 bis 1964 im Stadtrat. Laut eines Lehrerkollegen setzte er sich für Personen ein, die „ihren politischen Irrtum erkennen mussten und erkannt haben“ (Vocks).

Quellen und Literatur

- NLA OS, Rep 439, Nr. 41623.
- NLA OS, Rep 980, Nr. 55938.
- StadtA LIN, Altes Archiv, Nr. 6592.
- StadtA LIN, PSR, Lin St, 1965/146.
- StadtA LIN, Schulchroniken, Nr. 57.
- StadtA LIN, Schulen Brögbern, Nr. 6.
- Möllenbrock, Annette: Katholiken und Nationalsozialismus in Lingen (unveröffentlichte Prüfungsarbeit), 1987.
- Vocks, Benno: Lingen wegweisend. 99 Straßen, Wege und Plätze. Porträts und Geschichte(n), Ahlen 2015.

¹⁶¹ Der **Reichsbund Deutsche Jägerschaft** wurde 1934 als Zwangsorganisation für alle Jagdscheininhaber gegründet.

¹⁶² Der **Reichsluftschutzbund (RLB)** wurde 1933 gegründet, um ehrenamtliche Luftschutzwarte zu schulen. Aufgabe der Luftschutzwarte war es die Leitung von Luftschutzgemeinschaften in Häuserblocks oder einzelnen Häusern. Der RLB war zunächst dem Reichsluftfahrtministerium, ab 1944 der NSDAP unterstellt. Vgl. Benz, Wolfgang/ Graml, Hermann/ Weiß, Hermann (Hg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart 1997, S. 609.

¹⁶³ Der **VDA** hatte sich der Förderung deutscher Minderheiten im Ausland und der Revision der durch den Versailler Vertrag eingetretenen Gebietsverlusten verschrieben. Er wurde 1933 gleichgeschaltet und spielte zeitweise eine wichtige Rolle in der NS-Volkstumspolitik. Dabei geriet er zunehmend in Konkurrenz zur Auslandsabteilung der NSDAP. Vgl. Benz, Wolfgang/ Graml, Hermann/ Weiß, Hermann (Hg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart 1997, S. 788ff.; Stiller, Alexa: Rezension zu Luther, Tammo, *Volkstumspolitik des Deutschen Reiches 1933-1938: Die Auslandsdeutschen im Spannungsfeld zwischen Traditionalisten und Nationalsozialisten*. H-German, H-Net Reviews. September, 2005. (<http://www.h-net.org/reviews/showrev.php?id=11142>)

¹⁶⁴ Der **Volkssturm** wurde im November 1944 durch Führererlass aus den bisher nicht eingezogenen Männern zwischen 16 und 60 Jahren gebildet. Er wurde zu Schanzarbeiten sowie zu Bewachungs- und Sicherungsaufgaben eingesetzt. Vgl. Benz, Wolfgang/ Graml, Hermann/ Weiß, Hermann (Hg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart 1997, S. 788

Stülpnagel

Straßenname	Personenname	Stadtteil
Von-Stülpnagel-Straße	Stülpnagel, Carl Heinrich von	Innenstadt

Carl-Heinrich von Stülpnagel (*02.01.1886 in Berlin, †30.08.1944 in Berlin-Plötzensee), Sohn eines Generalleutnants und einer Generalstochter, ergriff nach dem Abitur 1904 den **Soldatenberuf**. Nach dem Besuch der Kriegsakademie diente er im Ersten Weltkrieg als Kompaniechef, Regimentsadjutant und Generalstabsoffizier. Stülpnagel war 1920 am **Kapp-Putsch** beteiligt, den er einige Tage später als ein „blödsinniges Unternehmen“ bezeichnete, an dem er mitmachen musste, „da wir schließlich als Soldaten gehorchen mußten“. Im Dezember 1932 übernahm er, nunmehr Oberst, die Leitung der Abteilung Fremde Heere (T3) im Truppenamt. 1935 wurde er zum Generalmajor, 1937 zum Generalleutnant, 1939 zum General der Infanterie befördert. 1936 wurde er Kommandeur einer Infanteriedivision in Lübeck und wechselte 1938 als Oberquartiermeister in den Generalstab des Heeres. Infolge der Röhm-Morde 1934 und Hitlers immer offensichtlicher werdenden außenpolitischen Dilettantismus nahm Stülpnagel allmählich eine zunehmend kritische Haltung ein. 1938 gehörte er zu den Eingeweihten der **Septemberverschwörung**, die angesichts der diplomatisch beigelegten Sudetenkrise allerdings nicht über vage Planungen hinauskam. Auch im Herbst 1939 gehörte er innerhalb des Generalstabs zu den Kritikern Hitlers.

Seinen Befehlen kam Stülpnagel jedoch auch weiterhin nach. Zunächst an der Westfront eingesetzt, übernahm er im Februar 1941 den Oberbefehl über die 17. Armee an der Ostfront. Grundlage für den rassistischen **Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion** bildete unter anderem der Befehl des Obersten Heereskommandos vom 25. Juli 1941 über die Behandlung von Zivilisten und Kriegsgefangenen. Stülpnagel gab den Befehl am 30. Juli an die ihm unterstellten Verbände weiter, ergänzte aber, dass Gewaltmaßnahmen nicht wahllos erfolgen sollten. „Soweit die auslösende Tat der ukrainischen Ortseinwohnerschaft nicht nachgewiesen werden kann, sind die Ortsvorsteher anzuweisen, in erster Linie jüdische und kommunistische Einwohner zu nennen. (...) Besonders die jüdischen Komsomolzen sind als Träger der Sabotage und Bandenbildung Jugendlicher anzusehen.“ Stülpnagel milderte den völkerrechtswidrigen Befehl damit für die nichtjüdische Bevölkerung ab und verschärfte ihn zugleich für die jüdische Bevölkerung. Sein Befehl, der „den Judenmord begünstigte“, war „unverkennbar von **Antisemitismus** geprägt“ (Hürter, S. 572). Am 12. August 1941 empfahl Stülpnagel eigeninitiativ seiner vorgesetzten Dienststelle einen „vermehrte[n] Kampf gegen den Bolschewismus und das vor allem in seinem Sinne wirkende internationale Judentum“. Die ukrainische Bevölkerung solle über das Judentum aufgeklärt werden, um der Gefahr vorzubeugen, „dass die Juden über kurz oder lang unter der Hand wieder Einfluss gewinnen auf das Wirtschaftsleben, vor allem im freien Handel, oder sich als Zentrum einer Widerstandsbewegung betätigen können“. Am 24. August 1941 schrieb er über die auftretenden Partisanen und Saboteure: „Vor allem sind es Juden und Soldaten in Zivil“. Bereits im Mai 1935 hatte Stülpnagel das „spitzelhafte Verhalten und Treiben der meist der jüdischen Rasse angehörenden unteren Politiker in der Truppe“ als eine der „unerfreulichsten Erscheinungen“ im Offizierskorps der Roten Armee kritisiert.

In den von Deutschland eroberten Gebieten fielen etwa 1,5 Millionen ukrainische Juden dem Holocaust zum Opfer. Auch Stülpnagel „bildete keine Ausnahme im Kartell des Geschehenlassens. Ob seine antisemitische Disposition ausreichte, um den **Holocaust in der Sowjetunion** auch innerlich zu akzeptieren, bleibt fraglich, jedoch trat er ihm nicht entgegen. Sein Stab stieß beim Sonderkommando 4b trotz der neuen Ausmaße der Vernichtungspolitik weiterhin Aktionen gegen Juden an.“ „Die 17. Armee unter ihren Oberbefehlshabern Carl-Heinrich v. Stülpnagel und Hermann Hoth beteiligte sich nachweislich und aus eigener Initiative am Judenmord.“ (Hürter, S. 574, S. 587)

Stülpnagel bat im Oktober 1941 wegen einer Magenkrankheit um die Enthebung vom Kommando. Nach seiner Genesung wurde er im Februar 1942 zum **Militärbefehlshaber in Frankreich** ernannt. Als solcher verhängte er auch Todesurteile gegen Landeseinwohner als Sühnemaßnahme für Sabotageakte. (Bücheler, S. 256; Stahl, S. 245) Durch seinen Mitarbeiter

Cäsar von Hofacker unterhielt Stülpnagel Beziehungen zur Berliner **Widerstandsgruppe um Stauffenberg** und war bereits frühzeitig in deren Pläne eingeweiht. Am 20 Juli 1944 ließ er die rund tausend Angehörigen der in Paris stationierten SS-Dienststellen verhaften, konnte den Oberbefehlshaber West Feldmarschall von Kluge aber nicht zur Teilnahme am Putsch bewegen. Vielmehr enthob Kluge Stülpnagel seiner Stellung und befahl die Freilassung der SS-Angehörigen. Auf dem Weg nach Berlin, wo Stülpnagel Bericht erstatten sollte, erblindete Stülpnagel bei einem Selbstmordversuch. Er wurde aus der Wehrmacht ausgestoßen, am 30. August zum Tode verurteilt und noch am selben Tag hingerichtet.

Im August 1966 beschloss der Lingener Kulturausschuss die **Benennung einer Straße** nach Stülpnagel.¹⁶⁵ Im August 1996 beantragte die SPD-Fraktion die Umbenennung der Straße, da Stülpnagel nicht nur ein Widerstandskämpfer, sondern auch ein Antisemit und ein an Judenmorden beteiligter Wehrmachtsgeneral gewesen sei. Die Straße solle nach Ernst Heilmann (SPD, †1940 im KZ Buchenwald) benannt werden. Im Oktober 1996 lehnte der Kulturausschuss dies mehrheitlich ab, regte aber eine Auseinandersetzung im Geschichtsunterricht an.

Nach Stülpnagel benannte Straßen gelten als umstritten. Die Entscheidung 2015, die Stülpnagelstraße in Celle nicht umzubenennen, wurde von der Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten scharf kritisiert: Stülpnagel sei ein aktiver Funktionsträger des NS-Regimes gewesen, der aus eigenem Antrieb antisemitische Pogrome in der Ukraine anzetteln ließ, die Deportation französischer Widerstandskämpfer in Konzentrationslager gestützt, sowie den Raub- und Vernichtungskrieg der Wehrmacht aktiv unterstützt habe und deshalb als Namenspatron von Straßen nicht tragbar sei.

Quellen und Literatur:

- StadtA LIN, Kulturausschussprotokolle 1966 und 1996.
- StadtA LIN, Ratsprotokolle 1966.
- Bücheler, Heinrich: Carl-Heinrich von Stülpnagel. Soldat – Philosoph – Verschwörer, Berlin/ Frankfurt am Main 1989. (Rezension: <https://journals.ub.uni-heidelberg.de/index.php/fr/article/view/57619>)
- Hürter, Johannes: Hitlers Heerführer. Die deutschen Oberbefehlshaber im Krieg gegen die Sowjetunion 1941/42, München 2007. (Rezension: <https://www.hsozkult.de/publicationreview/id/reb-9000>)
- Meinrenken, Gunther: Streit um Celler Straßennamen: „NS-Generäle keine Vorbilder“, in: Cellesche Zeitung vom 25.3.2015.
- Stahl, Friedrich-Christian: General der Infanterie Karl-Heinrich von Stülpnagel, in: Ueberschär, Gerd R. (Hg.): Hitlers militärische Elite. 68 Lebensläufe, Darmstadt 2011, S. 240-247.

¹⁶⁵ Insgesamt wurden 37 Namen vergeben, u.a. nach Stauffenberg, Goerdeler, Leber, Galen, Beck, Tresckow, Hoepner, Rommel und den Geschwistern Scholl sowie auch nach dem Heimatdichter und NS-Rassenideologen **Karl Wagenfeld** (1869-1939). Alle der genannten Namen wurden im November 1966 vom Stadtrat bestätigt. Die Wagenfeldstraße lässt sich auf Stadtplänen zwischen 1966 und 1972 nördlich der Stormstraße nachweisen (StadtA LIN, Karten und Pläne, Nr. 9, 15, 20, 28), ab 1975 (StadtA LIN, Karten und Pläne, Nr. 341) allerdings nicht mehr. Das Adressbuch 1970/71 nennt für diese Straße keine Bewohner.

Terstiege

Straßenname	Personenname	Stadtteil
Josef-Terstiege-Straße	Terstiege, Josef	Innenstadt

Josef Terstiege (*29.08.1863 in Nordwalde, †03.11.1945 in Lingen) eröffnete 1896 mit seinem Bruder eine Tischlerei in der Kivelingstraße 5. Aus der Ehe mit Maria Kamp gingen zehn Kinder hervor. Um 1900 wurde er in die Mitgliedsversammlung und den Vorstand der Handwerkerkammer gewählt. 1904 wurde er Vorsitzender des im selben Jahr gegründeten Innungsverbandes der vereinigten Innungen Lingens und war insbesondere mit der Betreuung der Handwerkerjugend befasst. So gehörte er auch der Meisterprüfungskommission der Emslandkreise an. Erstmals 1905 und danach fortlaufend wurde er in das Bürgervorsteherkollegium gewählt, seit 1924 bekleidete er eines der Senatorenämter. Er war Provinziallandtagsabgeordneter der vier Emskreise und saß im Vorstand der Zentrumspartei. Außerdem war er im kath. Kirchenvorstand der Bonifatiuskirche und im kath. Gesellenverein aktiv. Bei den Wahlen im März 1933 wurde der nunmehr 69jährige Terstiege erneut für das Zentrum ins Bürgervorsteherkollegium gewählt. Das Zentrum zeigte sich zur Zusammenarbeit mit der NSDAP bereit und man einigte sich gemeinsam auf die Senatoren Terstiege, Berling (beide Zentrum), van der Brelie (Ev. Liste) und einem Vertreter der NSDAP. Die Korruptionskampagne der NSDAP gegen Bürgermeister Gilles wurde schließlich auch auf die Senatoren Terstiege und Berling ausgeweitet. Im Juli wurde Terstiege abgewählt und gegen Berling ein Strafantrag gestellt. Im selben Monat löste sich die Zentrumspartei reichsweit auf. Dem Aufruf zur Gleichschaltung im April 1933 schlossen sich fast alle Lingener Gewerkschaften freiwillig an. Der Innungsverband der vereinigten Innungen Lingens wurde im September 1934 aufgelöst und durch die NS-konforme Kreishandwerkerschaft Lingen ersetzt. Hinweise auf eine öffentliche Tätigkeit Terstieges nach dem Juli 1933 konnten nicht ermittelt werden.

Quellen und Literatur

- Catenhusen, Wolf-Michael: Parteien und Wahlen in Lingen 1871-1933, in: Ehbrecht, Wilfried (Hg.): Lingen 975-1975. Zur Genese eines Stadtprofils, Lingen (Ems), 1975, S. 214-249.
- Gelze, Christian: Kommunalverfassung und Stadtverfassung zur Zeit des „Dritten Reiches“. Die „Gleichschaltung“ der kommunalen Ebene und deren Bedeutung für das nationalsozialistische Regime am Beispiel der Stadt Lingen (Ems) (unveröffentlichte Diplomarbeit), Hildesheim 2007.
- Kreishandwerkerschaft Lingen (Hg.): Chronik des Lingener Handwerks, Lingen (Ems) 2000.
- Löning, Martin: Die Durchsetzung nationalsozialistischer Herrschaft im Emsland 1933-1935, in: Emsland/Bentheim 12 (1996), S. 7-354.
- Vocks, Benno: Lingen wegweisend. 99 Straßen, Wege und Plätze. Porträts und Geschichte(n), Ahlen 2015.

Tresckow

Straßenname	Personenname	Stadtteil
Von-Tresckow-Straße	Tresckow, Henning von	Innenstadt

Henning von Tresckow (*10.01.1901 in Magdeburg, †21.07.1944 bei Ostrów Mazowiecka) entstammte einer alten preußischen Adelsfamilie. Sein Vater war General der Kavallerie, sein Großvater mütterlicherseits preußischer Kulturminister. Nach dem Besuch des Realgymnasiums trat er 1917 in das 1. Garderegiment zu Fuß in Berlin ein. 1918 zum Leutnant befördert, verließ er 1920 die Reichswehr, um in Kiel Rechts- und Staatswissenschaften zu studieren. Nach dem Studienabbruch 1923 arbeitete er als Börsenmakler in einem Berliner Bankhaus. 1926 heiratete er Erika von Falkenhayn, die Tochter des ehemaligen preußischen Kriegsministers, und kehrte zum **Militär** zurück. 1928 wurde er zum Oberleutnant befördert. Tresckow war national gesinnt, stand der Weimarer Republik kritisch gegenüber und befürwortete eine parlamentarische Monarchie. Vom Nationalsozialismus fühlte er sich angezogen, **warb 1930 in seinem Regiment für Hitler**, traute ihm die Überwindung des Versailler Vertrages zu und begrüßte dessen Förderung des Militärs. Zugleich lehnte er einen übersteigerten Chauvinismus ab und hielt die „Rassenpolitik“ und Großmachtpläne Hitlers für unvernünftig.

Sah Tresckow die **NS-Terrormaßnahmen** nach der „Machtergreifung“ noch als vorübergehendes notwendiges Übel an, reagierte er auf die Morde der Röhmkrise mit Empörung. Ab Oktober 1934 an den Offizierslehrgängen der Kriegsakademie Berlin teilnehmend, begann er zunehmend an Hitler zu zweifeln. 1934 erfolgte die Beförderung zum Hauptmann, 1938 zum Major. Infolge der Fritsch-Krise 1938 erwog Tresckow, das Militär zu verlassen, wurde von dem ebenfalls oppositionell eingestellten General von Witzleben aber abgehalten. Die Reichspogromnacht ließ seine Distanz zum Regime weiterwachsen. Schließlich kam Tresckow zu der Einsicht, dass ein Krieg nur durch eine Ausschaltung Hitlers zu erreichen sei.

Im **Zweiten Weltkrieg** nahm Tresckow zunächst am Polenfeldzug teil, dann als Oberstleutnant am Westfeldzug. Den schnellen Sieg über Frankreich begrüßte er. Im Frühjahr 1941 war er an den Planungen zur Eröffnung einer neuen Front gegen die Sowjetunion beteiligt. „Aus fester antibolschewistischer Grundeinstellung verstand Tresckow den unbestritten rücksichtslosen Kampf gegen die umfangreiche sowjetische Partisanentätigkeit, der sich allerdings auch gegen die jüdische Bevölkerung richtete, als selbstverständliche militärische Aktion der Wehrmacht.“ (Ueberschär) Allerdings protestierte er bei seinem vorgesetzten Offizier (zugleich seinem Onkel) von Bock gegen den Kriegsgerichtsbarkeitserlass vom 13. Mai und den Kommissarbefehl vom 06. Juni 1941 (Anweisung zur Erschießung von Zivilisten und Politikommissaren der Roten Armee ohne ordentliches Verfahren). Und die Ermordung von Zivilisten durch den Sicherheitsdienst (SD) direkt hinter der Front bestärkten Tresckow in seinem Widerstand.

Tresckow sammelte Offiziere um sich, die er als **Gegner des Nationalsozialismus** kannte, namentlich seinen Vetter Fabian von Schlabrendorff, der ihm ab 1942 als Adjutant diente. Im September 1941 hatte Tresckow Kontakt mit Beck, Goerdeler und von Hassell, im Januar 1943 mit zivilen Widerstandskreisen in Berlin. Ein von ihm initiiertes Attentat auf Hitlers Flugzeug scheiterte, ebenso die Pläne für ein Pistolenattentat und ein Sprengstoffattentat durch Major von Gersdorff. Ende Juli 1943 in die Führerreserve versetzt, arbeitete er gemeinsam mit Stauffenberg die „Walküre“-Pläne – eigentlich Wehrmachtspläne zur Bekämpfung innerer Unruhen – zu einem Staatsstreichplan um. Nach der alliierten Invasion der Normandie im Juni 1944 war es Tresckow, der entschlossen für ein Sprengstoffattentat auf Hitler eintrat. „Das Attentat muß erfolgen, coûte que coûte [koste es, was es wolle]“ (Brief an Stauffenberg). Am 01. Juli zum Generalmajor befördert, befand sich Tresckow am 20. Juli allerdings an der Ostfront. Es gab Pläne, ihn nach einem Erfolg des Attentats zum Polizeichef zu ernennen. Angesichts dessen Scheiterns entschloss er sich am 21. Juli zu einem als Partisanenkampf getarnten Selbstmord. Nach Bekanntwerden seiner Rolle im Widerstand wurde er im August 1944 nachträglich aus der Wehrmacht ausgeschlossen.

Tresckow hatte eine „herausragende Bedeutung (...) für den innerdeutschen Widerstand“, wurde sogar als „Motor und treibende Kraft der Militäropposition“ bezeichnet, war zugleich aber auch ein „überaus fähiger militärischer Führer in Hitlers Krieg“ (Ueberschär). „In jüngerer Zeit wurde die militärisch-professionelle und ethisch-moralische Motivation des **militärischen Widerstands** vor dem Hintergrund der dt. Kriegführung im Osten 1941 und der Verbrechen an der Zivilbevölkerung Gegenstand einer Forschungskontroverse.“ (Studt) Zahlreiche Ehrungen, unter anderem in Form von Straßennamen.

Quellen und Literatur

- Hürter, Johannes: Hitlers Heerführer. Die deutschen Oberbefehlshaber im Krieg gegen die Sowjetunion 1941/42, München 2007. (Rezension: <https://www.hsozkult.de/publicationreview/id/reb-9000>)
- Scherig, Bodo: Henning von Tresckow. Ein Preuße gegen Hitler, Frankfurt am main 1997.
- Studt, Christoph: Tresckow, Henning von, in: Neue Deutsche Biographie 26 (2016), S. 403.
- Ueberschär, Gerd R.: Generalmajor Henning von Tresckow, in: Ueberschär, Gerd R. (Hg.): Hitlers militärische Elite. 68 Lebensläufe, Darmstadt 2011, S. 527-533.

Uhle

Straßenname	Personenname	Stadtteil
Richard-Uhle-Straße	Uhle, Richard	Innenstadt

Richard Uhle (*09.01.1876 in Chemnitz, †19.06.1934 in Lingen) heiratete 1898 in Hannover die aus Görlitz stammende Elisabeth Mühle. Die Familie wohnte zunächst in Laxten, ab 1910 dann aber endgültig in Lingen. Uhle war Schleifer im Eisenbahnausbesserungswerk. Nach dem Ersten Weltkrieg fundierte sich in Lingen am 10.11.1918 ein siebenköpfiger Arbeiterrat, zu dem auch Uhle gehörte. Der Arbeiterrat formierte sich wenig später zum Arbeiter- und Soldatenrat. Im März 1919 wurde Uhle dessen Vorsitzender, doch verlor der Rat zunehmend an Bedeutung. Bereits am 02.12.1918 hatte sich ein sozialdemokratischer Wahlverein aus 700 Personen gebildet, dessen Vorsitzender ebenfalls Uhle wurde. Im Juli 1919 wurde er wiedergewählt. Im Laufe des Jahres 1919 – spätestens aber im Mai 1920, bereits unter dem Vorsitzenden Bredigkeit – wandelte sich der Wahlverein in eine SPD-Ortsgruppe. Von 1919 bis 1924 saß er für die SPD im Lingener Bürgervorsteherkollegium, ab 1924 wirkte er als Senator. Uhle setzte sich verstärkt für den Bau von Arbeiterwohnungen ein und war stellvertretender Vorsitzender der 1931 von Bürgermeister Gilles initiierten Lingener Notgemeinschaft zur Unterstützung Bedürftiger. Als Uhles Frau aus wirtschaftlicher Not selbst einmal vergeblich beim lutherischen Pastor um eine warme Suppe für ihre Tochter bat, trat er aus der Kirche aus. 1932 erlitt Uhle einen Schlaganfall, im März 1933 schied er regulär aus dem Amt des Senators aus. Weder wurde er in das neue Bürgervorsteherkollegium gewählt noch als Senator wiederaufgestellt. Inzwischen pensioniert und verwitwet, starb er 1934 mit 58 Jahren an einem weiteren Schlaganfall.

Quellen und Literatur

- StadtA LIN, PSR, Lin St, 1934/67.
- StadtA LIN, Karteislg. 9a (Anm. 1901/373 und 1910/705).
- StadtA LIN, Lingensches Wochenblatt vom 8.7.1919, 20.4.1920 und 27.5.1920.
- Catenhusen, Wolf-Michael: Parteien und Wahlen in Lingen 1871-1933, in: Ehbrecht, Wilfried (Hg.): Lingen 975-1975. Zur Genese eines Stadtprofils, Lingen (Ems), 1975, S. 214-249.
- Lensing, Helmut: Art. „Knospe, Friedrich“, in: Emsländische Geschichte 8 (2000), S. 215-220.
- Vocks, Benno: Lingen wegweisend. 99 Straßen, Wege und Plätze. Porträts und Geschichte(n), Ahlen 2015.

Vaerting

Straßenname	Personenname	Stadtteil
Mathilde-Vaerting-Straße	Vaerting, Mathilde	Innenstadt

Maria Johanna Mathilde Vaerting wurde am 10. Januar 1884 als fünftes von zehn Kindern eines bildungsbewussten, durchaus wohlhabenden katholischen Bauernhepaares in Messingen geboren. 1894 siedelte die Familie nach Rodenkirchen bei Köln um. 1897 verstarb die Mutter, 1905 auch der Vater. Alle acht Töchter schlugen eine Bildungslaufbahn ein. Mathilde Vaerting legte 1903 in Münster das höhere Lehrerinnenexamen ab, bestand 1907 am Gymnasium Wetzlar die Reifeprüfung und studierte danach in Bonn, München, Gießen und Marburg Philosophie, Mathematik, Naturwissenschaften und Latein. 1911 wurde sie mit einer philosophischen Arbeit zum Dr. phil. promoviert, 1912 erhielt sie die Lehrbefugnis für Mathematik, philosophische Propädeutik und Physik. Sie wechselte von der katholischen zur evangelischen Konfession – auch diese wird sie 1954 aufgeben – und unterrichtete fortan als Studienrätin am Lyceum bzw. Oberlyceum Berlin-Neukölln. Ein Habilitationsgesuch in Philosophie wurde 1919 abgelehnt. 1921 und 1923 erschien ihr Hauptwerk „Neubegründung der Psychologie von Mann und Weib“. Mit der Schrift „Die Vernichtung der Intelligenz durch Gedächtnisarbeit“ hatte sie bereits 1913 radikale Kritik am bestehenden Bildungssystem geäußert. 1923 wurde sie vom thüringischen Volksbildungsminister Greil, einem sozialdemokratischen Bildungsreformer, zur Professorin für Pädagogik an der Uni Jena ernannt. Sie war damit die erste deutsche Pädagogikprofessorin in Deutschland und die zweite deutsche Professorin überhaupt. Die Ernennung erfolgte gegen den Willen der Universität, die sie als „Zwangsprofessorin“ wahrnahm und mit der sie in ständigen Auseinandersetzungen lag. Konfliktpotenzial boten nicht zuletzt ihre Forschungen zum Geschlechterverhältnis („Jede Berücksichtigung des Geschlechts bedeutet Verkürzung des Individuums.“), bei denen sie auch Themen wie Polygamie, Ehescheidung, Prostitution und Abtreibung nicht ausschloss. Aus heutiger Sicht problematisch müssen dagegen ihre Äußerungen zur Eugenik gelten, so vertrat sie etwa die These, dass spätes Zeugungsalter und frühe Schwangerschaft sich nachteilig auf die „Qualität des Nachwuchses“ auswirken würden. Ihr wichtigster Gegner war der antisemitische Zoologe Ludwig Plate, der 1930 eine Schmähchrift gegen Vaerting („Feminismus unter dem Deckmantel der Wissenschaft“) veröffentlichte. Im April 1933 wurde sie beurlaubt und im Juli 1933 entlassen, weil sie „nach den Vorgängen bei ihrer Berufung und ihrem späteren Verhalten nicht die Gewähr dafür bietet, daß sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintritt“, außerdem als SPD-nah und „politisch unzuverlässig“ galt. Fortan bezog sie ein Ruhegehalt. Ein gemeinsam mit ihrer Schwester Marie betriebener Verlag veröffentlichte bis 1937. Vaertings späterer Lebensgefährte – der von ihr promovierte, 24 Jahre jüngere Edwin Elmerich – berichtete später von einem Berufs- und Publikationsverbot für Vaerting, das sich anderweitig jedoch nicht belegen lässt. Nach dem Krieg bemühte sie sich vergeblich um eine erneute Professur. Der Plan, ein Forschungsinstitut für Staatssoziologie zu gründen, scheiterte. In ihrer eigenen „Zeitschrift für Staatssoziologie“ veröffentlichte sie bis zu deren Einstellung 1971 regelmäßig. Insgesamt blieben ihre Werke jedoch weitgehend unrezipiert. Sie starb am 6. Mai 1977 in Schönau. Ihre Asche wurde in einem anonymen Grab auf dem Neuen Friedhof Lingen beigesetzt. 2001 wurde die Grabstelle aufgehoben. Ihr zu Ehren wurde Messingen 2019 zum ersten emsländischen „Frauenort Niedersachsen“ ernannt.

Quellen und Literatur

- StadtA LIN, Lingener Tagespost vom 7.3.2019.
- Jöhring, Hans-Gerd: Mathilde Vaerting aus Messingen. Die erste Pädagogikprofessorin Deutschlands, in: Jahrbuch des Emsländischen Heimatbundes 62 (2016), S. 186-206.
- Kottenberds, Maria und Franz/ Jöhring, Hans-Gerd: Mathilde Vaerting und ihre Familie. Eine Hofgeschichte aus Messingen, Mühlhausen 2014.
- Kraul, Margret: Geschlechtscharakter und Pädagogik. Mathilde Vaerting (1884-1977), in: Zeitschrift für Pädagogik 33 (1987), S. 475-489.

- Tobies, Renate: Art. „Vaerting, Maria Johanna Mathilde“, in: Stolberg-Wernigerode, Otto zu (Hg.): Neue deutsche Biographie, Bd. 26. (2016), S. 686f.
- Toppe, Sabine: Zum Umgang mit der Naturalisierung des Sozialen im Bildungssystem. Macht und Ungleichheit in den Schriften Mathilde Vaertings, in: Rehberg, K.-S. (Hg.): Die Natur der Gesellschaft. Verhandlungen des 33. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Kassel 2006, Teilbd. 1 u. 2, Frankfurt am Main 2008, S. 1514-1527.

Weinmann

Straßenname	Personenname	Stadtteil
Weinmannstraße	Weinmann, Ludwig	Innenstadt

Ludwig Weinmann (*09.05.1880 in Berlin, †10.08.1953 in Hamburg), Sohn eines Berliner Möbelfabrikanten, besuchte das Berliner Schiller-Realgymnasium und studierte anschließend Architektur an der Technischen Hochschule. 1903 bestand er das Staatsexamen und trat in den preußischen Staatsdienst ein. Nach seiner Heirat 1908 konvertierte er 1912 vom jüdischen Glauben seiner Eltern zum Protestantismus. Im Ersten Weltkrieg wurde er nicht zur Front eingezogen, sondern als Ingenieur eingesetzt. Ab März 1920 übernahm er die Leitung des Preußischen Hochbauamtes Lingen und war als Fachlehrer an der Gewerblichen Berufsschule Lingen tätig. Als Anhänger des linksliberalen „Nationalsozialen Vereins“ und des Bodenreformers Damaschke setzte er sich in Lingen stark für den Bau bezahlbarer Arbeiterwohnungen ein und als engagierter Unterstützer der Weimarer Republik übernahm er spätestens 1922 den Parteivorsitz der Lingener DDP. Die Ermordung Rathenaus durch Rechtsextremisten verurteilte er scharf („Die Täter sind zu suchen in den Kreisen, die nichts gelernt und vergessen haben, die zu ihrer eigenen Entlastung nichts anderes als die berühmte Dolchstoßlegende erfunden haben.“) 1924 wurde Weinmann Vorsitzender der neugegründeten demokratischen Wehrorganisation „Schwarz-Rot-Gold“. Die vom protestantischen Bürgertum getragene DDP, in Lingen ohnehin nicht mehr als eine Splitterpartei, verlor nach ihrem Rechtsruck 1930 endgültig an Gewicht. Schon Weinmanns Bewerbungen für das Bürgervorsteherkollegium 1924 und 1929 waren erfolglos geblieben. Als Gegner des Nationalsozialismus war er in der NSDAP besonders verhasst. Im April 1933 forderte Plesse (NSDAP) seine Entlassung: als getaufter Jude und Reichsbannerführer sei er einer „der eifrigsten Verfechter des Marxismus“. Obwohl selbst NSDAP-Funktionäre für seine „nationale“ Gesinnung bürgten (u.a. NS-Senator Georg von der Brelie und der Osnabrücker Oberbaurat und Lingener Stahlhelmführer Thiedemann), wurde Weinmann vom NS-Regierungspräsidenten vorläufig vom Dienst suspendiert und im September 1933 endgültig zwangspensioniert. Weinmann kehrte nach Berlin zurück, wo er nach der Pogromnacht 1938 verhaftet und für über einen Monat ins KZ Oranienburg eingewiesen wurde. Von Erfrierungen behielt er einen verküppelten Finger zurück. Seine Entlassung erfolgte nur unter der Bedingung, das Land zu verlassen. Er emigrierte zu seinem Sohn nach Großbritannien, musste seine Frau aber zurücklassen, die 1944 starb. Nach dem Krieg wurde er als politisch Verfolgter anerkannt. 1947 kehrte Weinmann nach Lingen zurück und war ab 1949 als Schiedsmann tätig. In dem 1949 wiedergegründeten Heimat- und Verkehrsverein Lingen wirkte er zunächst als stellvertretender Vorsitzender, ab 1951 dann als Vorsitzender. Er starb 1953 in Hamburg.

Quellen und Literatur

- StadtA LIN, Lingener Volksbote vom 28.6.1922.
- Catenhusen, Wolf-Michael: Parteien und Wahlen in Lingen 1871-1933, in: Ehbrecht, Wilfried (Hg.): Lingen 975-1975. Zur Genese eines Stadtprofils, Lingen (Ems), 1975, S. 214-249.
- Heimat- und Verkehrsverein Lingen-Ems (Hg.): Lingener Heimatkalender auf das Jahr 1954., Lingen-Ems 1954.
- Lensing, Helmut: Art. „Weinmann, Ludwig“, in: Emsländische Geschichte 11 (2004), S. 323-328.
- Löning, Martin: Die Durchsetzung nationalsozialistischer Herrschaft im Emsland 1933-1935, in: Emsland/Bentheim 12 (1996), S. 7-354, hier S. 181f..
- Vocks, Benno: Lingen wegweisend. 99 Straßen, Wege und Plätze. Porträts und Geschichte(n), Ahlen 2015.

West

Straßenname	Personenname	Stadtteil
Ruth-West-Platz	West, Ruth	Innenstadt

Ruth Müller (*25.06.1921 in Dortmund, †18.10.1995 in Lingen) wuchs in Dortmund-Hörde auf, zog dann aber mit ihren Eltern ins Sauerland, wo diese als Herbergseltern eine **Jugendherberge** übernahmen. Sie beantragte mit 19 Jahren am 8. August 1940 die Aufnahme in die **NSDAP**. Am 1. Oktober 1940 wurde sie unter der Mitgliedsnummer 8260449 in die NSDAP-Ortsgruppe Rhinow (Kreis Rathenow) aufgenommen. In der NSDAP-Mitgliederkartei wird als Wohnung „*Rietzen Landjahrlager*“ (tatsächlich das Landjahrlager Prietzen bei Rhinow) angegeben, als Beruf „**Landjahrführerin**“.¹⁶⁶ Das Jahr 1942 war offenbar von Umzügen geprägt. Im Mai wechselte Ruth Müller in die NSDAP-Ortsgruppe Rosenthal (bei Berlin), im Juni in die Ortsgruppe Dölzig (Landkreis Soldin, heute Polen) und im Dezember 1942 schließlich in die Ortsgruppe Essen. Sie wohnte in Essen-Katernberg, Emscherstr. 63. Nach dem Zweiten Weltkrieg nahm sie ein Lehramtsstudium an der Pädagogischen Akademie Dortmund auf und wurde **Lehrerin**. 1950 trat sie in die **SPD** ein. 1958 heiratete sie Werner West. In den 1960er Jahren zogen sie nach **Darme**, wo er als Ingenieur im Kernkraftwerk arbeitete. Sie gehörte von 1972 bis 1991 dem Lingener **Stadtrat** an, wo sie von 1981 bis 1991 den Vorsitz des Schulausschusses und den stellvertretenden Vorsitz im Kulturausschuss innehatte. Außerdem saß sie bis 1991 im **Ortsrat Darne**. Sie war maßgeblich daran beteiligt, den Abenteuerspielplatz in Goosmanns Tannen aufzubauen. Als Vorstandsmitglied der **Arbeiterwohlfahrt** Lingen unterstützte sie die Trägerschaft des Spielplatzes durch die AWO. Außerdem setzte sie sich für die Mal- und Kreativschule des Kunstvereins ein. Als Lehrerin arbeitete sie bis zu ihrer Pensionierung in der Grundschule Darne. 2008 wurde der Platz vor dem Spielplatz „Ruth-West-Platz“ benannt.

Quellen und Literatur

- BArch, R 9361-IX KARTEI / 29761390.
- StadtA LIN, Lingener Tagespost vom 23.10.1995.
- StadtA LIN, Melderegister.
- Schlimme, Klaus: „Ruth- West- Platz“ seiner Bestimmung übergeben, 18.12.2008 (<https://www.spd-lingen.de/2008/12/18/ruth-west-platz-seiner-bestimmung-uebergeben/>)
- Vocks, Benno: Lingen wegweisend. 99 Straßen, Wege und Plätze. Porträts und Geschichte(n), Ahlen 2015.
- Zacharias, Dieter: Chronik der Gemeinde Gülpe: Ein kleiner Ort mit bewegter Geschichte, Norderstedt 2017, S. 125.

¹⁶⁶ Das **Landjahr** war im Nationalsozialismus ein landwirtschaftlicher Pflichtdienst für Jugendliche, die in Landjahrlagern eine „nationalpolitische Schulung“ mit Diensten, Appellen, Ordnungsübungen, Geländespielen und nationalsozialistischem Liedgut erhielten. Oberster Landjahrführer war der NSDAP-Politiker Schmidt-Bodenstedt.

Wolff

Straßenname	Personenname	Stadtteil
Jakob-Wolff-Straße Jakob-Wolff-Platz	Wolff, Jakob	Innenstadt

Jakob Wolff wurde am 10. Juli 1878 in Hambuch geboren. Im September 1922 heiratete er die ebenfalls 44-jährige Emma Eisenstein und führte mit ihr das Textil- und Weißwarengeschäft ihres kurz zuvor verstorbenen Vaters. Die Ehe blieb kinderlos. Da Laden lief gut, litt aber zweifellos unter dem Boykott jüdischer Geschäfte im April 1933. Mitte 1936 verkauften sie ihn an den Kaufmann Ferdinand John. Bereits 1925 wurde Jakob Wolff zum Vorsteher der Lingener Synagogengemeinde gewählt. Bei den regulären Neuwahlen im März 1934 war die Zahl der Erschienenen zu gering, um beschlussfähig zu sein. Erst bei einem zweiten Termin wurde Jakob Wolff von gerade einmal fünf Personen erneut im Amt bestätigt. Da in der Folgezeit keine Wahlen mehr stattfanden, blieb er de facto zeit seines Lebens im Amt. Nach der Reichspogromnacht wurde Jakob Wolff mit fünf anderen Männern für mehrere Wochen in das Konzentrationslager Buchenwald überführt. Nach seiner Rückkehr bemühte er sich mit seinem Stellvertreter Wilhelm Heilbronn um den Verkauf des Synagogengrundstücks. Im April 1939 verkauften sie es an zwei Nachbarn. Der Verkauf bedeutete wohl das faktische Ende der Synagogengemeinde. Das Wolffsche Wohnhaus, die Marienstraße 4, wurde im August 1939 in ein „Judenhaus“ umgewandelt. Seit seinem KZ-Aufenthalt gesundheitlich angeschlagen, starb Jakob Wolff am 4. April 1941. Er wurde heimlich nachts an einer unbekanntem Stelle auf dem Jüdischen Friedhof begraben. Seine Frau Emma Wolff wurde im Zuge der Auflösung des sogenannten Familienlagers Theresienstadt im Juli 1944 ermordet. 1996 wurde auf dem jüdischen Friedhof für das Ehepaar Wolff ein Grabstein errichtet. 1999 erhielt die Jakob-Wolff-Straße ihren Namen.

Quellen und Literatur

- Crabus, Mirko: Emma Wolff, in: Emsländische und Bentheimer Familienforschung, Heft 154, Band 31 (2020), S. 178-182.
- Scherger, Gertrud Anne: Der Jüdische Friedhof in Lingen. Eine Dokumentation. Beitrag zur Geschichte der Juden aus dem Raum Lingen, Lingen 2009.
- Scherger, Gertrud Anne: Stolpersteine. Ein Wegweiser zu den Stolpersteinen für die verfolgten und ermordeten jüdischen Bürger der Stadt Lingen (Ems). Ein Standtrundgang, Lingen ³2019.
- Scherger, Gertrud Anne: Verfolgt und ermordet. Leidenswege jüdischer Bürger in der Emigration, während der Deportation, im Ghetto und in den Konzentrationslagern. Beitrag zur Verfolgungsgeschichte der Juden aus dem Raum Lingen, Lingen 1998.
- Vocks, Benno: Lingen wegweisend. 99 Straßen, Wege und Plätze. Porträts und Geschichte(n), Ahlen 2015.